



Kurz-Schluss.
Die ÖVP und die organisierte Korruption

Inhalt

Vorwort:	
„Schwarze Netzwerke und türkise Seilschaften“	2
Die „heiligen drei Säulen der ÖVP-Gewalt“	5
Justiz	6
Finanz	28
Inneres	40
Die Republik als ÖVP-Selbstbedienungsladen	44
Postenschacher und Inserate	
- abseits oben genannter Ressorts	45
Das schwarze Netzwerk	
vom Boden- bis zum Neusiedlersee	68
Die Käsknöpfe-Camorra in Vorarlberg	69
Das Bünde-Dilemma in Tirol	77
Niederösterreich: die Wiege der ÖVP-Korruption	84
COFAG und Corona-Nachwehen	89
Kritik und Handlungsempfehlungen	98
Kurz-Schlusswort	106

Impressum:
FPÖ-Parlamenteklub
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Bildrechte:
Titelbild: Wikipedia/Michael Lucan/CC BY-SA 3.0 DE
Weitere Bilder: FPÖ

„Schwarze Netzwerke und türkise Seilschaften“ – Vorwort zum wichtigsten Untersuchungsausschuss der Zweiten Republik

„In Österreich“, so ein bekanntes Bonmot, „sei es immer dasselbe: Wenn eine Sauerei passiert, ist der eigentliche Skandal, dass überhaupt darüber geredet wird.“ Unter diesem tiefen Einblick in die Verfasstheit dieses Landes könnte man auch den ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss 2022/23 und seine Inhalte subsumieren, jedoch: Dieses Mal war es dann doch etwas anders.

Denn zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik stand nicht ein in sich abgeschlossener Vorgang von Korruption als quasi isoliertes Insel-Ereignis zur Diskussion und Aufarbeitung, viel eher ging es um nichts weniger, als den Nachweis zu erbringen, dass eine kleine verschworene Clique von politischen Hasardeuren mit vollem Risiko, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl und bis in den letzten Winkel des Staates eine neue Form der Einflussnahme etablierte: den tiefen Staat durch das Mittel der organisierten Korruption und Vetternwirtschaft. Diese Art von Korruption wurde minutiös geplant, eingetaktet, verschriftlicht im „Projekt Ballhausplatz“ und generalstabsmäßig umgesetzt. Zentral dafür war die „Kaperung“ der drei wichtigsten Säulen in der Republik: der Justiz, der Finanz und des Inneren. Zeitgleich wurden die Schlüsselpositionen in diesen drei Ressorts (und vielen anderen im Einfluss der ÖVP stehenden) mit türkisen Parteigängern besetzt, die Justiz auf Linie gebracht und der nicht selten erfolgreiche Versuch unternommen, Medien zu kaufen, einzuschüchtern und zu beeinflussen. Postenschacher und „Freunderlwirtschaft“ waren nicht das Ziel, sondern lediglich ein Werkzeug.



Christian Hafenecker, MA
ist Nationalratsabgeordneter und freier Fraktionsführer im Untersuchungsausschuss

Wir mussten erleben, was es bedeutet, wenn nicht Mächtige korrupt werden, sondern wenn die Korrupten mächtig werden.

Deren versuchte oder tatsächlich gelungene Einflussnahme auf alle Bereiche des Staates ist beispiellos. Die Plünderungsaktionen der Staatskasse durch ÖVP-nahe Organisationen, Vereine oder gar Teilorganisationen sind atemberaubend. Die unberechtigte Inanspruchnahme des Corona-Hilfsfonds durch den VP-Seniorenbund oder Jungbauernschaften ist hier nur ein trauriger Höhepunkt.

Diese Umgestaltung der Republik zu einem Selbstbedienungsladen der ÖVP, mit dem einzigen Zweck, Steuergelder abzugreifen und Institutionen zu kapern, diente einer schamlosen Machtergreifung und ist bisher beispiellos in der Geschichte Österreichs. Verglichen damit liest sich die ohnehin spektakuläre Liste vergangener Korruptions- und Politikandale hierzulande wie eine Art Prolog.

Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann die Freiheit, Leuten sagen zu können, was sie nicht hören wollen. Die ÖVP wollte nicht hören, fühlen musste sie trotzdem. An insgesamt 42 Befragungstagen und in 85 durchgeführten Befragungen wurde die Chronologie einer gelungenen, aber letztlich dilettantisch durchgeführten Machtübernahme minutiös aufgearbeitet und durchleuchtet, allen Störaktionen zum Trotz. Die umfassende Aufdeckerarbeit hat sich in vielen Fällen positiv bemerkbar gemacht, insbesondere in personeller Hinsicht. Die türkise Ära Kurz ging mit seinem Rücktritt als Kanzler und den weiteren Rücktritten der Minister Blümel, Schramböck und Köstinger abrupt zu Ende. ÖVP-Landeshauptleute, von Schützenhöfer bis Platter, nahmen ihren Hut, ‚Mastermind‘ Thomas Schmid floh aus dem Land, Justiz-Fädenzieher Pinnacek wurde entmachtet, und schwarz-türkise Netzwerke in unzähligen Ministerien und Behörden wurden enttarnt. Man kann daher mit Fug und Recht behaupten, dass es sich um den wohl wichtigsten und signifikantesten U-Ausschuss in der Geschichte Österreichs handelt. Die unzähligen aufgedeckten Korruptionsskandale und die daraus gezogenen politischen Konsequenzen sowie die nationale wie internationale Berichterstattung untermauern dies.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Bundesparteiobmann Herbert Kickl für seine Unterstützung und seinen Rat herzlich bedanken. Des Weiteren gilt mein besonderer Dank Klubdirektor Mag. Norbert Nemeth, dessen juristische Expertise dem gesamten Team jederzeit zur Verfügung stand.

Ich darf natürlich auch den freiheitlichen Mitgliedern der Fraktion – den Abgeordneten Dr. Susanne Fürst, Wolfgang Zanger und Christian Ries – Dank und Anerkennung für die nicht immer einfache Arbeit, den mitunter hohen Stresspegel und vor allem für ihre Hartnäckigkeit bei der Aufklärung des mit Sicherheit größten Skandal-Komplexes der Zweiten Republik aussprechen. Das gilt auch für die Mitarbeiter im Team: Dominik, Birgit, Arno, Maxi, Eric, Yannick und Andreas.

Zu guter Letzt ein herzliches „Dankeschön“ an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion, die diesen Untersuchungsausschuss operativ am Laufen gehalten haben.

**Die „heiligen drei Säulen
der ÖVP-Gewalt“**

Justiz

Schwarze Kampagne gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft

Wie schon im Ibiza-Untersuchungsausschuss war auch im aktuellen ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss der WKStA-Gruppenleiter Bernhard Weratschnig geladen. Gleich zu Beginn seiner Befragung beklagte Oberstaatsanwalt Weratschnig folgendes: „Seit Beginn der Ermittlungen Mitte 2019 erlebe ich – und das gesamte Team – viele Höhen und Tiefen, nehme Vorgänge wahr, die ich für mich nach beinahe 15 Jahren Erfahrung als Staatsanwalt hätte ausschließen können, erlebe eine beispiellose Medienkampagne gegen einzelne Mitarbeiter beziehungsweise gegen die WKStA als solche, erlebe, wie Mitarbeiter persönlich diffamiert werden, erlebe, wie dienstrechtlich versucht wurde, Druck zu erzeugen. Und es scheint, als wäre die volle Dimension dieser Vorgänge noch nicht bekannt, wie auch die gestern neu bekannt gewordenen Veröffentlichungen belegen.“¹

Diese einleitende Stellungnahme führt direkt hinein in den Kern der Befragung von Auskunftsperson Weratschnig – die Beeinflussung der Justiz durch schwarze Netzwerke. Als Beispiel für die Methoden, mit denen die Arbeit der WKStA verunmöglicht wurden, wird ein Dokument vorgelegt, in dem etwaige Observierungen der Mitarbeiter der WKStA angeregt werden. Verantwortlich für diese angedachte Maßnahme war der ehemalige Generalsekretär im Justizministerium Christian Pilnacek und der Oberstaatsanwalt Fuchs der Oberstaatsanwaltschaft Wien, dies ist durch Chat-Nachrichten eindeutig belegt. Ein laut Oberstaatsanwalt Weratschnig einzigartiger Vorgang. Grund für die angedachte Beobachtung sind falsche Verdächtigungen der WKStA, für Aktenleaks verantwortlich zu sein, obwohl Hinweise vorliegen, die das Leck im BVT sehen. Das passt ins Bild der Beeinflussungsversuche von Seiten des Justizministeriums und der Oberstaatsanwaltschaft Wien. Dr. Weratschnig sagt aus, die Hand ins Feuer für seine Kol-

legen legen zu können, dass diese auf keinen Fall für die Leaks verantwortlich seien.²

Seit seiner Ladung im Ibiza-Untersuchungsausschuss habe sich aber auch einiges zum Positiven verändert, berichtet die Auskunftsperson. So sind zum Beispiel Berichtspflichten weggefallen, und man müsse die übergeordnete Behörde nicht mehr im Vorhinein über Hausdurchsuchungen informieren. Besonders die Änderungen bei der Dienst- und Fachaufsicht stellen eine große Verbesserung dar, so ist nun ein Oberstaatsanwalt aus Innsbruck zuständig und nicht mehr die Oberstaatsanwaltschaft Wien. Diese Veränderung hat maßgeblich dazu beigetragen, „Störfeuer“ zu reduzieren und dem gesetzlichen Auftrag entsprechend handeln zu können. Nach wie vor prekär sei die Personalausstattung der WKStA, meint Weratschnig, mindestens drei Vollzeitstellen zusätzlich wären dringend notwendig, um die Arbeit in diesem Umfang aufrechterhalten zu können.³

Keine Cooling-off Phase

Besonders interessant ist auch die Tatsache, dass die bei der WKStA eingesetzte Staatsanwältin Linda Poppenwimmer ohne jede Cooling-Off-Phase zur ÖVP-nahen Rechtsanwaltskanzlei von Manfred Ainedter gewechselt hat. Auf die Nachfrage von FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker, welches Bild dadurch vermittelt wird und wie sowas möglich sei, antwortet Weratschnig: „Ich gebe aber zu, dass es von der Optik her natürlich nicht optimal ist, wenn hier gerade im Bereich der Strafverteidigung, wo es im Korruptionsbereich nicht so eine breite Anwaltstätigkeit – nicht so viele Anwälte – gibt, dass es hier natürlich von der Optik her nicht optimal ist. Meines Wissens gibt es aber keine konkreten Bestimmungen, die hier eine Cooling-off-Phase vorsehen, und es ist eine Entscheidung der Dienstbehörde.“⁴ Des Weiteren hat sich Poppenwimmer immer wieder mit Oberstaatsanwalt Fuchs über Interna der WKStA ausgetauscht, ein laut Weratschnig gänzlich unüblicher Vorgang, bei dem auch die vorgeschriebenen Dienstwege nicht eingehalten wurden. All diese Vorgänge lassen die Rolle von Frau Poppenwimmer äußerst dubios erscheinen und lassen Rückschlüsse auf ihre Integrität oder eben das Fehlen dieser zu.

2 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2140226-WKStA-Weratschnig-neuerlich-mit-Kritik.html>

3 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 7

4 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 48

Grüne Justizministerin als Beifahrerin im schwarzen Ministerium

Wie schon mehrfach zuvor stand auch bei der Befragung von Justizministerin Alma Zadic die Einflussnahme von schwarzen Netzwerken rund um Generalsekretär/Sektionschef Christian Pilnacek und den Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien Johann Fuchs im Mittelpunkt der Befragung. Beide sind oder waren zumindest zeitweise aus gutem Grund suspendiert, so haben sie bekanntlich nicht nur eine Beschattung der WKStA angedacht, sondern wurden auch verdächtigt Hausdurchsuchungen verraten zu haben und interne Akten weitergegeben. Kurzum handelt es sich bei jenen beiden Personen um zentrale Säulen der Macht der schwarzen Netzwerke in der Justiz.

Zu den Vorgängen, die letztendlich auch zur Suspendierung von Fuchs und Pilnacek geführt haben, wurde nun auch Justizministerin Zadic ausgiebig befragt. Wesentlich waren in dieser Hinsicht die Chats zwischen Fuchs und Pilnacek, wo ausführlich illustriert wurde, wie man beabsichtigt hatte, gegen die WKStA vorzugehen. Der Umstand, dass das Verhältnis zwischen WKStA und der OStA Wien mehr als zerrüttet war, sei Zadic auch bewusst gewesen. Diesen Konflikt habe sie von ihren Vorgängern (allesamt ÖVP-Minister) geerbt. So musste Zadic zugeben, dass dringend Maßnahmen notwendig waren, um das unabhängige und unbeeinflusste Arbeiten der Justiz, im speziellen der WKStA, zu gewährleisten.⁵ Nicht beantworten konnte die Justizministerin, warum Oberstaatsanwalt Fuchs zwar Kompetenzen entzogen wurden, diese aber auf seine Stellvertreter aufgeteilt wurden. Diese waren, wie aus den Chats ersichtlich ist, auch schon in andere Vorgänge rund um die Überwachung der WKStA eingebunden. Insofern stellt diese Änderung der Kompetenzverteilung keinerlei Verbesserung der Situation dar.

Ferner war auch die Beauftragung von Agenturen bezüglich Coachings im Bereich Litigation-PR für Mitarbeiter der Justiz ein gewichtiger Punkt in der Befragung durch FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker. So wurde

5 <https://orf.at/stories/3256448/>

für alle Mitarbeiter eine SPÖ-nahe Agentur mit diesem Coaching betraut, mit einer Ausnahme: Oberstaatsanwalt Fuchs. Er erhielt seine Beratung durch eine ÖVP-nahe Agentur. Das, obwohl die offizielle Zielsetzung dieses Coachings nichts mit Politik zu tun haben soll. Warum wird dann nur für ihn eine andere, eine schwarze Agentur beauftragt? Diese Frage konnte Zadic nicht beantworten. Genauso wenig äußerte sie sich dazu, ob es im Rahmen dieser Beratungen zu Informationsrückläufen in die Agenturen gekommen ist.⁶ Wissenswert in diesem Zusammenhang wäre auch, warum es überhaupt Medien-Coachings für Staatsanwälte gibt, wenn diese laut Vorschrift des Justizministeriums selbst keine Medienarbeit betreiben dürfen. Dieses „Warum“ konnte oder wollte Zadic nicht konkretisieren.

Weiters war auch das Vorgehen von Gabriele Aicher als Rechtsschutzbeauftragte im BMJ Bestandteil der Befragung. Diese hat ja bekanntermaßen öffentlich Stimmung gegen die WKStA gemacht, wie sich herausgestellt hat mit Formulierungen aus der Feder der ÖVP-nahen Kanzlei Ainedter. Wer diese „Beratungsleistung“ bezahlt hat, konnte Zadic, wie so vieles an diesem Tag, nicht sagen. Auch bezüglich der bestehenden persönlichen Bekanntschaft zwischen Ainedter und Aicher und der daraus resultierenden Befangenheit meinte Zadic lediglich, „die Optik sein keine gute gewesen“.⁷ Eine mehr als beschönigende Aussage zur Verflechtung der schwarzen Justiznetzwerke mit der Anwaltskanzlei von Manfred Ainedter. Ähnlich verhielt es sich mit der Aussage von Justizministerin Zadic zum direkten Wechsel der Staatsanwältin Poppenwimmer zur Kanzlei Ainedter.

„Unerträgliche Zustände“ in der Justiz

Neben Justizministerin Zadic war auch die Leiterin der WKStA Ilse-Maria Vrabl-Sanda als Auskunftsperson vor den ÖVP-Untersuchungsausschuss geladen. Ein weiteres Mal waren die Chats zwischen Pilnacek und Fuchs Dreh- und Angelpunkt der Befragung. Gleich zu Beginn führte Vrabl-Sanda aus, „(...) mit welchen Mitteln hier gegen die WKStA und aus meiner Sicht damit gegen die Aufklärungsarbeit und gegen die Strafverfolgung agiert wurde.“⁸

6 465/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 32 f.
7 465/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 57
8 466/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 4

Auch nahm sie Bezug auf die gegenständlichen Chats und appellierte, diese als Stein des Anstoßes für eine gründliche Aufarbeitung der Vorfälle heranzuziehen. Die so zutage getretenen unerträglichen Zustände müssten restlos aufgeklärt werden, und es dürfe keinesfalls einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Einmal mehr wird auch deutlich, dass die Grenze des Handelns nicht erst das Strafrecht bildet. Um eben das Bestehen einer unabhängigen und unbeeinflussten Justiz gewährleisten zu können, fordert Vrabl-Sanda ein verbessertes System, in dem die Ermittlungen, aber auch die Ermittler geschützt sind. Denn gerade im Bereich der Korruptions- und Wirtschaftsstrafsachen ortet die Leiterin der WKStA eine systemisch bedingte Problematik von unsachlichen Beeinflussungen. Sie sieht es als ihre Aufgabe, dagegen aufzustehen, wenn gewisse Personen nicht den Schutz des Ermittlungsverfahrens priorisieren, sondern eigene Ziele verfolgen. Symptomatisch für dieses Problem sei etwa die Bezeichnung einer gerichtlich legitimierten Hausdurchsuchung als „Putsch“ von Seiten Pilnaceks. Diese Äußerung ist in Chats auch zweifelsfrei belegt und zeugt von einem äußerst merkwürdigen Verständnis der Rechtsordnung von Pilnacek und anderen schwarzen Proponenten. Die Chats in ihrer Gesamtheit bestätigen nochmals den Eindruck, dass es beim Vorgehen von Pilnacek und anderen Personen aus seinem Umfeld vorrangig um eigene Befindlichkeiten und nicht um die Sache geht. Dieses Verhalten und das in den Vordergrundrücken der vermeintlichen persönlichen Wichtigkeit sei schädlich für das System und untergrabe dieses. Darunter leide zwangsläufig die Integrität und die Vorbildfunktion. Loyalität und Demut gelte immer nur dem Amt, aber nie der Person gegenüber, so Vrabl-Sanda. Das Handeln in diesem Fall der Staatsanwälte muss zu jeder Zeit frei von rechtswidriger und unsachlicher Einflussnahme sein.⁹

„Das geht aus meiner Sicht gar nicht“

Angesprochen von NAbg. Susanne Fürst auf den Wechsel von Staatsanwältin Poppenwimmer zur Kanzlei Ainedter erklärte Vrabl-Sanda, dass sie damals mehr als überrascht von diesem Vorgehen gewesen sei und diesen Schritt auch

als nicht richtig empfinde. Sie erwarte aber von Poppenwimmer, sich nach wie vor an ihr Amtsgeheimnis zu halten. Wie realistisch es ist, dass Frau Poppenwimmer bei ihrem neuen Arbeitgeber nichts von ihrem Insiderwissen einbringt, sei an dieser Stelle dahingestellt. Auch die Tatsache, dass Poppenwimmer direkt mit Oberstaatsanwalt Fuchs kommuniziert hat, ist kritisch zu sehen. Wie das zustande gekommen sei, erklärt Vrabl-Sanda folgendermaßen: „Na ja, ich meine, entweder sie ist missbraucht worden, oder sie ist jedenfalls nicht davon abgehalten worden, und das ist ein sehr, sehr, sehr, sehr schlechter Führungsstil. Ich glaube, das braucht man nicht weiter zu erklären. Das geht aus meiner Sicht gar nicht!“¹⁰



Nationalratsabgeordnete und Untersuchungsausschuss-Fraktionsmitglied **Dr. Susanne Fürst** beim morgentlichen Pressestatement

Zudem thematisiert wurde im Verlauf der Befragung die Entziehung der Ermittlungsanordnung der SOKO-Tape durch Vrabl-Sanda. Grund dafür waren wiederholte Übergehungen der WKStA durch die SOKO-Tape. So wurde trotz Bitte an den Leiter der SOKO Csefan um Übermittlung des Sachstandsberichts dieser zu keinem Zeitpunkt übermittelt. Der Kern war aber schon der von der SOKO-Tape verfasste Sachstandsbericht selbst, dieser sollte die Zusammenarbeit zwischen SOKO und WKStA in ein besonders schlechtes Licht rücken und war laut Vrabl-Sanda auch inhaltlich zum Teil falsch oder irreführend. Weiters ist es zu zahlreichen Ermittlungspannen gekommen. Als ein Video im Auftrag der WKStA sichergestellt wurde, wurde die WKStA selbst erst ganze sechs Wochen später über die erfolgte Sicherstellung informiert. Durch die Chats ersichtlich war der Grund für das Verschweigen der Sicherstellung eine möglichst positive mediale Darstellung des eigenen Erfolgs durch die SOKO. Dadurch wurde natürlich der Schutz der Ermittlungsverfahren gefährdet und das Vertrauen in die SOKO-Tape massiv erschüttert. Weiters wurden bei wichtigen Besprechungen zwischen SOKO und dem Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung die zuständigen Staatsanwälte schlicht nicht eingeladen. Auch hinter diesem Vorgehen stehen die schwarzen Netzwerke im BMJ, so schrieb Pilnacek Fuchs in einer Mail: „Herr Bundesminister wün-

sche „keine aktive Rolle“ der WKStA in der Sache – also in der Aufklärung der ganzen Ibizasache.“¹¹ Es ist also mehr als deutlich, dass die SOKO-Tape parteipolitisch agiert hat und wo immer möglich versucht hat, die Ermittlungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies hat in Folge nichts mehr mit ordentlichen Ermittlungen zu tun.

Abschließend festzuhalten gilt es hier, dass es eine massive Beeinträchtigung der Strafverfolgung gegeben hat. Damit gemeint ist das Erschweren der Ermittlungen „für Zwecke außerhalb der Strafgesetze“. In Folge kam es daher wiederholt zu Angriffen auf jene Personen, die diese Verfahren dem gesetzlichen Auftrag entsprechend und gewissenhaft geführt haben.

Ex-Justizminister Brandstetter und das System Pilnacek

Abermals war ein Vertreter des Systems Pilnacek, der ehemalige Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter, in den ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss geladen. Inmitten der Befragung von Dr. Brandstetter stand seine Zugehörigkeit zum System Pilnacek, eine durch ihn verratene Hausdurchsuchung bei Immobilieninvestor Michael Tojner und natürlich die Vorgänge rund um seine Tätigkeit als Richter am Verfassungsgerichtshof. Auch das Thema Postenbesetzungen und Postenschacher wurde ausführlich behandelt.

„Wenn die heute kommen: ganz ruhig bleiben...“

Gefragt nach dem Verrat der Hausdurchsuchung bei Tojner bestritt Brandstetter wortreich jede Beteiligung seiner Person an dieser Aktion. Dass jedoch Chats vorliegen, wonach er Tojner rund 90 Minuten vor der Hausdurchsuchung schrieb: „Wenn die heute kommen: ganz ruhig bleiben.... Rechtsmittel gegen diese HD machen absolut Sinn. Die betroffenen Anwälte werden Versiegelung beantragen, hab das gestern mit Karl noch besprochen. Bin per SMS immer erreichbar! Venceremos!“¹² Auch versuchte er am 24. Juni 2019, also einen Tag vor der Hausdurchsuchung, Tojner ganze drei Mal

11 466/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 25
12 467/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 11

telefonisch zu erreichen. Zu welchem Zweck, konnte oder wollte er nicht sagen. Trotz dieser eindeutigen Warnung seines Klienten verneinte Brandstetter, Tojner informiert zu haben. Eine durchaus bemerkenswerte Interpretation der Geschehnisse durch den ehemaligen Justizminister. Auch eine Komplizenschaft mit Christian Pilnacek in dieser Sache bestritt er, obwohl Chats belegen, dass er sich bezüglich dieser Haussuchung mit ihm ausgetauscht hat. Dr. Brandstetter beharrt aber darauf, aus ominösen „Journalistenkreisen“ von der Hausdurchsuchung erfahren zu haben.¹³ So wird in dieser Angelegenheit auch gegen Wolfgang Brandstetter ermittelt, es steht der Verdacht der Verletzung des Amtsgeheimnisses im Raum.

Noch spannender wird die Causa Tojner durch die Tatsache, dass anlässlich der Wiedereröffnung des Bezirksgerichts Haag ein Zusammentreffen von Brandstetter, Pilnacek und Tojner stattfand. Entsprechende Chats belegen, dass Tojner besonderen Wert auf die Anwesenheit von Pilnacek gelegt hat und entgegen der Aussage von Dr. Brandstetter nicht nur wegen der festlichen Stimmung nach Haag gekommen ist, sondern um mit Pilnacek zu sprechen. Auch Brandstetter selbst gab zu, sich des Öfteren mit Pilnacek über die Causa Tojner ausgetauscht zu haben. Freilich immer nur, um die Fachfrage Auswirkung der Untreue zu erörtern, wie Brandstetter meint. Es sei für ihn undenkbar, eine freundschaftliche Beziehung, konkret zu Christian Pilnacek, zu nutzen, um an relevante Informationen zu kommen.¹⁴ Wie ernst das gemeint ist, bleibt jedem selbst zu beurteilen.

Die Dritte soll die Erste sein

In puncto Postenbesetzungen war vor allem die Besetzung des Postens der Leitung der Oberstaatsanwaltschaft Wien im Jahr 2014, wo er sich für die damals Drittgereihte Eva Marek entschied, im Fokus der Befragung. So behauptete Brandstetter, trotz der Reihung auf Platz drei durch die Personalbesetzungskommissionen sei Eva Marek für ihn die bestgeeignete Kandidatin für den Posten gewesen. Warum genau er das damals so gesehen hat, konnte er auf Nachfrage nicht wirklich erklären, vielmehr kritisierte er die Personalbesetzungs-

13 <https://orf.at/stories/3256930/>
14 467/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S. 71

kommissionen und deren Entscheidung. Sein Vorziehen von Eva Marek habe natürlich keine parteitaktischen Gründe gehabt. Dass so wieder eine offensichtlich nicht optimal qualifizierte, aber dafür ÖVP-nahe Person zum Zug gekommen ist, muss Zufall sein. Er stehe zu seiner Entscheidung und wurde sie auch heute wieder so treffen, führte Dr. Brandstetter weiter aus, diese mangelnde Selbstreflexion zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Befragung. Eine nähere persönliche Bekanntschaft mit Frau Marek bestritt Wolfgang Brandstetter, musste aber gleichzeitig zugeben, einmal privat zum Essen bei Familie Marek eingeladen gewesen zu sein.¹⁵ Durch vorliegende Chats ist es auch naheliegend, dass Brandstetter Marek im Jahr 2016 animierte, sich für den Posten der Leitung der Generalprokuratur zu bewerben. Dies tat Frau Marek auch, aber entgegen ihrer Erwartung bekam sie den Posten nicht. Daraufhin schrieb sie folgende Nachricht an Wolfgang Brandstetter: „DANKE [...] dass ich Dir aus einer auswegslosen (sic!) Situation helfen dürfte. SPRICH Nittel und Vrabl verhindert werden mussten.“¹⁶ Dieser Chat legt nahe, dass Marek der Posten schon fix versprochen war. Wie sie meinte stand Brandstetter noch in ihrer Schuld, da sie im Jahr 2014 zwei nicht ÖVP-nahe Bewerber als Leiter der OStA Wien verhindert hatte. Überraschenderweise sah dies Wolfgang Brandstetter anders und meinte, sich nicht erklären zu können, warum er in Mareks Schuld gestanden haben soll.

„Überhaupt keine Erinnerungen“

Wesentlich waren bei der Befragung von Dr. Brandstetter auch die Vorgänge rund um seine Bestellung zum Richter am Verfassungsgerichtshof. So habe Brandstetter laut eigener Aussage schon lange Ambitionen auf einen Job am VfGH gehegt. Darüber habe er auch mit Sebastian Kurz gesprochen, dieser habe ihm auch Unterstützung für dieses Vorhaben zugesagt. Freilich wurde ihm der Posten am VfGH nicht fix versprochen, er habe sich ganz normal beworben müssen, merkte Wolfgang Brandstetter an. Dass er im Sideletter aufscheint und sein Name fix mit dem Richterposten am Verfassungsgerichtshof verknüpft ist, obwohl das offizielle Bewerbungsverfahren nicht im Gange war, ist Dr. Brandstet-

15 467/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 26
16 467/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 58

ter nicht erklärlich. Auf die Frage von FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker, MA, wie es passieren könnte, dass er ohne sein Wissen in einem Sideletter aufscheint, obwohl er im Zuge der Regierungsverhandlungen den Bereich Justiz als Chefverhandler für die ÖVP maßgeblich mitverhandelt hat, weiß Brandstetter keine Antwort. Dazu habe er „überhaupt keine Erinnerungen“, so Brandstetter.¹⁷ Dieser Umstand spricht für sich allein. Man kann hier davon ausgehen, dass sich die Auskunftsperson schlicht nicht erinnern will. Die Aussage, wonach Brandstetter aus den Medien von diesem Sideletter und seiner Erwähnung darin erfahren haben will, ist angesichts seiner Kontakte zur ÖVP und seiner Tätigkeit als Chefverhandler in den Regierungsverhandlungen mehr als unglaubwürdig.

Eine wesentliche Stütze des tiefen schwarzen Staats

Abschließend bleibt festzuhalten, dass Wolfgang Brandstetter ein zentrales Element im System Pilnacek war. Sowohl bei Postenschacher als auch bei der Beeinflussung von Ermittlungen und Aufklärungsarbeit hat er als Teil der schwarzen Netzwerke in der Justiz agiert. Angefangen bei der Vergabe von hochrangigen Posten in der Justiz an minderqualifizierte, dafür ÖVP-nahe Personen, über den mutmaßlichen Verrat einer Hausdurchsuchung und mutmaßlicher Geheimnisweitergabe bis hin zu seiner eigenen Tätigkeit am VfGH. Mit Sicherheit kann man sagen, Wolfgang Brandstetter war sowohl als Justizminister, wie auch als Strafverteidiger und Richter am Verfassungsgerichtshof eine wesentliche Stütze des tiefen schwarzen Staats. Aber in letzter Konsequenz hat auch er erkannt, dass er zu einer Belastung nicht nur für den VfGH geworden ist und ist von seinem Amt zurückgetreten. „Brandstetter hat den richtigen Schritt gesetzt. Ich erwarte mir, dass Sobotka das auch tut und den Vorsitz im Korruptionsuntersuchungsausschuss zurücklegt. Sonst wird man wohl in naher Zukunft auch über Sobotkas Eignung als Nationalratspräsident sprechen müssen“, betonte Hafenecker. Es sei unverständlich, so Hafenecker, dass der Weg Brandstetters nicht zur Usance für vergleichbare Fälle geworden ist, denn: „Es geht ja nicht um die persönliche Befindlichkeit der jeweiligen Person, sondern darum, die Institution nicht

einer Kompromittierung auszusetzen und Amt und Würde - in diesem Fall des Untersuchungsausschusses - nachhaltig zu beschädigen.“¹⁸

Skurriler Auftritt von Ex-Innenminister Ratz im Untersuchungsausschuss

Einen besonders skurrilen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss lieferte der ehemalige Innenminister Eckart Ratz. So sagte er aus, dass er häufig mit Damen aus der Justiz, wie etwa Linda Poppenwimmer und Gabriele Aicher, im Volksgarten spazieren war und sie ihren Kummer bei ihm vortragen konnten. Er selbst bezeichnete diese Gespräche als „Gequatsche“.¹⁹ Generell waren die Ausführungen von Ratz eher eigenartig, sowohl in der Wortwahl als auch vom Inhalt her. Fragen durch die Abgeordneten hat er kaum beantwortet, vielmehr hielt er einen Vortrag über seiner Meinung nach wichtige Themen, ohne maßgeblich auf die Fragestellungen einzugehen. Ein weiteres Beispiel: Gefragt, wie seine Bestellung zum Innenminister zustande kam, antwortete Ratz: „Darauf sage ich, es kommt darauf an, welches Ministerium. Und dann sagt er: Ja, Innenministerium! Und ich Trottel sage: Ja, das kann ich! (...).“²⁰ Darüber hinaus nahm das ehemalige Mitglied einer ÖVP-Minderheitsregierung schwarze Akteure in Schutz und bezeichnete einen dieser als „total anständigen Kerl“. Dass gegen jene Person, Johann Fuchs, mehrere Verfahren anhängig sind und Chats ihn schwer belasten, schien Ratz nicht zu stören. Teilweise war es äußerst schwierig, den Ausführungen von Dr. Ratz zu folgen, da diese sehr sprunghaft vorgetragen wurden und des Öfteren nichts mit den Fragen und dem Zweck des Untersuchungsausschusses generell zu tun hatten. Die Befragung von Eckart Ratz war mit Sicherheit keine gewöhnliche, aber inhaltlich blieb am Ende der Befragung kaum etwas Neues bzw. Verwertbares über.

Ex-Kabinettschefin Martini im Untersuchungsausschuss

Weiters wurde auch noch die leitende Staatsanwältin Dr. Andrea Martini, LL.M. durch den Untersuchungsaus-

18 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220331_OTS0179/fpoe-hafenecker-wer-zum-problemfall-wird-sollte-sich-zurueckziehen

19 468/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 11

20 468/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 13

schuss befragt. Sie war die Kabinettschefin des ehemaligen Vizekanzlers- und Justizministers Clemens Jabloner und sie war und ist die Leiterin der Abteilung III 1 im BMJ. Diese Tätigkeit hat sich auch als Kabinettschefin parallel ausgeführt. Von Interesse für den Untersuchungsausschuss waren vor allem die Verbindungen von Frau Martini zum System Pilnacek; außerdem wurde bei ihrer Befragung auch das Thema „Coachings im BMJ“ noch einmal beleuchtet.

Tatsächlich gibt es einen regen Chat-Verkehr zwischen Andrea Martini und Christian Pilnacek, in diesen Nachrichten geht es auch um den Umgang mit der WKStA. Dabei geht es zum einen um die Sicherstellung von Accounts der WKStA und zum anderen auch um Verfahren nach §310 StGB (Verletzung des Amtsgeheimnisses) gegen die WKStA und dort handelnde Personen. Angesprochen auf diese Chats kann sich Andrea Martini an so gut wie keine Details diesbezüglich erinnern. Sie will sich weder erinnern können, mit wem sie gesprochen hat noch, was sie mit selbst verfassten Nachrichten genau gemeint hat.

Schlussendlich ging FPÖ-NAbg. Dr. Susanne Fürst noch den Vorgängen rund um die Litigation-PR auf den Grund. So gab auch Dr. Martini zu, für ihre Aussage vor dem ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss ein Coaching erhalten zu haben. Recht viel mehr konnte oder wollte sie allerdings nicht zu diesen Vorgängen sagen. Sie sei nicht in die Auswahl der Agentur involviert gewesen und sie habe nur bestehende Angebote in Anspruch genommen.²¹

Pirker:

„Pilnacek war ein sehr emotionaler Mensch“²²

Zu den Geschehnissen in der Justiz und zum System Pilnacek war auch der ehemalige Kabinettschef von Ex-Minister Wolfgang Brandstetter und jetzige Leiter der Präsidialsektion im Justizministerium Dr. Alexander Pirker geladen. Von besonderer Brisanz waren seine Aussagen zum Verhalten von Christian Pilnacek. Ferner wurden auch die zum Teil nicht nachvollziehbaren Postenbesetzungen im Justizministerium genauer beleuchtet.

21 469/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 23 f.
22 509/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 17

Im Zuge der Verwerfungen zwischen Pilnacek und der OStA Wien auf der einen und der WKStA auf der anderen Seite, kam es bei einer Besprechung zu einem geheimen Mitschnitt dieser. Als Pilnacek davon erfuhr, soll er sehr emotional darauf reagiert haben und in Folge hat er Dr. Pirker mit einer Anzeige gedroht, sofern dieser selbst keine Strafanzeige gegen den Urheber der unerlaubten Tonbandaufnahme erstatte. Auch danach habe sich die Beziehung zwischen der Auskunftsperson und Pilnacek weiter verschlechtert, schließlich habe Pilnacek ihm nur noch „Beschimpfungen an den Kopf geworfen“²³ und im Zuge seiner Suspendierung seinen Dienstaussweis vor die Füße geworfen. Vielfach habe Pilnacek auch emotionale Beschwerdemails an Mitarbeiter im Justizressort verschickt, Inhalt dieser Beschwerden waren häufig „irgendwelche zusammengestückelten Medienartikel“, welche keinen Anlass zu weiteren Prüfungen geboten hätten. Es zeigt sich, dass der ehemalige Generalsekretär im Justizministerium Pilnacek äußerst cholerisch und emotional gehandelt hat, professionelles Auftreten sieht anders aus. Dieses Sittenbild lässt auch einmal mehr massiven Zweifel an den Führungsqualitäten von Herrn Pilnacek aufkommen.

Neu ist: „Die Fachabteilung hat, wie aus dem E-Mail-Verkehr hervorgegangen ist, eine Anzeigeverpflichtung bejaht und Pilnacek hat aber trotzdem keine Anzeige erstattet.“²⁴, so Dr. Pirker im Hinblick auf die Causa K. Dieser Umstand wiederum hat zu einer ergänzenden Strafanzeige gegen Pilnacek geführt. Hier zeigt sich ein verheerendes Bild der Zustände im Justizministerium. Trotz expliziter Feststellung einer Anzeigepflicht durch Experten des Ministeriums unterlässt der höchste Beamte im Justizressort diese dennoch. Unfassbar.

Die „Mascherlposten“

Beim Thema der Postenbesetzungen im Justizministerium räumte Dr. Pirker auf die Frage von FPÖ-NAbg. Christian Ries ein, dass es im BMJ aktuell bis zu 40 sogenannte „Mascherlposten“ gebe.²⁵ Diese Mascherlposten sind Posten, die zwar formell besetzt werden (zumeist mit ÖVP-nahen Personen) aber faktisch physisch unbesetzt bleiben, da die ausgewählte

23 509/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 24

24 509/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 22

25 509/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 28

Person an einem andern Ort Dienst versieht. Zum Beispiel Ministerin Edtstadler ist eigentlich Oberstaatsanwältin bei der WKStA, hat dort aber noch keinen Tag gearbeitet. Diese Vorgehensweise dient der Absicherung von Personen aus dem schwarzen Machtzirkel, um diese nach dem Ausscheiden aus der Politik weiter versorgt zu wissen. Ausweichend war die Antwort der Auskunftsperson im Zusammenhang mit der Übergehung der offiziellen Reihung von Kandidaten durch den damaligen ÖVP-Minister Brandstetter, um einer fachlich nicht entsprechend geeigneten, aber ÖVP-nahen Kandidatin zu einem leitenden Posten zu verhelfen.

Abermals traten die schockierenden Zustände im Justizministerium im Zuge einer Befragung vor dem ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss zu Tage. Angefangen bei persönlichen Fehden zwischen Behörden über emotionale Ausbrüche des Ex-Generalsekretärs Pilnacek bis hin zu regelrechtem Postenschacher, in der Justiz liegt noch einiges im Argen. Was hier sichtbar wurde, ist nur die Spitze des Eisbergs des System Pilnacek und der schwarzen Netzwerke in BMJ.

Der „Mann fürs Grobe“²⁶ der ÖVP: Bernd Schneider

Der Schwerpunkt der Befragungen durch den ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss lag ein weiteres Mal im Bereich der Justiz. So war der „Mann fürs Grobe“ der ÖVP, Staatsanwalt Dr. Bernd Schneider, vor den Ausschuss geladen, um Rede und Antwort zu stehen. Zweifellos handelt es sich bei Schneider um einen weiteren Proponenten des System Pilnacek, dieses Netzwerk stand auch im Mittelpunkt seiner Befragung. Weiters wurden die Kloibmüller-Chats und die Involvierung Schneiders in das Verstecken und Vertuschen dieser beleuchtet.

„Rein dienstlich“²⁷ sei sein Verhältnis zu Christian Pilnacek und Oberstaatsanwalt Fuchs gewesen, so Dr. Schneider. Inwiefern das zutreffend ist, muss in Frage gestellt werden, denn Schneiders Name taucht immer wieder in den Chats zwischen Pilnacek und Fuchs auf. So auch im Zusammenhang mit der geplanten Observation der WKStA, hier bringt

²⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=57hmgpU7VRY>
²⁷ 510/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 5

Pilnacek als geeigneten Mann dafür Staatsanwalt Schneider ins Spiel, dieser solle gemeinsam mit der SOKO „ermitteln“. Trotz dieser belastenden Erkenntnisse will Schneider das System Pilnacek nur aus den Medien kennen, diese Behauptung ist weiter nicht verwunderlich und Schneider ist nicht die erste Auskunftsperson, die trotz Involvierung in dieses Netzwerk jegliche Kenntnis davon abstreitet.

Umfassend behandelt wurde auch der Themenbereich Kloibmüller-Chats, hier steht eine Verschleppung von mehreren Verfahren, unter anderem gegen Wolfgang Sobotka im Raum. Mutmaßlich hat Schneider im März 2021 den USB-Stick mit den Chats trotz drohender Verjährung der Straftaten einem IT-Experten des BMJ zur weiteren Bearbeitung übergeben. In Folge verblieb der Stick ungewöhnlich lange bei diesem Experten und weitere Ermittlungen von Seiten der Staatsanwaltschaft diesbezüglich wurden hintangehalten. Auch der WKStA wurden die Daten nicht zur Verfügung gestellt. Dank dieser Auftragsarbeit für die ÖVP sind nunmehr fast alle Straftaten verjährt und können somit nicht mehr verfolgt werden. Die Erklärung für dieses Vorgehen ist bemerkenswert, er wollte den abschließenden Bericht des IT-Experten abwarten, so Schneider. Ferner habe er Michael Kloibmüller immer nur als Opfer gesehen und für ihn habe sich damit kein Anfangsverdacht ergeben, um weitere Ermittlungen anzustellen²⁸.

Im Hinblick auf die Rolle von Bernd Schneider lässt sich eines festhalten: Bei politisch brisanten Themen war der „Mann fürs Grobe“ der ÖVP in der Justiz, Bernd Schneider, allzu oft dabei, wenn es darum ging, Ermittlungen in die von der ÖVP gewünschte Richtung zu leiten, d.h. oftmals Vorwürfe und Verdachtsfälle versanden zu lassen und damit der Verjährung preiszugeben. Dass Staatsanwalt Schneider nun beruflich nach Niederösterreich gewechselt hat, also ins schwarze Zentrum der Macht, dürfte Zufall sein und hat mit Sicherheit nichts mit seinen vorangegangenen Aktivitäten zu tun.

Der „Maulwurf der ÖVP“ in der WKStA?

Im Zuge der Aufklärung von zweifelhaften Vorgängen in der Justiz war die karenzierte Staatsanwältin Mag. Linda

Poppenwimmer vor den Untersuchungsausschuss geladen. Poppenwimmer kommt eine ganz besonders brisante Rolle im System Pilnacek und in den schwarzen Netzwerken in der Justiz zu. So war die Auskunftsperson bis zu ihrer Karenzierung im Dezember 2021 als Staatsanwältin bei der WKStA beschäftigt. In Folge stand sie immer wieder im Verdacht, ihre Position auszunutzen, um Internas der WKStA nach außen, etwa zur OStA Wien und damit zu Oberstaatsanwalt Fuchs, zu spielen. Weiters von Interesse für den Untersuchungsausschuss war ihr späterer fliegender Wechsel in die Privatwirtschaft, genauer gesagt zur tiefschwarzen Anwaltskanzlei Ainedter & Ainedter. Folglich ist es nicht verwunderlich, wenn viele den Begriff „Maulwurf der ÖVP“ im Zusammenhang mit Linda Poppenwimmer und ihren Aktivitäten zugunsten der Volkspartei gebrauchen.

Vertraulich gestaltete sich der Umgang der Auskunftsperson mit Oberstaatsanwalt Fuchs, den sie mehrfach via WhatsApp zum gemeinsamen Grillen einlud. Eine Freundschaft mit Fuchs bestritt Poppenwimmer aber, sie seien lediglich „Businessfriends“ gewesen.²⁹ Die Chats legen nahe, dass sie doch besser bekannt sind, als von Poppenwimmer behauptet. Vielfach hat Poppenwimmer Internas der WKStA an Fuchs außerhalb des vorgeschriebenen Dienstwegs weitergegeben. Zum Beispiel hat Poppenwimmer am 19. Mai ein internes Mail von Dr. Weratschnig abfotografiert und per WhatsApp an Fuchs gesendet, veraktet wurde dieser Vorgang auch nicht. Als Zusatz steht in der Chat-Nachricht noch: „P.S. Bitte das Foto nicht weiterleiten (...)“³⁰. Auf die Frage von FPÖ-Fraktionsführer NAbg. Christian Hafenecker warum sie die Nachricht mit diesem Zusatz versehen habe, antwortet Poppenwimmer ausweichend. Sie habe nicht wollen, dass das Foto die Runde macht, schließlich sei ihr Name auf dem Foto ersichtlich. Warum? Vermutlich, weil sie die Informationen nicht hätte weiterleiten dürfen und so der „Maulwurf“ hätte enttarnt werden können.

„Aufgestaute Wut sinnvoll nutzen“

Des Weiteren schrieb Poppenwimmer an Fuchs, man sollte: „die aufgestaute Wut sinnvoll für gemeinsame konstruktive

29 511/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S. 23
30 511/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S. 27

Schritte nutzen“³¹. Was konkret die Auskunftsperson damit meint, will sie auch auf mehrfache Nachfrage hin nicht sagen. So bleibt offen, ob der Weggang von Staatsanwältin Mag. Jilek Folge dieser „konstruktiven Schritte“ war. Man sieht, auch wenn hier nur exemplarisch aufbereitet, es herrschte ein reger Austausch zwischen Poppenwimmer und Fuchs, mit zum Teil bedenklichen Inhalten, so die unerlaubte Weitergabe von Internas.³² Angesichts dieser Tatsachen fällt es schwer, der Behauptung Poppenwimmers: „Ich bin auch weder ein Maulwurf, Spion oder Spitzel“³³, Glauben zu schenken.

Höchst bedenklich ist auch ein anderes Faktum: der Wechsel von Mag. Poppenwimmer zur Kanzlei Ainedter & Ainedter, ohne jegliche Abkühlphase. Besonders problematisch ist diesbezüglich auch der Umstand, dass die genannte Kanzlei dezidiert ÖVP-nahe ist und häufig Mandanten aus dem Umfeld der ÖVP vertritt, auch der WKStA gegenüber. Der hier stattgefundene Wechsel war fliegend „von der Ankläger- auf die Verteidigerbank“. Als problematisch erachtet Mag. Poppenwimmer diesen Umstand allerdings nicht, für sie sei an der dieser Praxis nichts auszusetzen und sie würde sich auch nicht für eine verpflichtende „Cooling-Off-Phase“ einsetzen. Sie unterliege ohnehin der Amtsschwiegenheit, so Poppenwimmer weiter.³⁴ Aber anzunehmen, dass keinerlei Informationen aus ihrer Zeit bei der WKStA bei ihrer neuen anwaltlichen Tätigkeit zur Verwendung kommen, ist durchaus realitätsfern. So kann die Auskunftsperson nicht ausschließen, schon während ihrer Zeit bei der WKStA Bemerkungen über Verfahren gegenüber Mitgliedern der Kanzlei Ainedter gemacht zu haben.³⁵

So ist es auch geradezu eine Verhöhnung des Untersuchungsausschusses, dass Frau Poppenwimmer ausgerechnet Mag. Klaus Ainedter, von der Kanzlei Ainedter, als Vertrauensperson mit in den Untersuchungsausschuss genommen hat. Gründe für einen Ausschluss der Vertrauensperson lagen zur Genüge vor, die FPÖ-Fraktion stellte nur deshalb keinen Antrag auf Ausschluss, um Frau Mag. Poppenwimmer nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen, dem Ausschuss Rede und Antwort zu stehen. Denn bei einem Ausschluss der Vertrauensperson darf die Auskunftsperson die Befragung abbrechen.

31 511/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 67

32 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2144831-Mutmassliche-OeVP-Vertrauensleute-in-Justiz-zu-Gast.html>

33 511/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 5

34 511/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 71

35 511/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 73 f.

Der Befragungstag hat leider deutlich gemacht, dass die ÖVP systematisch V-Leute in die Justiz eingeschleust hat, um diese auszuhorchen und deren Arbeit zu behindern. Eine dieser Vertrauensleute der ÖVP ist zweifelsohne Mag. Poppenwimmer, mit ihrem direkten Wechsel von der Staatsanwaltschaft zu einer bekannten schwarzen Kanzlei hat sie sich aber selbst enttarnt. Klar ist aber, dass sie nicht die einzige ÖVP-Vertraute in der Justiz ist. Dennoch ist gerade der Fall Poppenwimmer besonders bemerkenswert, da hier besonders aktiv und dreist vorgegangen wurde.

Der „Thomas Schmid“ des Justizministeriums: Christian Pilnacek

Die Befragung des ehemaligen Sektionschefs im Justizministerium war ein Bohren harter Bretter. Da gegen die Auskunftsperson zahlreiche Verfahren anhängig waren und noch teilweise sind, entschlug sich Pilnacek insgesamt 19-mal.

Pilnacek pflegte regen Kontakt mit diversen Personen aus Politik und dem Justizwesen. Einerseits sieht man, wie Pilnacek justizintern seine Fäden zieht, um seinen persönlichen Willen zu verwirklichen, andererseits kann man beobachten, dass er auch nach außen, in das schwarze Netzwerk, versucht seine Wünsche zu verwirklichen. Vor allem der Kontakt mit dem mittlerweile zurückgetretenen steirischen Landeshauptmann Schützenhöfer ist hier interessant.

„Eine Wohltat für die Grüne Mark“

Wie in den Medien bereits kolportiert, versuchte Pilnacek, bei Schützenhöfer für seine Frau zu intervenieren.³⁶ So schrieb er unter anderem dem steirischen Landeshauptmann:

Pilnacek: „Lieber Herr LH, Prosit 2021 und viel Erfolg im Vorsitz der LH-Konferenz; möchte nur informieren, dass Präsident des OLG Graz ausgeschrieben ist; wäre Gelegenheit, das an unsere (sic!) Familie begangene Foul auszugleichen“

36 <https://www.derstandard.at/story/2000127094571/posten-fouls-und-verfassungsrichterin-nen-als-muellfrauen-in-pilnaceks-chats>

Pilnacek: „Bitte um Deine Unterstützung; Caroline wäre eine Wohltat für die Gerichtsbarkeit in der Grünen Mark; herzliche Grüße Christian Pilnacek“.³⁷

Da der ehemalige Landeshauptmann der Steiermark jedoch nicht auf diese Nachricht reagierte, wandte sich Pilnacek umgehend an dessen Sohn, Thomas Schützenhöfer, er ist Geschäftsführer der Justizbetreuungsagentur.

Pilnacek: „Lieber Thomas, ich hoffe, es geht Dir gut; mein Telefon ist abgestürzt; kannst Du mir bitte“ die „Nummer Deines Vaters“ geben? „OLG Graz ist ausgeschrieben und ich muss Werbung für Caro machen...“

Thomas Schützenhöfer: „Guten Morgen! Gut so. Die Frage, wie wir in dieser Sache konkret helfen können, hat uns ohnehin schon beschäftigt.“³⁸

Generell dürfte Christian Pilnacek den Kontakt mit der Familie Schützenhöfer gepflegt haben. Auch mit Thomas Schützenhöfer, Sohn des steierischen Landeshauptmanns Schützenhöfer, hielt der damalige Sektionschef via Chat-Kontakt. Die ist insofern nicht unwesentlich, weil Thomas Schützenhöfer mit Februar 2014 zum neuen Geschäftsführer der Justizbetreuungsagentur bestellt wurde.³⁹ Diese Justizbetreuungsagentur (JBA) ist der Personaldienstleister der österreichischen Justiz, welche eben Personal für die Justiz im Bereich der Betreuung, Dolmetschen sowie Familien- und Jugendgerichtshelfern rekrutieren soll. Hierbei muss festgehalten werden, dass die Justizbetreuungsagentur eine Anstalt öffentlichen Rechts ist und daher nicht direkt dem Justizministerium unterstellt ist, was zur Folge hat, dass diese nicht der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Also eine ähnlich „Black Box“ wie die Covid-19-Finanzierungsagentur, kurz COFAG.⁴⁰

Angesprochen auf diese Nachrichten entschlug sich Pilnacek hier mehrmals und berief sich dabei auf sein Privat- und Familienleben.

Aus diversen Chats ist ersichtlich, dass es hier zu zahlreichen Interventionen kam. Auch Nationalratspräsident

37 <https://exxpress.at/whatsapp-chats-christian-pilnacek-bittet-um-job-fuer-seine-frau/>

38 513/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 61 f.

39 <https://www.derstandard.at/story/1389857796549/eine-neuer-job-fuer-karls-ex-kabinettschef>

40 https://www.youtube.com/watch?v=gCBzq_PORpE

Wolfgang Sobotka wurde um eine Intervention gebeten. Am Tag der Hausdurchsuchung beim ehemaligen Finanzminister Blümel rief Pilnacek sogar 12-mal bei Sobotka an⁴¹, aus der Befragung wurde nicht ersichtlich, was der Grund der zahlreichen Anrufe war. Vor allem interessant war hier auch der Versuch, bei Sobotka für die Besetzung des Verfahrensrichters im ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschuss zu intervenieren.

So leitete Pilnacek seiner Frau ein SMS weiter, welches an Sobotka versendet wurde. In dieser Nachricht schrieb er, dass sich „Dipl. Ing. Dr. Herman Luger wegen der Position des Verfahrensrichters“ bei ihm gemeldet habe und dieser ein „fachlich versierter, unaufgeregter und kaum eitler Mann“ wäre.⁴²

Auch hierzu gab es keinerlei Antworten.

Chats zwischen Pilnacek und dem steirischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie mit anderen ÖVP-Landeshauptleuten und NR-Präsident Sobotka verdeutlichen ein freundschaftliches Naheverhältnis und lassen zudem den berechtigten Verdacht aufkommen, dass hier Postenschacher und illegale Absprachen im Sinne der ÖVP stattgefunden haben.

So erkundigt sich beispielsweise Schützenhöfer mehrmals direkt bei Pilnacek zu Personen und Vorgängen in der Justiz, Pilnacek nutzt Schützenhöfer wiederum für vermeintliche persönliche Gefallen. Weiters involviert sind NR-Präsident Wolfgang Sobotka, NÖ-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Salzburgs LH Haslauer.

Johann Fuchs

Mag. Johann Fuchs ist als Leiter der OStA Wien und somit für die Dienst- und Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland zuständig. Diese Aufsicht wurde ihm jedoch entzogen und seinem Stellvertreter übergeben. Anlass hierfür waren der Vorwurf, Fuchs hätte das Amtsgeheimnis verletzt und die WKStA bei

41 <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/sobotka-16-mal-auf-handy-von-pilnacek/471808986>
42 513/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S. 30

den Ermittlungen behindert und somit seine Dienst- und Fachaufsicht missbraucht.⁴³ Auch die Leiterin der WKStA, Ilse-Maria Vrabl-Sanda, klagte über „Störfeuer“ und Hindernisse ihrer Arbeit.⁴⁴ Wesentlicher Auslöser des Konfliktes war die damalige Eurofighter-Dienstbesprechung am 1. April 2019. Hierbei dürften Informationen dieser Besprechung binnen Stunden an die Öffentlichkeit gelangt sein. Der damalige Sektionschef Pilnacek ortete, dass dies durch die WKStA geleakt wurde, woraufhin ein noch immer anhaltender Konflikt zwischen den beiden Staatsanwaltschaften entstand. Im Zentrum der Befragung standen genau diese Differenzen zwischen der OStA Wien und der WKStA. Mag. Johann Fuchs pflegte intensiven Kontakt zu hohen Beamten im Justiz- und Innenministerium. Und zwar so regen schriftlichen Austausch, dass ihm dies aufgrund des Inhaltes zum Verhängnis wurde. Über diese Zerwürfnisse hat er sich mit dem mittlerweile suspendierten Sektionschef Christian Pilnacek über einen Messenger-Dienst ausführlich unterhalten. Wie die an die Öffentlichkeit gelangten Chats zeigen, planten sie eine mögliche Observation eines Staatsanwaltes der WKStA, weil die parteipolitische Nähe (ÖVP) eines Beamten der SOKO Ibiza geleakt worden war.⁴⁵

„Wie wir das machen...“⁴⁶

Angesprochen auf den Chatverlauf und wie weit die Pläne der Observation waren und ob es eben eine Anregung von Christian Pilnacek war, diese Maßnahmen zu treffen, meinte Fuchs: „Nein, das war keine Anregung. Das war so, wie wenn ich mit Ihnen im Wirtshaus rede und sage: Was machen wir da? Dann sagen Sie irgendwas und ich sage irgendwas, und irgendwann einmal, am Ende, gehen wir raus, und es passiert das, was machbar ist. Machbar davon war gar nichts. Das war ein Chat, eine Unterhaltung unter vier Augen. Der Unterschied zwischen einer mündlichen Unterhaltung und einem Chat ist halt, dass das halt schriftlich irgendwo auf einem Datenfriedhof wieder gefunden wurde.“⁴⁷

Zwar dürfte sich die Unterhaltung in Bezug auf die diskutierte Observation für Mag. Fuchs erübrigt haben, wenn er meinte, es wäre nichts davon machbar gewesen, für Chris-

43 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2146094-Fuchs-sieht-sich-nicht-als-Teil-eines-OeVP-Netzwerks.html>

44 <https://orf.at/stories/3216568/>

45 <https://orf.at/stories/3247135/>

46 <https://orf.at/stories/3263367/>

47 512/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S. 20

tian Pilnacek dürfte die sich dieses Thema aber nicht erledigt haben. General Franz Lang gab bei seiner Befragung an, dass Christian Pilnacek ihm kontaktierte hätte und gefragt haben soll, wie so eine Observation vonstatten geht. Auf die Frage, ob er dem suspendierten Sektionschef dies erklärte hätte, sagte er: „Soweit ich mich erinnern kann, hat Pilnacek immer genau gefragt, wie wir das machen.“...“ Ich habe ihm das beschrieben, wie wir das machen“.⁴⁸

Hierbei darf nicht vergessen werden, dass sich ein einflussreicher Sektionschef und ein Leiter einer Oberstaatsanwaltschaft, also die wesentlichen Vertreter der Rechtsstaatlichkeit, über eine mögliche widerrechtliche Observation unterhalten. Die Idee, diese undichte Stelle zu suchen, und die mögliche Maßnahme, waren durchaus schon sehr konkret, was wohl kaum mit einer Wirtshausplauderei verglichen werden kann.

Finanz

Sonderbare Vorgänge im Finanzministerium

Unter anderem zur Causa Wolf wurde auch der ehemalige Finanzminister und Sektionschef im Finanzministerium Eduard Müller durch den ÖVP-Korruptionsausschuss befragt. So habe Thomas Schmid ihn damals in diesem Zusammenhang kontaktiert, er habe aber auf die Fachabteilung bzw. in diesem Fall auf das zuständige Finanzamt verwiesen. Auch bei einem zweiten Anlauf, wobei der Steuerberater von Siegfried Wolf an ihn herangetreten sei, will er in gleicher Art abgewickelt und weiterverwiesen haben. Weiters bestritt Eduard Müller, ein Naheverhältnis zu Siegfried Wolf zu haben, obwohl ihn dieser in einer Chatnachricht an Thomas Schmid als „Edi“ bezeichnet hat. Vielmehr ortet er hier eine falsche Darstellung, die Glaubwürdigkeit dieser Aussage darf zumindest in Zweifel gestellt werden.⁴⁹

Auch in der Steuersache rund um den Immobilieninvestor René Benko war Eduard Müller involviert. So wurde im Zuge der Befragung durch NAbg. Dr. Susanne Fürst festgestellt, dass Herr Müller Ende Mai 2017 ein gemeinsames Treffen mit Thomas Schmid und Rene Benko im Finanzministerium hatte. Offiziell soll es bei diesem Termin um lange Verfahrensdauern gegangen sein.⁵⁰ Ob auch über Steuern gesprochen wurde, will die Auskunftsperson nicht sagen.⁵¹ Hingegen einräumen musste Eduard Müller, dass die Art des Treffens auch mit diesem Setting einzigartig in seiner Karriere war. Weiters hat im Nachgang der Besprechung der Steuerberater von Herrn Benko mit ihm Kontakt aufgenommen, um über die entsprechende Steuerangelegenheit zu sprechen. Auf die Nachfrage, mit welchem Anliegen sich der Steuerberater an ihn gewandt habe (z.B. Verfahrensdauern), antwortete Eduard Müller wie folgt: „Ich sage jetzt lieber nicht Ja oder Nein, weil das auch schon wieder gefährlich sein könnte.“⁵² So aber blieben die Hintergründe des ominösen Treffens weiter im Unklaren.

49 458/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 56
50 <https://orf.at/stories/3250671/>
51 458/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 12 f.
52 458/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 15

Im Laufe der weiteren Befragung konnte sich Eduard Müller auch nicht an weitere Treffen mit Herrn Benko erinnern, obwohl Chat-Nachrichten vorgelegt wurden, die zumindest ein weiteres persönliches Treffen im Herbst 2017 nahelegen. Ob stattdessen ein Telefonat oder sonstiger Austausch zustande gekommen ist, war der Auskunftsperson nicht mehr erinnerlich.

Ähnlich aufschlussreich ist das Ergebnis der Befragung von Eduard Müller zum Themenkreis Postenbesetzungen und Postenschacher. So liegt der Verdacht nahe, dass Müller Einfluss auf den Ausschreibungstext für einen FMA-Vorstandsjob genommen hat. Konkret wurde die Stellenbeschreibung um den Passus «langjährige Berufserfahrung im öffentlichen Bereich» ergänzt, diese hatte Müller bekanntlich ja. Ohne diese Ergänzung, die in keiner vorherigen Ausschreibung für einen Vorstand der FMA enthalten war, hätte Eduard Müller nicht die nötigen Kriterien erfüllt. Schlussendlich hat sich Müller für den Job beworben und diesen auch erhalten (seit Februar 2020 FMA-Vorstandsmitglied). Warum genau sich der Ausschreibungstext zu seinen Gunsten geändert hat, kann sich die Auskunftsperson nicht erklären. Auch ob er persönlich mit dem Finanzminister über seine Ambitionen gesprochen hat, entzieht sich der Wahrnehmung von Herrn Müller.⁵³ Generell kann sich die Auskunftsperson an auffallend wenige Details und Eckpunkte seiner Bestellung zum FMA-Vorstand erinnern. Dies ist umso bemerkenswerter, als es sich bei einer Bestellung für einen Vorstandsjob nicht um Alltägliches handelt und dies alles noch dazu erst kürzlich – 2020 – über die Bühne gegangen ist.

Wieder einmal: Missbrauch der Verwaltung für parteipolitische Zwecke

Ein weiteres interessantes Detail zur Arbeitsweise der schwarzen Netzwerke konnte in der Befragung von Herrn Eduard Müller geklärt werden. So stellte sich heraus, dass im Wahlkampf 2017 die Auskunftsperson vom damaligen Generalsekretär im BMF, Thomas Schmid, gebeten worden war, steuerliche Details rund um Honorarzahungen an den SPÖ-Berater Tal Silberstein überprüfen zu lassen.⁵⁴ Einen

53 458/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 34 f.
54 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2139639-Tag-zwei-mit-Mueller-und-Pitz.html>

Missbrauch der Verwaltung für parteipolitische Zwecke durch diese Vorgehensweise wollt er nicht näher beurteilen.

Abschließend wurde der Fokus der Befragung noch auf Studien von Sabine Beinschab gelegt. „Keine Erinnerung“ war die Antwort auf die Frage, ob er von entsprechenden Studien in seiner Amtszeit als Finanzminister wusste. Obwohl er selbst Teil der abgefragten Inhalte war und auch parteipolitische Inhalte abgefragt wurden, kann sich Müller an keine derartigen Aufträge erinnern.⁵⁵ Besonders die Abfrage von parteipolitischen Fragestellungen ist brisant, da zu jener Zeit, als Müller Finanzminister war, bekanntlich eine Expertenregierung im Amt war. Die näheren Hintergründe dazu konnte er nicht erläutern.

„Du bist die Hure für die Reichen!“

Einmal mehr stand die Causa Wolf im Mittelpunkt der Befragung einer Auskunftsperson. Diesmal wurde dazu der ehemalige BMF-Kabinettsmitarbeiter und jetzige Abteilungsleiter in der Abteilung Steuerpolitik und Abgabenlegistik im BMF Michael Krammer befragt. Zudem ist Krammer seit Jänner 2019 Gruppenleiter für die Gruppe Steuerpolitik in der Sektion für Steuerpolitik und Steuerrecht im BMF. Michael Krammer war jener Kabinettsmitarbeiter, der im Jahr 2016 von Thomas Schmid mit den Steuerangelegenheiten von Siegfried Wolf betraut wurde. Ausgangspunkt dafür war eine Großbetriebsprüfung, an deren Ende eine Steuernachzahlung in Höhe von 11 Mio. Euro für Wolf stand. In Folge seiner Betrauung mit dieser Angelegenheit kam es auch zu Treffen mit dem Steuerberater von Wolf. Diesem will er allerdings gesagt haben, dass die Nachzahlung in dieser Höhe auch seiner Auffassung der Dinge entspreche. Warum die Steuernachzahlung letztendlich um ganze 4 Mio. Euro auf 7 Mio. Euro reduziert wurde, kann die Auskunftsperson nicht beantworten.⁵⁶ Ein Zusammenhang mit dem an ihn gerichteten Chat von Thomas Schmid: „Vergiss nicht – du hackelst im ÖVP-Kabinett!! Du bist die Hure für die reichen! (sic!)“⁵⁷, sei dahingestellt.

Gleichermaßen wie in die Causa Wolf war Michael Krammer auch in den Themenkomplex rund um Sabine Bein-

55 458/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 21 f.

56 461/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 11

57 461/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 7

schab involviert. War er es doch, der 2017 gemeinsam mit Sabine Beinschab eine Studie zum Thema Betrugsbekämpfung ausarbeitete. An diesbezügliche Termine auch zusammen mit Thomas Schmid konnte er sich trotz Kalendereinträgen nicht erinnern.⁵⁸ Auch warum ausgerechnet Beinschabs Agentur Research Affairs für diese Studien beauftragt wurde und warum es einen Zeitdruck bezüglich dieser Studien im Hinblick auf die Nationalratswahl 2017 gab, kann Krammer nicht erklären. Bei Fragen nach etwaigem Missbrauch dieser Studien als vom BMF finanziertes parteipolitisches Werkzeug entschlug sich die Auskunftsperson mehrmals, um sich keiner strafrechtlichen Verantwortung aussetzen zu müssen.

Mitglied oder nicht Mitglied

Um die völlig harmlose Frage von FPÖ-Abgeordneten Wolfgang Zanger, betreffend einer etwaigen Mitgliedschaft bei einer politischen Partei von Herrn Krammer, entspann sich eine kuriose Debatte. So bestritt die ÖVP-Fraktion die Zulässigkeit der Frage mit dem Argument, sie wäre zu persönlich, etwa wie die Frage nach der Religionszugehörigkeit. Dieser skurrilen Auffassung folgte der Verfahrensrichter und der Vorsitzende Norbert Hofer nicht. Folglich war die Frage zu beantworten. So stellte sich heraus, dass Michael Krammer tatsächlich ÖVP-Mitglied ist, ein nicht ganz unwesentliches Detail, geht es doch um mutmaßliche Vorteile oder behauptete Vorteile für Personen, die der ÖVP nahestehen.⁵⁹

Nationalratsabgeordneter und Untersuchungsausschuss-Fraktionsmitglied **Wolfgang Zanger** im Interview



„Erschütternde“ Einflussnahme in der Finanzverwaltung im Fokus

Im Zentrum der Befragung von Vertretern der Finanzverwaltung stand für die FPÖ-Fraktion einmal mehr die Causa Wolf, aber auch die enorme Erhöhung des Werbebudgets des Finanzministeriums von 2,84 Mio.

58 461/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 24
59 461/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 22 f.

Euro auf 13,22 Mio. Euro wurde eingehend untersucht. Geladen waren in diesem Zusammenhang Steuersektionschef im Finanzministerium Gunter Mayr, der Leiter der internen Revision im BMF Hannes Schuh und der zuständige Fachvorstand Gerhard Weinmann in der Steuercausa rund um Siegfried Wolf.

Unser Finanzamt wird's schon richten

Sektionschef Mayr führte aus, dass er auch zum Steuerverfahren rund um Siegfried Wolf beigezogen wurde und es sei dann im Zuge des weiteren Ablaufs in dieser Angelegenheit zu merkwürdigen Vorkommnissen gekommen. So habe auch Gunter Mayr einen Termin mit Wolfs Steuerberater gehabt, bei welchem dieser ihm eine Senkung der Steuerlast vorschlug. Auffallend sei gewesen, dass sowohl Thomas Schmid als auch die damals zuständige Vorständin des Finanzamts Siegfried Wolf schlicht „Sigi“ genannt hat, ein klares Zeichen für ein Naheverhältnis und somit Befangenheit.⁶⁰ Auch den Vorschlag, nur zwei Drittel seines Einkommens zu besteuern und ein Drittel außen vor zu lassen, sei ein merkwürdiger und unüblicher Zugang. Die Großbetriebsprüfung habe eine Reduzierung der Nachzahlung aber abgelehnt, diese Meinung habe er geteilt und ihm soll mitgeteilt worden sein, dass sich das zuständige Finanzamt an die Ansicht der Großbetriebsprüfung halten wird. Damit sei die Sache für ihn erledigt gewesen. Von der dann erfolgten Reduzierung der Steuernachzahlung von 11 Mio. Euro auf 7 Mio. Euro will er nichts mitbekommen haben. Verblüfft hingegen hat Mayr, dass bei jener ominösen Schlussbesprechung keine Personen eingeladen waren, welche andere Ansichten in dieser Causa als Thomas Schmid und der Steuerberater von Wolf vertreten haben. Generell seien bei der Abschlussbesprechung nicht alle relevanten Personen eingeladen gewesen, das entspricht laut Mayr nicht der gängigen Praxis. Jedenfalls steht auch für Sektionschef Mayr fest, dass er politische Interventionen in dieser Intensität vor der Steuercausa Wolf noch nicht erlebt habe.⁶¹ So habe auch Thomas Schmid in seiner Funktion als Generalsekretär Wolf 600.000 Euro an Zinsschulden einfach erlassen, ohne vorher mit dem zuständigen Sektionschef (Mayr selbst) darüber zu sprechen. Wieder einmal wird

60 <https://www.derstandard.at/story/2000134258673/oevp-korruptionsausschuss-offenbart-die-vielen-probleme-im-finanzressort>

61 464/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 28

deutlich, dass es sich ÖVP-Unterstützer richten und dass die ÖVP schamlos für ihre Freunde und Unterstützer interveniert, zum Nachteil der Republik und des Volkes.

Ebenfalls bestätigen kann Fachvorstand Weinmann, dass die Leiterin des zuständigen Finanzamts Frau Kölnsdorfer Siegfried Wolf „Sigi“ genannt hat. Der ohnehin schon bestehende Verdacht eines Näheverhältnisses wird so ein weiteres Mal bestätigt. Weiters ist ihm, wie auf Nachfrage von FPÖ-NAbg. Zanger evident wurde, kein anderer Fall untergekommen, bei dem es um eine Abgabennachsicht in solch einer Höhe ging.⁶²

13 Millionen für die Werbung

Spannend waren auch die Ausführungen von Dr. Schuh bezüglich der Explosion des Werbebudgets im BMF. So ist das Budget in kurzer Zeit exponentiell angestiegen ohne erkennbaren Grund, Vervierfachung des Budgets auf 13 Mio. Euro wurden keine weiteren Prüfschritte unternommen. Im Rahmen einer Prüfung von Studien und Inseraten durch die interne Revision im BMF wurden gravierende Mängel festgestellt, so fehlen Controlling- und Qualitätssicherungsberichte komplett. Damit unterliegt die Beschaffung von Studien und Inseraten praktisch keiner Kontrolle.⁶³

Kurz-Profiteur Wolf liefert Entschlagungsorgie vor dem Untersuchungsausschuss

Nun war es endlich soweit, ein Hauptakteur der Steuercausa Wolf, nämlich Investor Siegfried Wolf selbst, war vor den ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss geladen. ÖVP-Unterstützer Wolf hat ja bekanntlich dank einer Intervention im Finanzministerium und beim zuständigen Finanzamt einen Steuernachlass in Millionenhöhe bekommen. Diese Tatsache und seine Einbindung ins System Kurz, besonders auch im Hinblick auf Spendenralleys für Sebastian Kurz und die ÖVP standen im Vordergrund seiner Befragung. Dabei darf natürlich auch die Frage nach Gegenleistungen, wie

62 463/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 5 f.
63 462/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 13

etwa Aufsichtsratsmandaten, für seine Unterstützung der ÖVP nicht fehlen. Immerhin erschien Wolf erstmalig in diesem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, obwohl er bereits im März geladen war, damals war er nicht erschienen. Besonders bemerkenswert: Auch im Ibiza-Untersuchungsausschuss war Wolf ganze dreimal geladen, war aber dem Ausschuss stets fern geblieben.

Schon in der einleitenden Stellungnahme von Siegfried Wolf, welche größtenteils aus PR für seine eigenen „Leistungen“ bestand, kündigte der Unternehmer mögliche Entschuldigungen an. Diesem Vorsatz wurde er auch zeitnahe gerecht, schon bei der Erstbefragung durch den Verfahrensrichter entschlug sich Wolf in Hinblick auf eine Frage nach Spenden an die ÖVP. In dieser Manier ging es munter weiter, auch bei Fragen nach seiner Verbindung zur ÖBAG und einem etwaigen Aufsichtsratsmandat entschlug sich Wolf erneut.⁶⁴ In weiterer Folge der Entschuldigungen von Wolf entsponn sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit von Fragen und diesbezüglichen Entschuldigungen. In diesen Debatten tat sich die ÖVP wieder einmal durch unrichtige Behauptungen, wonach die ÖVP nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun habe und Fragen zu Spenden nicht zulässig seien, hervor. Im weiteren Fortgang der Befragung kam es laufend zu Entschuldigungen von Herrn Wolf, so auch im Zusammenhang mit einer Frage nach einer Spendengala für Sebastian Kurz im Jahr 2016 auf Schloss Reifnitz. Nicht erinnerlich war Wolf auch, was er mit Axel Melchior (ehemaliger ÖVP-Generalsekretär und Kurz-Vertrauter) bei einem gemeinsamen Essen im Fontana Golfclub besprochen hat.⁶⁵

„ich kaempfe auch für euch mit allen Mitteln ...“

NAbg. Dr. Susanne Fürst fragte die Auskunftsperson Wolf, ob er den ehemaligen Bundeskanzler Kurz um eine Intervention zugunsten des Oligarchen Deripaska in den USA gebeten hat. Jedoch setzte sich die Entschuldigungsorgie hier weiter fort und es kam so zu keinem Erkenntnisgewinn.⁶⁶ Seine frühere Mitgliedschaft bei der SPÖ konnte Siegfried Wolf aber bestätigen. Immerhin! Die Fragen nach den USA-

64 470/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 8

65 <https://orf.at/stories/3258133/>

66 470/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 33 f.

Reisen des Ex-Bundeskanzler Kurz quittierte Wolf lediglich mit einem Kopfschütteln, dies passt gut ins Bild, wie auskunftsfreudig sich der Investor und ÖVP-Unterstützer Wolf dem Untersuchungsausschuss gegenüber zeigte. Im Rahmen der Befragung räumte Siegfried Wolf auch ein, des Öfteren in Kontakt mit Thomas Schmid gestanden zu sein. Dieser hat ihm ja bekanntermaßen später einen Nachlass auf die für die Steuerschuld fälligen Zinsen gewährt. Kurz nach der Spendengala auf Schloss Reifnitz schrieb Wolf an Schmid: „ich kaempfe auch fuer euch mit allen Mitteln ...“⁶⁷. Was er damit gemeint hat, will Wolf nicht beantworten.

Zusammenfassend lässt sich zur Befragung von Siegfried Wolf festhalten, dass trotz langer Anwesenheit seiner Person im Untersuchungsausschuss kaum nennenswerte inhaltliche Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Vielmehr lieferte er eine Entschlagungsorgie vor dem Ausschuss ab und behinderte so die weitere Aufklärung. Besonders zur zentralen Steuercausa äußerte er sich gar nicht, hier gäbe es noch vieles aufzuklären. Auch Fragen nach möglichen Gegenleistungen für sein Engagement für die ÖVP blieben unbeantwortet. Vielfach war das Begehren zur Entschlagung von Herrn Wolf wirklich reflexartig, ohne überhaupt auf die konkrete Fragestellung Bezug zu nehmen. Generell war der Umgang von Herrn Wolf mit dem Untersuchungsausschuss und seinen Mitgliedern launisch und nicht von Respekt geprägt, dieser Umstand erschwerte die Befragung noch zusätzlich.

Ex-Finanzminister Schelling kann oder will sich auffallend oft nicht „erinnern“

Die Befragung des ehemaligen ÖVP-Finanzministers Dr. Johann Georg Schelling geht genauso weiter, wie die letzte Befragung aufgehört hat: mit einer Entschlagung. Warum in seiner Zeit als Finanzminister mehr Geld als veranschlagt für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben wurde und was es mit Studien aus dem Hause Beinschab im BMF auf sich hat, wollte Schelling nicht sagen.⁶⁸ Er lieferte die erste von vielen Entschlagungen im Zuge seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss ab. Einen konkreten Grund

67 470/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 27
68 471/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 6

für seine Aussageverweigerung allerdings blieb er schuldig. Folglich stand auch das Beantragen einer Beugestrafe auf der Tagesordnung.

Wenig auskunftsfreudig gab sich Dr. Schelling auch bei Fragen von FPÖ-NAbg. Christian Ries zur Beauftragung von Studien im BMF und zum Beinschab-Österreich-Tool. Die Antworten auf diesbezügliche Fragen waren entweder Entschuldigungen oder kaum bis keine Wahrnehmungen zu den Themen. Schwer zu glauben, dass man hierzu keine Wahrnehmungen hat, man bedenke die enormen Kosten und die Reichweite damals. Beispielsweise wollte Schelling nicht beantworten, ob die Beauftragung von Studien und Umfragen „Chefsache“ im BMF gewesen sei. Auch auf die Frage welche Firmen bzw. Institute mit der Durchführung von Studien beauftragt wurden, verweigerte Schelling die Aussage.⁶⁹

Auf Fragen betreffend der Steuercausa Wolf wollte Schelling gar nicht antworten und machte einmal mehr ausgiebig Gebrauch von seinem Entschuldigungsrecht. Klar ist aber auch, dass Schelling zur Zeit des mehr als zweifelhaften Steuerdeals zwischen Thomas Schmid und Siegfried Wolf der zuständige Finanzminister war. Durch Chats ist auch erwiesen, dass Schelling über die erzielte Einigung durch Thomas Schmid informiert wurde. Gleichermäßen haben schon mehrere Auskunftspersonen bestätigt, dass in der Steuercausa Wolf ein vorher noch nie dagewesener Aufwand betrieben wurde, um zu einer Einigung und in Folge zu einer Senkung der Steuerschuld zu kommen. Doch trotz all dieser Brisanz äußerte sich Schelling nicht zu diesem Themenkomplex. Ähnlich verhielt es sich mit der Causa rund um Steuervermeidung des ÖVP-Großspenders Stefan Pierer.⁷⁰ Hier wollte Schelling nicht wissen, ob Schmid mit dieser Sache betraut war, auch er selbst wollte keine Erinnerungen in diesem Zusammenhang haben.

Ein Sideletter und dessen Folgen

Vom „Projekt Ballhausplatz“ wollte Schelling nichts gewusst haben, obwohl nun ein Sideletter zwischen Kurz und Schelling aus dem Jahr 2015 aufgetaucht ist. Dieser Sideletter

69 471/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 27 f.
70 <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/wolf-und-schelling-geben-sich-im-u-ausschuss-schweigsam-119500102>

regelte die massive Budgeterhöhung im Außenministerium, dessen damaliger Minister Sebastian Kurz war. „Der nun aufgetauchte Sideletter ist der wohl bis dato eindrucklichste Beweis dafür, wie sich Sebastian Kurz und seine türkise Partie Steuergelder für ihre Machtübernahme in der ÖVP und später der gesamten Republik unter den Nagel gerissen haben. In dem Schreiben garantiert Schelling Kurz für den Zeitraum 2016–2019 nicht nur zusätzliche 16,6 Millionen Euro an Entwicklungshilfegeldern, die aus Rücklagen im Finanzministerium entnommen werden sollten, sondern er gewährte dem Außenministerium auch noch eine weitere Ausschüttung von fünf Millionen Euro. Weder ein Verwendungszweck noch ein Grund für diese ‚Bonuszahlung‘ wurden dabei angegeben. Dabei muss es aber Mitwisser gegeben haben, möglicherweise auch Finanzgeneralsekretär Schuster“, kommentierte der FPÖ-Fraktionsführer im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss NAbg. Christian Hafenecker die bekannt gewordene Geheimabsprache.⁷¹

Angefangen bei der Steuercausa Wolf über die Werbeausgaben im BMF bis hin zum „Projekt Ballhausplatz“ gab sich Johann Schelling nicht sehr auskunftsbereit. Seine Befragung war geprägt von einer ganzen Reihe an Entschuldigungen, abgerundet wurde das Ganze dann durch fehlende Erinnerungen der Auskunftsperson. Mit dieser Vorgehensweise gliederte sich Dr. Schelling ein in die immer länger werdende Reihe von „vergesslichen“ oder aussageverweigernden ÖVP-nahen Auskunftspersonen. So blieben leider viele wichtige Fragen im Zusammenhang mit der mutmaßlich systematischen Korruption innerhalb der ÖVP und ihres Umfelds unbeantwortet.

„Paradebeispiel für eine türkise Karriere“: Clemens Niedrist im Untersuchungsausschuss

In der 12. Sitzung des ÖVP-Untersuchungsausschuss war der Kabinettschef im Finanzministerium Mag. Clemens Wolfgang Niedrist geladen. Niedrist sei ein „Paradebeispiel für eine türkise Karriere“⁷², so FPÖ-Fraktionsführer NAbg. Christian Hafenecker, MA. Die Auskunftsperson war schon

71 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220629_OTS0211/fpoe-hafenecker-tuerkiser-sideletter-als-startschuss-fuer-finanzierung-des-projekt-ballhausplatz

72 <https://www.youtube.com/watch?v=EQ6RxMFk16g>

unter Finanzminister Gernot Blümel im Amt und hatte im Laufe der letzten Jahre immer wieder hohe Posten in ÖVP-geführten Ressorts, darunter im Justiz-, Finanz- und auch im Außenministerium, inne. Bei Niedrist handelt es sich also um eine Schlüsselfigur des tiefen ÖVP-Staates und ein Bindeglied zwischen der Ära Kurz zu heute. Im Mittelpunkt der Befragung von Niedrist stand die Causa Laptop, rund um den Rechner des ehemaligen Finanzministers Blümel, und seine Beziehung zu Christian Pilnacek.

Es war die Wickeltasche und nicht der Kinderwagen

Es ging gleich mit einer skurrilen Wendung in der Causa Laptop los. Auf die Frage ob die Lebensgefährtin von Gernot Blümel einen Kinderwagen bei der Übergabe des gesuchten Laptops an Niedrist dabei hatte, antwortete dieser: „Nein. Sie hatte eine Wickeltasche mit sich, und in dieser Wickeltasche befand sich der Laptop (...).“⁷³ Dieses neue Detail führt noch einmal vor Augen, wie skurril und absurd die Situation rund um den Laptop von Ex-Finanzminister Blümel war. Doch diese Feststellung war noch nicht alles in dieser Sache im Hinblick auf den Laptop von Blümel. So soll laut Kabinettschef Niedrist Blümel in seiner Zeit als Minister selbst keinen Laptop besessen haben, dass ihm dann dennoch ein Laptop von seiner Lebensgefährtin übergeben wurde, kam ihm nicht eigenartig vor. Überhaupt ein Minister ohne eigenen Laptop? Das lässt auf seltsame Praktiken im Finanzministerium schließen. Im Endeffekt landete dieser nichtexistierende Laptop von Gernot Blümel dann in der Wickeltasche seiner Lebensgefährtin.

Aussagekräftig sind auch die Ausführungen von Herrn Niedrist, gefragt nach Interventionen im Finanzministerium. Interventionen habe es nie gegeben, nur „Wünsche“, so Niedrist.⁷⁴ Ganz unverbindlich, diese Wünsche, wie sich am Beispiel Siegfried Wolf gezeigt hat.

Deutlich äußerte sich Niedrist auch zu seinem Verhältnis zu Christian Pilnacek, er kenne diesen aus ihrer gemeinsamen Zeit im Justizministerium. Er habe Pilnacek immer geschätzt und tue dies auch jetzt immer noch, so Niedrist.⁷⁵

73 508/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 6

74 508/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 64

75 508/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 11

Was das bedeutet, wissen wir. Die Verbindung zwischen Niedrist und Pilnacek scheint so „gut“ wie eh und je zu sein. Ein weiterer Beleg für das gute Verhältnis zwischen Niedrist und Pilnacek ist die Chat-Nachricht von Pilnacek an die Auskunftsperson. In diesem Chat fragt er ihn, wer Gernot Blümel auf seine Einvernahme vorbereitet. Viele Fragen zum System Pilnacek blieben offen, da sich Mag. Niedrist mehrfach Fragen in diesem Zusammenhang entschlug.

Inneres

Wie alles begann: Eine Bootstour, ein Handy und ein Datenleck

Mag. Michael Kloibmüller ist „der“ Grundpfeiler des schwarzen Netzwerks im Innenministerium. Von 2000 an war er durchgehend in Kabinetten des Ministeriums. Seine Karriere hat er bei Innenminister Ernst Strasser begonnen – und damit beim Projekt „rot-weiß-rot“, dem Synonym für die wohl brutalste Umfärbung, die ein österreichisches Ministerium bis dorthin erleiden musste.

Kloibmüller hat eine steile Karriere hinter sich. Nach der Matura hatte er eine Polizistenlaufbahn eingeschlagen und nebenbei auch ein Jus-Studium absolviert, das er 1999 abschloss. Er war Kabinettschef unter Ernst Strasser, kurz bei der eher wenig (partei-)politisch trittsicheren Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky als Art „watch dog“ zwischengeparkt und in weiterer Folge in den ÖVP-Kabinetten von Maria Fekter, Mikl-Leitner und zuletzt Wolfgang Sobotka tätig.

Sobotka beförderte Kloibmüller zum Sektionschef der Präsidialsektion im Jahr 2017, somit war er kurzfristig Kabinettschef und Sektionschef zugleich. Nach dem Ministerwechsel von Sobotka auf Herbert Kickl hat sich Kloibmüller nach einem Jahr als Sektionschef dazu entschieden, in die „Privatwirtschaft“ zu wechseln. Er wurde Geschäftsführer der WET-Wohnbaugruppe, eine Wohnbaugesellschaft in Niederösterreich mit zahlreichen Verschränkungen zur ÖVP Niederösterreich.⁷⁶ Vorangegangene Erfahrung in diesem Bereich: überschaubar.

Besondere Aufmerksamkeit bekam Kloibmüller aufgrund einer dubiosen Auswertung seines Diensthandys, die den Weg in den Untersuchungsausschuss genommen hat.

Katharina Nehammer, damals Kabinettsmitarbeiterin und zwischenzeitlich umtriebige Kanzlergattin, hatte, wie medial bekannt⁷⁷, bei einem Kabinettsausflug ein Kanu zum Kentern gebracht. Daraufhin fielen nicht nur Kloibmüller

⁷⁶ https://www.firmenabc.at/wet-wohnbaugruppe-service-gmbh_OdEd

⁷⁷ <https://www.diepresse.com/6099722/der-maulwurf-akt-wie-das-kabinettschef-handy-aus-dem-fluss-zu-medien-kam>

samt Mitarbeiterstab ins Wasser, sondern auch deren Mobiltelefone. Beim Versuch, die Handys „hausintern“ zu reparieren, kam es offenbar zu einer illegalen Datenauswertung. Bei den Nachrichten handelt es sich um zahlreiche Interventionen im Innenministerium, die zum Teil so unverfroren waren, dass sie im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss natürlich breit thematisiert werden mussten.

Da der ehemalige Nationalratsabgeordnete Dr. Peter Pilz bei seiner Befragung am 3. März 2022 in der 5. Sitzung des Untersuchungsausschusses ein Konvolut mit zahlreichen „Kloibmüller-Chats“ vorgelegt hat⁷⁸, waren die Ausschussmitglieder auf die Wahrnehmungen der Auskunftsperson besonders gespannt.

Zu Beginn der Befragung übergab Kloibmüller eine Liste mit Verfahren, welche die Staatsanwaltschaft gegen ihn führt, da in mehreren Fällen der Verdacht des Amtsmissbrauchs geprüft werde. Dahingehend hat er bereits im Eingangstatement angekündigt, bei Fragen zu Personalbesetzungen von seinem Entschlagsrecht Gebrauch zu machen.⁷⁹

Auch bei dieser Befragung waren die Ausschussmitglieder der ÖVP äußerst nervös und versuchten, mit zahlreichen Meldungen zur Geschäftsordnung eine erkenntnisbringende Befragung größtmöglich zu verhindern. Diese Taktik der ÖVP konnten wir im gesamten Verlauf des Untersuchungsausschusses beobachten.

Da es in diesem Umfeld kaum möglich war, eine flüssige Befragung durchzuführen, konnten zahlreiche Nachrichten von Kloibmüller nicht thematisiert werden, bzw. entschlug sich die Auskunftsperson zu einem Großteil. Das von Pilz herausgegebene online-Magazin „ZackZack“ hat daher auf seiner Internetpräsenz die wichtigsten „BMI-Chats“ zusammengefasst.⁸⁰

Inerate! Inerate!!

FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker wollte jedoch noch eine zusätzliche Causa beleuchten. Das Magazin ÖSTERREICH SICHER.

78 518/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 4

79 <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/kloibmueller-zu-postenbesetzungen-im-u-ausschuss-befragt-121100662>

80 <https://zackzack.at/tag/bmi-chats>

ÖSTERREICH SICHER erscheint viermal pro Jahr als Printausgabe und geht gratis an 250.000 Haushalte in Österreich, an alle Dienststellen der Polizei und des Bundesheeres, an Führungskräfte, an alle Bürgermeister der Gemeinden in ganz Österreich, sowie Landesregierungen und liegt bei Partnern der Aktion „Gemeinsam.Sicher“ zur Entnahme auf.

Bereits im Jahr 2017 wurde bekannt, dass es fragwürdige Inseratenschaltungen des BMI im Jahr 2016 gegeben hat. Laut einer parlamentarischen Anfrage aus dem Jahr 2017 gab das BMI nur für eine Ausgabe im Jahr 2016 nicht weniger 63.000.- € aus.⁸¹

Anonym zugespielte Chat-Nachrichten aus den Kloibmüller-Chats zeigen, dass sich der aktuelle ÖVP-Wien-Obmann Karl Mahrer bereits im Jahr 2016 (damals war Mahrer Landespolizei-Vizepräsident in Wien) mit dem damaligen Kabinettschef des Innenministeriums, Mag. Kloibmüller, intensiv über die Kooperation zwischen BMI und dem Magazin Österreich Sicher unterhielt. Er erwähnte sogar, dass man „vollen redaktionellen Einfluss“ haben kann!

Angesprochen auf diesen Sachverhalt hatte Kloibmüller jedoch plötzlich keine Erinnerung mehr. Hier ein Exzerpt aus dem Befragungsprotokoll, zu welchen Nachrichten ein ehemaliger Kabinettschef erstaunliche Gedächtnislücken hat:

„Danke dir sehr, lieber Michael – das Magazin wird das wichtigste Trägermedium für GEMEINSAM SICHER und wir kommen mit der Kampagne direkt an alle Trafiken und alle Postpartner – und das ohne finanzielles Risiko und mit vollem redaktionellen Einfluss. LG Karl.“⁸²

Diese Nachricht steht jedoch im Widerspruch zur Antwort einer parlamentarischen Anfrage aus dem Jahr 2016. Damals sagte das Innenministerium nämlich, man nehme keinen redaktionellen Einfluss auf den Inhalt des Magazins. Im Dezember des gleichen Jahres gab das Innenministerium nur für eine Ausgabe 63.000.- € aus.⁸³

Wäre das „Projekt Ballhausplatz“ eine Netflix-Serie, dann wäre „Die Akte Kloibmüller“ eine Art Prequel. Kloib-

81 <https://www.derstandard.at/story/2000057363091/kooperation-zwischen-innenminister-und-magazin-63-000-euro-je-ausgabe>

82 518/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 43

83 <https://www.derstandard.at/story/2000057363091/kooperation-zwischen-innenminister-und-magazin-63-000-euro-je-ausgabe>

müller ist Vorläufer der Türken und Wegbereiter des „System Kurz“, in Mitteln und Umsetzung mit ähnlichen Zielen und genauso wenig zimperlich. Im BMI ab 2010 „wetterleuchtet“ es schon ganz gewaltig. Viele der taktischen Manöver, die zum Umbau eines Ministeriums beziehungsweise zur totalen Nutzung eines Staatsapparates zum Nutzen einer Partei durchgeführt wurden, fanden später Eingang in das türkische „Projekt Ballhausplatz“.

**Die Republik als ÖVP-
Selbstbedienungsladen**

Postenschacher und Inserate – abseits oben genannter Ressorts

Sebastian Kurz, das Zentrum des türkisen Systems

„Ich bin bereit und darf um Ihre Fragen ersuchen“⁸⁴, so das Eingangsstatement des Ex-Kanzler Kurz im Untersuchungsausschuss. Soweit kam es jedoch nicht. Denn die VP-Fraktion war noch lange nicht bereit. Noch bevor Sebastian Kurz sein Eingangsstatement abgeben konnte, meldete sich schon der ÖVP-Fraktionsführer Andreas Hanger zur Geschäftsbehandlung, und appellierte an den Verfahrensrichter und den Vorsitzenden, auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung zu achten. Dadurch war klar, wo die Reise bei dieser Befragung hingehen würde. Mit unzähligen Geschäftsordnungsmeldungen, Stehungen, lähmenden Zwischenrufen durch die ÖVP sowie ausschweifenden Antworten und rhetorischen Tricks der Auskunftsperson, konnte diese an nichts zur Aufklärung beitragen. „Es sind zwei Fraktionen aufgrund taktischer Spielchen, auch der ÖVP, und dieser überausgedehnten Antworten des Herrn Alt Bundeskanzlers nicht dazu gekommen, zu befragen“⁸⁵, kommentiert der FPÖ-Fraktionsführer im Untersuchungsausschuss, Christian Hafenecker, den Befragungstag von Ex-Kanzler Kurz. Die Themenpalette wäre breit gewesen. Als zentrale Figur im türkisen System wären seine Wahrnehmungen zum gesamten „Projekt Ballhausplatz“ wesentlich gewesen:

- Waren die 5 Millionen €, die der damalige Finanzminister Schelling für den damaligen Außenminister Kurz locker gemacht hatte und in einem Sideletter⁸⁶ fixiert wurden, das Startkapital für das „Projekt Ballhausplatz“, Stichwort: „Kurz kann jetzt Geld scheissen“⁸⁷
- Wie kann es sein, dass die Ehefrau des jetzigen Bundeskanzler Nehammer die obligatorische Sicherheitsüberprüfung

84 638/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.

85 638/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.61

86 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220629_OTS0211/fpoe-hafenecker-tuerkiser-sideletter-als-startschuss-fuer-finanzierung-des-projekt-ballhausplatz

87 <https://www.profil.at/wirtschaft/bisher-unveroeffentlichte-chats-kurz-kann-jetzt-geld-scheissen/401407647>

nicht besteht, und dann trotzdem ins Kabinett des damaligen Außenminister Kurz kommt?⁸⁸

- War der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) eine weitere Cashcow für das „Projekt Ballhausplatz“ sowie ein Personalparkplatz für einstige Wegbegleiter und PR-Bühne des Alt-Kanzler Kurz?
- War die Vorarlberger Wirtschaft ein Mitfinanzier des Projektballhausplatzes, aufgrund der vielen Besuche im Ländle vom damaligen Kanzler?⁸⁹

Leider konnte all diese Themen nicht geklärt werden und somit wurden die österreichischen Steuerzahler abermals hinters Licht geführt. So viel zum Thema: „Wir stehen für volle Transparenz und für volle Aufklärung“⁹⁰, wie Abg. Hanger von der ÖVP so oft proklamierte.

„Kronzeuge“ Schmid erscheint endlich vor dem Untersuchungsausschuss und schweigt dennoch

Am 3. November 2022 war es schließlich soweit: Die Befragung von MMag. Thomas Schmid durch den ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss stand an. Der vorgeladene Ex-ÖBAG-Alleinvorstand Thomas Schmid machte zu Beginn der Befragung von seinem Recht auf ein Eingangsstatement Gebrauch. Darin führte der zu befragende Schmid aus, warum seiner Meinung nach eine generelle Aussageverweigerung seinerseits vor dem Untersuchungsausschuss zulässig sei. Zum Beginn der eigentlichen Befragung hielt Schmid fest: „Ich berufe mich auf mein Aussageverweigerungsrecht und werde nicht aussagen. Ich tue dies auch dann, wenn Sie hierzu eine andere Rechtsauffassung vertreten.“⁹¹

In dieser Haltung verharrte die Auskunftsperson Thomas Schmid auch, nachdem zahlreiche Fragen zu unterschiedlichsten Themenkomplexen vom Beinschab-Tool über die Causa Wolf bis zur Frage, ob Schmid Mitglied der ÖVP sei, gestellt wurden. Die Antwort war immer die gleiche - keine Aussage von Thomas Schmid. Auch die mehrfache

88 <https://zackzack.at/2022/06/11/freie-fahrt-ins-aussenministerium-kanzler-gattin-soll-in-sicherheitserklaerung-gelogen-haben>

89 <https://www.youtube.com/watch?v=S0wgeRx6iEo>

90 <https://www.puls24.at/news/politik/andreas-hanger-wir-stehen-fuer-volle-transparenz-und-fuer-volle-aufklaerung/255158>

91 655/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S. 6

Androhung einer Beugestrafe änderte nichts an der Haltung von Thomas Schmid. Der Verfahrensrichter wies auch mehrfach darauf hin, dass die Verweigerung der Aussage nicht gerechtfertigt sei. Grundlage für diese Einschätzung war die Tatsache, dass jede Glaubhaftmachung seiner Entschlagung von Seiten des Befragten ausblieb.

Dieses Verhalten von Thomas Schmid gegenüber einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss lässt deutlich den mangelnden Respekt vor österreichischen Institutionen erkennen. Weiters lässt dieses Verhalten auch die angebliche Kooperationsbereitschaft von Herrn Schmid wenig glaubwürdig erscheinen. Folglich muss auch der angestrebte Kronzeugenstatus kritisch hinterfragt werden und auf seine Sinnhaftigkeit überprüft werden.⁹² In diesem Zusammenhang hat sich NAbg. Christian Hafenecker, MA auch mit einem offenen Brief an Justizministerin Alma Zadic gewandt. In seinem Schreiben spricht er sich ganz entschieden gegen den Kronzeugenstatus für Thomas Schmid aus. Selbst einfachste und strafrechtlich eindeutig nicht relevante Fragen, die ihm im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss gestellt wurden und bei denen er sich nicht selbst hätte belasten können, etwa nach seiner Mitgliedschaft bei der ÖVP oder der Bestätigung seiner Unterschrift, blieben aus unerfindlichen Gründen unbeantwortet. Dieser Umstand lässt tief blicken in die moralischen und charakterlichen Eigenschaften von Herrn Schmid. Dieses absolute Fehlverhalten auch noch mit einem Kronzeugenstatus zu belohnen, ist vor der Bevölkerung keinesfalls zu verantworten.⁹³

Leider blieb die Auskunftsperson Schmid alle Antworten schuldig und konnte so nicht zur Klärung weiterer Details beitragen. Dies ist auch insofern bedauerlich, als das Erscheinen von Thomas Schmid vor dem Untersuchungsausschuss ein aufwändiges und langwieriges Unterfangen war. So war es offenbar eine nicht bewältigbare Herausforderung für die Behörden, Thomas Schmid ausfindig zu machen. In diesem Zusammenhang muss man auch ein etwaiges Behördenversagen thematisieren. Warum sonst konnte Thomas Schmid dem Untersuchungsausschuss nicht vorgeführt werden, wenn nicht aufgrund des Versagens der Behörden bzw. mangelnder Kommunikation zwischen diesen.

92 655/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké, S. 19

93 <https://express.at/forderung-an-justizministerin-kein-kronzeugen-status-fuer-thomas-schmid/>

Dazu hielt der FPÖ-Fraktionsobmann im Untersuchungsausschuss Christian Hafenecker, MA folgendes fest: „Es ist eine Bankrotterklärung für einen funktionierenden Rechtsstaat, dass die wohl wichtigste Auskunftsperson in einem der wichtigsten Untersuchungsausschüsse der vergangenen Jahrzehnte angeblich monatelang nicht auffindbar ist, jedoch in dieser Zeit für ganze 15 Tage im Land verweilte, um bei der WKStA umfassend auszusagen. Ich frage mich, wie hier die Informationsketten zwischen Staatsanwaltschaft, Justiz und Innenministerium funktionieren. Und vor allem frage ich mich, wer hier tatsächlich die Bevölkerung an der Nase herumgeführt hat: Herr Schmid mit seinem ‚Catch me if you can‘-Vorgehen, Innenminister Karner mit seinen offenbar falschen Aussagen zur Nichtauffindbarkeit Schmidts und der Weigerung, ihn im Untersuchungsausschuss vorzuführen, oder Justizministerin Zadic, die scheinbar keinen Bedarf sah, Informationen über den Aufenthaltsort Schmidts weiterzugeben.“⁹⁴

Auch im Hinblick auf den wenige Tage nach der Befragung von Thomas Schmid vollzogenen Parteiausschluss ergibt sich ein merkwürdiges Sittenbild. Obwohl die ÖVP seit über einem Jahr von den in Chats dokumentierten Korruptionsskandalen weiß, wurde Thomas Schmid erst kürzlich ausgeschlossen? Und für diese Entscheidung hat der zuständige ÖVP-Ethikrat wochenlang getagt? Hier ist die Schwierigkeit eine Entscheidung zu treffen überhaupt nicht nachvollziehbar. Auch kann von Selbstreinigung keine Rede sein, weitere Hauptakteure des Korruptionsskandals, wie Sebastian Kurz, Gernot Blümel und Wolfgang Sobotka sind nach wie vor Mitglieder der ÖVP. Dieses Faktum zeugt nicht gerade von einem Unrechtsbewusstsein in der ÖVP, sondern viel mehr von einem Messen mit zweierlei Maß.⁹⁵

Geschäftsordnungsdebatten lähmen Befragung von Bundeskanzler Nehammer

Zum Auftakt des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses war mit Bundeskanzler Karl Nehammer gleich ein prominenter ÖVP-Vertreter geladen. Auch vor seiner Zeit als Bundeskanzler war Karl Nehammer schon maßgeblich in alle

94 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221021_OTS0031/fpoe-hafenecker-vermeintliche-nichtauffindbarkeit-von-thomas-schmid-hat-parlamentarisches-nachspiel

95 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221117_OTS0137/fpoe-hafenecker-moralisch-verwahrlustes-verhalten-ist-in-der-oevp-dna-tief-verwurzelt

ÖVP-Belange involviert, zuerst als Generalsekretär und dann als Innenminister. Zwei absolute Schlüsselpositionen im tiefen Staat der ÖVP. Zu guter Letzt war er auch noch in führender Position beim ÖAAB tätig, jene Organisation, die bekannt für ihre Interventionen und beispiellosen Postenschacher ist. Was wusste Karl Nehammer oder hat er gar selbst interveniert zugunsten von Parteifreunden? Man sieht ganz klar, warum Karl Nehammer gleich zu Beginn des Untersuchungsausschusses vorgeladen wurde: Er war und ist ein zentraler Dreh- und Angelpunkt der schwarzen Netzwerke.

Wolfgang Sobotka und die Macht über die Mikrofone

Schon vor dem eigentlichen Beginn der Sitzung kam es zu einem ersten Sabotageversuch von Seiten des Vorsitzenden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. So riss er, ohne die Fraktionen einzubinden, die Macht über die Mikrofone an sich. Nach einer längeren Debatte wurde den Abgeordneten dann doch wieder zugestanden, ihr Mikrofon selbst einschalten zu dürfen. Aber das nur am Rande.

In seiner einleitenden Stellungnahme hob Nehammer die Bedeutung von Transparenz und Wertschätzung hervor und erklärte, nun zur Beantwortung aller entsprechenden Fragen an ihn bereitzustehen.⁹⁶ Soweit in der Theorie. Als jedoch die Abgeordneten der Opposition mit ihren Fragen an der Reihe waren, war von der besagten Transparenz nicht mehr viel zu erkennen. Tatkräftige Unterstützung beim Verzögern der Befragung erhielt Karl Nehammer von der ÖVP-Fraktion. Diese brach zahllose Geschäftsordnungsdebatten über die Zulässigkeit von Fragen vom Zaun, um die Arbeit des Untersuchungsausschusses lahmzulegen. In Folge kam es auch zu einer Vielzahl an Stehungen, durch welche weitere wertvolle Befragungszeit verstrich. Substantielle Aussagen von Nehammer im Zuge seiner Befragung sucht man daher vergeblich.

Es kann sein

Besonders hitzig wurde es bei den Fragen zur Causa Wolf. Nach einer gefühlt ewigen Debatte, ob die Frage nun zuläs-

sig sei, antwortete Karl Nehammer auf die Frage, ob Finanzminister Brunner ihm von den Vorgängen um die Steuersache Wolf berichtet hatte, schlicht mit: „Ich wiederhole gerne meine Antwort: Es kann sein.“⁹⁷ Soviel also zur gelobten Transparenz.

Wer bezahlt Stefan Steiner?

Auch bei der Frage, wer die Kosten für den ehemaligen Berater im Bundeskanzleramt Stefan Steiner, immerhin in Höhe von 33.000 Euro pro Monat, übernommen hat brachte die Befragung von Bundeskanzler Nehammer keinerlei neue Erkenntnisse. Konkret sollte erfragt werden, ob die ÖVP oder Dritte, z.B. das BKA, die Rechnungen für die Beratungsleistung von Steiner bezahlt hat. Diese Frage bleibt ebenso offen.

In dieser Manier ging es dann noch weiter, bis schließlich die vier Stunden Befragungszeit erschöpft waren. Durch die konsequente Blockadehaltung der ÖVP und die ausweichenden Antworten von Bundeskanzler Nehammer war es kaum möglich, gehaltvolle Auskünfte zu erhalten. Die Befragung von Karl Nehammer muss hier ganz klar als ein dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss unwürdiges Schauspiel betrachtet werden.

Befragung Nehammer, die Zweite: Ein wahrnehmungsbefreiter ÖVP- Generalsekretär als türkiser Kanzler

Knapp neun Monate nach seiner ersten Vorladung, die den Beginn des Befragungsreigens im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss markierte, stand Bundeskanzler Karl Nehammer am 30. November 2022 den Fraktionen erneut Rede und Antwort. Zumindest in den wenigen Momenten, wo dies abseits von Störaktionen und Geschäftsordnungsdebatten durch die ÖVP möglich war. Denn Nehammer war im Untersuchungszeitraum des Untersuchungsausschusses immerhin ÖVP-Generalsekretär sowie Innenminister.

Rechnungshof stellt vernichtendes Urteil aus

Im Zentrum der Befragungen durch die FPÖ standen die Themenkomplexe Inseratenkorruption im Nischenmagazin „Österreich Sicher“, Interventionen bei der Polizei während seiner Zeit als Innenminister sowie ein nicht-existentes Besuchermanagement im Bundeskanzleramt, welches von jener Person zumindest zeitweise geleitet wurde, die für die „Schredder-Affäre“ der ÖVP verantwortlich war. Und auch für die Verantwortlichkeit diverser Skandale während seiner Zeit als ÖVP-Generalsekretär zwischen 2018 und 2020 musste sich Kanzler Nehammer rechtfertigen, beispielsweise die eklatante Wahlkampfkostenüberschreitung im Zuge der Nationalratswahl 2019, die auch der Rechnungshof in einem vernichtenden Urteil moniert hatte.

Kanzler Nehammer spielte als Innenminister eine durchaus undurchsichtige Rolle beim mittlerweile berüchtigten Nischenmagazin „Österreich Sicher“ (siehe weiter oben), die es zu klären galt. Wie schon in vielen anderen behandelten Fällen im Untersuchungsausschuss, etwa in der Causa „Wirtschaftsbund Vorarlberg“ oder „Tiroler Jungbauernschaft“, vermutete die FPÖ-Fraktion im Falle des Magazins, dass ÖVP-Teilorganisationen oder der Partei nahestehende Initiativen durch Inserate von Ministerien mitfinanziert werden. FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker legte im Zuge der Befragung das Magazin vor. Nehammer kam in seiner Zeit als Innenminister (und später auch als Kanzler) in nahezu allen online verfügbaren Ausgaben seit dem Jahr 2020 vor – und das durchwegs mit Jubelartikeln und teils wortidenten Interviews. Vergleichsweise kaum bis gar nicht kamen hingegen Vertreter der Oppositionsparteien in dem Magazin zu den unterschiedlichen Themen zu Wort. Der Verdacht bestand einerseits, dass das Magazin für die persönliche Profilierung und Bekanntheitssteigerung Nehammers missbraucht wurde, zumal Nehammers Parteifreund und heutige Wiener ÖVP-Chef Karl Mahrer einst als Vizepräsident der Wiener Polizei ÖVP-intern für „Österreich Sicher“ warb, da man, wie bereits erwähnt, „vollen redaktionellen Zugriff“ darauf habe. Das schrieb Mahrer in einer Nachricht an das Kabinett des einstigen Innenministers Wolfgang Sobotka.

Andererseits lukrierte man mit dem Magazin, gemessen an dessen Reichweite und Bekanntheitsgrad, enorme Summen an Inserateneinnahmen ein. Mit nur neun Ausgaben seit Beginn 2020 erzielte das Magazin circa 1,8 Millionen Euro an Inserateneinnahmen. Unter Nehammers Regentschaft im Innenministerium flossen ganze 456.000 Euro an das Magazin, alleine in einer Ausgabe wurde um 76.000 Euro durch das Innenministerium geschaltet.⁹⁸

Anzeige eingebracht

Die FPÖ-Fraktion brachte diesbezüglich bereits im Sommer 2022 eine Strafanzeige bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ein. Man vermutete, dass hier Gelder vom Bund missbräuchlich verwendet wurden und in diversen Kanälen versickerten (Kick-Back, illegale Parteienfinanzierung, etc.). Möglicherweise war das Magazin „Österreich Sicher“ auch ein Puzzleteil zur Finanzierung von Kurz' „Projekt Ballhausplatz“. Nehammer gab sich bei seiner Befragung zu diesen Vorwürfen wortkarg. Er sprach lediglich von einem „erhöhten Kommunikationsbedarf während der Pandemie“.

An Interventionen bei Personalentscheidungen konnte sich Nehammer bei seiner Befragung nicht erinnern und das, obwohl der von der FPÖ vorgebrachte Fall der Besetzung der Leitung der Flugpolizei ein rechtliches Nachspiel hatte. Anfang 2021 wurde Christian Stella zum Leiter der Flugpolizei ernannt, obwohl eine Bewerberin gleichrangig gewertet worden sei und somit den Vorzug hätte erhalten müssen. Die Frau galt als SPÖ-nahe, Stella ist heute Kabinettschef von ÖVP-Innenminister Gerhard Karner. Nehammer ernannte Stella, konnte sich aber an die rechtlichen Folgen – Schadenersatz – „nicht mehr erinnern“.⁹⁹

Das teure Gespenster-Referat

Zum teuren, aber nicht-existenten Besuchermanagement im Bundeskanzleramt konnte Nehammer letztlich nicht mehr befragt werden. Die Geschäftsordnungsdebatten machten

98 725/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 39 f.
99 725/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 31 ff.

einen Strich durch den Befragungszeitplan der Fraktionen. In vielen Fällen wurden die Fragen vom Vorsitz aber auch als zu unkonkret formuliert befunden. Allen voran zog die ÖVP vielfach aber die Zulässigkeit von Fragen der Opposition in Zweifel. So blieb unbeantwortet, warum der für die „Schredder-Affäre“ verantwortliche BKA-Mitarbeiter Arno M. unter Nehammer als Bundeskanzler innerhalb des Ressorts auch noch befördert wurde. Denn das „Referat Besuchermanagement“ in der Abteilung Veranstaltungen wurde zumindest kurzfristig von Arno M. geleitet. Das Referat selbst ist jedoch inaktiv und seit Monaten nicht besetzt.

ÖVP-Großspender sieht trotz Aufsichtsratsmandat für seine Frau keine Gegenleistung für seine Spende

Als zweite Auskunftsperson an diesem ersten Befragungstag war der ÖVP-Spender und Unternehmer Gerd Alexander Schütz geladen. Im Gegensatz zum Ibiza-Untersuchungsausschuss erschien Herr Schütz vor dem aktuellen Ausschuss. Auf die Frage des Verfahrensrichters, ob es einen Zusammenhang zwischen seinen 85.000-Euro-Spende an die ÖVP und einem Aufsichtsratsmandat für seine Frau bei der ÖBB-Infrastruktur AG gegeben hat, meint die Auskunftsperson Schütz, es gebe keinen Zusammenhang.¹⁰⁰ Die Glaubwürdigkeit seiner Aussage diesbezüglich muss jeder selbst beurteilen. Auch sonst erscheinen die Ausführungen von Herrn Schütz ein wenig eigenartig. Zwar gibt er an, keinerlei Verhältnis zur österreichischen Politik zu haben, und trotzdem kennt er Sebastian Kurz und Gernot Blümel schon seit längerem, angeblich ist die Bekanntschaft ausschließlich privater Natur. Trotz all dieser Tatsachen bittet Alexander Schütz darum, zukünftig nicht mehr als ÖVP-Großspender titulierte zu werden. Schließlich habe er auch für die CDU oder für die Bewegung von Emanuel Macron gespendet.¹⁰¹

Warum er seine 85.000-Euro-Spende auf zwei Teile (2017: 40.000 und 2018: 45.000) aufgeteilt hat, also beide Summen damals nicht von der Rechenschaftspflicht erfasst waren, beantwortet Gerad Alexander Schütz folgenderma-

100 457/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 6
101 <https://orf.at/stories/3250558/>

ßen: „Weil es mir lästig war, da irgendwelche zusätzlichen Formulare auszufüllen oder Meldungen zu machen.“¹⁰²

Weiters wurde im Zuge der Befragung festgestellt, welche prominenten Freunde und Bekannte Herr Schütz hat. So zählen der Oligarch Firtasch, Rene Benko, Johann Graf, sowie Ex-Wirecard-Chef Markus Braun ebenso zum engeren Bekanntenkreis von Schütz. Trotz alledem will er nie politisch für diese interveniert oder seinen Einfluss für sie geltend gemacht haben.

Elisabeth Köstinger: Prätorianerin aus der Bauernjugend

Elisabeth Köstinger war von 2017 bis 2018 Generalsekretärin der ÖVP, ihr direkter Nachfolger war Bundeskanzler Nehammer. Ihr damaliger Bundesgeschäftsführer war schon Axel Melchior. Wie im Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2019 ersichtlich, wurde auch Unstimmigkeiten betreffend möglicher indirekter Parteispenden aus dem Landwirtschaftsministerium gemeldet. Nämlich eine Spende für den Bauernbundball 2019 in der Höhe von 43.200.- € direkt aus dem ihr unterstehenden Ministerium. Köstinger war zu diesem Zeitpunkt auch stellvertretende Bauernbundobfrau.¹⁰³

Da Köstinger Generalsekretärin der ÖVP war, muss sie besondere Kenntnisse haben, welche Spenden rechnungshofpflichtig sind, dies hätte sie vor allem 2019 als Ministerin wissen müssen. Darüber hinaus ist aus den ÖVP-Statuten ersichtlich, dass der GS (Generalsekretär) der ÖVP für alle organisatorischen Belange verantwortlich ist, es kann ihm nur durch Entscheidung des Bundesparteiobmanns ein Geschäftsführer zur Seite gestellt werden. Es ist daher lebensfremd anzunehmen, dass Geschäftsführer Melchior hier auf Eigeninitiative gehandelt hätte.

Teure Tests

Neben den Screenings der Bundesländer, den Tests in Apotheken sowie den Schultests gab es auch eigene Testprogramme

102 457/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 36
103 550/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 20

für den Tourismus: Das Angebot „Sichere Gastfreundschaft“ startete im Juli 2020 und sollte mittels kostenloser Tests mit-helfen, Österreich nach der ersten Corona-Welle wieder als sicheres Urlaubsland zu positionieren. Eingeführt wurde das Angebot unter der damaligen Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), mit der Limitierung der Tests ab April 2022 endete auch dieses Programm. Insgesamt 2,53 Millionen PCR-Tests wurden durchgeführt. Die Endabrechnung zeigt, dass für die Tourismustests von der öffentlichen Hand großzügig Geld in die Hand genommen wurde. Denn für das Angebot „Sichere Gastfreundschaft“ wurden bis Ende Mai insgesamt fast 172,5 Millionen Euro ausbezahlt. Ein PCR-Test kostete damit durchschnittlich knapp 70 Euro – ein sehr hoher Wert.¹⁰⁴

Exkurs Jungbauernschaft:

Auch die Tiroler Jungbauernschaft hat Corona-Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds in Höhe von 853.000.- erhalten. Diese Förderungen sind für Parteiorganisationen nicht erlaubt.¹⁰⁵ Die Jungbauernschaft ist die Jugendorganisation des Bauernbundes, vergleichbar mit der JVP, also eine direkte Vorfeldorganisation der ÖVP-Bundespartei. In Tirol ist die Jungbauernschaft sogar mit der Landjugend, die eigentlich parteifrei ist, verwoben. Elisabeth Köstinger war von 2002–2006 Bundesleiterin der Landjugend Österreich und von 2007–2012 Bundesobfrau der österreichischen Jungbauernschaft. Aus dem Organigramm der Landjugend ist ebenfalls ersichtlich, dass ein Referent des BMLRT im Bundesvorstand der Landjugend Österreich vertreten sein muss. Sowie jeweils zwei Vertreter der jeweiligen Landesorganisation. In Tirol sind diese interessen-terweise deckungsgleich mit der Jungbauernschaft.

Bei der Befragung Elisabeth Köstingers, der ehemaligen Landwirtschaftsministerin, zeigte sich einmal mehr, dass die ÖVP-Minister während ihrer Amtszeit offenbar wenig bis gar nichts von Vorgängen aller Art in ihren Ressorts mitbekommen haben wollen. Diese plötzlich auftretende und hartnäckige Amnesie unter den türkisen Ex-Spitzenpolitikern rund um den ehemaligen Kanzler Sebastian Kurz sorgte bei FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker für Unverständnis, weitere Fragen und auch Sorge.

104 <https://www.derstandard.at/story/2000136720996/teure-corona-tests-im-tourismus-be-reich>

105 <https://tirol.orf.at/stories/3160198/>

„Frau Köstinger behauptete allen Ernstes, dass sie in ihrer Zeit als Landwirtschaftsministerin und als ehemalige Bundesleiterin der Landjugend Österreich sowie Bundesobfrau der österreichischen Jungbauernschaft keine Wahrnehmung zu den Vorgängen und Strukturen in eben diesen Organisationen habe. Ja, sie stritt sogar offen ab, dass es sich, wie im Fall der Tiroler Jungbauernschaft, um eine Vorfeldorganisation der ÖVP handle. Dabei ist die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend laut eigener Funktionärsbrochure die Jugendsektion des Tiroler Bauernbunds. Der Tiroler Bauernbund ist eine Teilorganisation des Bauernbundes, der selbst wiederum eine von sechs Teilorganisationen ÖVP ist“, so Hafenecker, der zudem darauf hinweist, dass im Fall der österreichischen Landjugend in den Organigrammen der Organisation ersichtlich ist, dass das Landwirtschaftsministerium einen Referenten zwingend in den Vorstand entsendet und somit Köstinger als Ministerin eine direkte Weisungsbefugnis über den entsandten Referenten hatte.

Illegale Spenden

„Das ist deshalb wichtig, weil unter der Ägide von Frau Köstinger nicht nur der steirische Bauernbundball 2019 aus ihrem Ressort mit einer mutmaßlich illegalen Spende von 43.200 Euro bedacht wurde, sondern weil auch alleine im Fall der Tiroler Jungbauernschaft ganze 853.000 Euro an Corona-Förderungen aus dem NPO-Fonds abgegriffen wurden. Das Geld ging also an die ÖVP, denn als Teilorganisation des Bauernbundes ergeben sich sämtliche Pflichten des Parteienspendengesetzes, worauf auch der Rechnungshof jüngst im Zusammenhang mit dubiosen Geldflüssen an die ÖVP hinwies.

Gerald Fleischmann, Mr. Message Control, der Spin-Doktor der ÖVP

Gerald Fleischmann ist eine der zentralen Schlüsselfiguren des „Projekt Ballhausplatzes“, also des kalten Staatstreiches, mit dem Sebastian Kurz und seine Entourage zuerst die Machtübernahme innerhalb der ÖVP und dann in der Republik vorbereitet und durchgeführt haben. Fleischmann

ist ein türkiser Ministrant der Wandlung von Steuergeld in ÖVP-Parteigeld, war er doch quasi für alle VP-Ministerien der Mastermind der Inseratenschaltung.

Nach dem Rückzug von Sebastian Kurz im Jahr 2021 hatte sich auch Fleischmann aus dem Ministerium zurückgezogen und „überwinterte“ mehrere Monate im ÖVP-Parlamentsklub, bis ihn im November 2022 Karl Nehammer zum Kommunikationsleiter der Volkspartei beförderte.¹⁰⁶

Bei der Befragung am 30. Juni 2022 gab es wieder das gewohnte Bild der ÖVP-Abwehrschlacht. Fleischmann, der selbst als Beschuldigter im Beinschab-Österreich-Tool-Komplex geführt wird, gibt in seinem Eingangsstatement gleich folgendes bekannt:

„Ich weiß, dass es im U-Ausschuss kein generelles Entschlagungsrecht gibt, aber meine ausführlich dargelegten Gründe, keine Fragen zu beantworten und von meinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch zu machen, kommen einem solchen faktisch gleich...“¹⁰⁷

Daher gab es auch bei dieser Befragung außer Entschuldigungen und Erinnerungslücken nicht sehr viel Aufschlussreiches. So berief er sich bei allen möglichen Fragen zum „Projekt Ballhausplatz“, zum Beinschab-Tool und auch zu diversen Side-Lettern auf sein Entschlagungsrecht als Beschuldigter. Selbst als man Fleischmann mit einem uns zugespielten Sideletter aus dem Jahr 2015 zwischen dem Finanzminister und Außenminister Kurz konfrontierte, in dem ein Extrabudget von 5 Mio. € für Kurz freigegeben wurde, hatte der damalige Pressesprecher im Außenministerium keine Wahrnehmung dazu.¹⁰⁸ Erstaunlich.

Paul Unterhuber

Meinungsforschung oder Meinungsmache?

Wenn die ÖVP sowie ÖVP-geführte Ministerien Umfragen oder Studien in Auftrag geben, lohnt es sich immer, einen genaueren Blick auf die Vergabe, Kosten, Inhalt und auf das beauftragte

106 https://www.meinbezirk.at/c-politik/fleischmann-rueckkehr-sorgt-fuer-irritation_a5731429
107 555/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 7
108 555/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 47

Unternehmen zu wagen, Stichwort Beinschab-Tool. Neben den schon bekannten Firmen, wie die Media Contacta und Campaigning Bureau, gibt es auch noch die Demox Research GmbH, die unbestritten eine gewisse ÖVP-Nähe aufweist. Der dortige Geschäftsführer DI Paul Unterhuber, selbst ÖVP-Mitglied, war von 2005 bis 2011 Direktor des Wiener Bauernbundes, der wiederum eine Teilorganisation der ÖVP ist, und im Wiener ÖVP-Klub tätig.¹⁰⁹ Danach wechselte er in die Markt- und Meinungsforschungsbranche. Zuerst war er Mitarbeiter bei GfK Austria, und 2018 wurde Geschäftsführer der von ihm selbst gegründeten Demox Research GmbH.¹¹⁰ Das Bemerkenswerte ist die zeitlich und politische Nähe. Die eben genannte Gründung des Instituts erfolgte im Jahr 2018, und gleich in den Jahren, also 2019, 2020 und 2021, haben von politischer Seite her ausschließlich ÖVP-geführte Ministerien dort Umfragen in Auftrag gegeben, welche allesamt großteils danach per Direktvergabe abgewickelt wurden. Ebenso auffällig hierbei war, dass meist die zuständige Fachabteilung, wenn es um die Auftragsvergabe bzw. Gestaltung der Umfragen gegangen ist, umgangen wurde und dies meist direkt mit dem Kabinett oder Generalsekretär besprochen wurde.¹¹¹ Auch Frau Beinschab hat zumeist ihre Aufträge mit dem Generalsekretär selbst besprochen.

- Das Landwirtschaftsministerium (BMLRT) vergab insgesamt drei Umfragen im Untersuchungszeitraum mit einem Auftragsvolumen von 68.520 € (2019 „Nachhaltigkeitsmonitor BMNT“ 23.400 €; 2020 „Themenmonitor BMLRT“ 22.560 €; 2021 „Themenmonitor BMLRT“ 22.560 €).¹¹²
- Für das Wirtschaftsministerium (BMDW) wurden Aufträge an die Demox in der Höhe von 229.401,6 € vergeben (2020 „Politikschwerpunkte des BMDW“ 18.540 €; „Wirtschaftslage und Konjunkturmaßnahmen in Folge von COVID-19“ 29.040 €; „Zukunft Standort Österreich nach COVID-19“ 42.960 €; „Digitalisierung und Wirtschaft nach COVID-19“ 60.360 €; „Digitalisierung“ 25.560 €; 2021 „Wirtschaftsstandort und Wirtschafts-Claim 2040“ 6.960 €; „Digitaler Aufbruch und Investitionen“ 45.981,60 €).¹¹³
- Das Außenministerium veranlasste eine Umfrage zum Kostpunkt 10.500 € (2020 „Reisewarnungen“).¹¹⁴

109 554/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.35

110 554/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.5

111 554/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.39 ff.

112 https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/11274/imfname_1465971.pdf

113 https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/11212/imfname_1465697.pdf

114 https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/11240/imfname_1465829.pdf

- Das Verteidigungsministerium (BMLV) erteile der Agentur Aufträge in der Summe von 20.640 € (2020 “Das Bundesheer und die COVID-Krise“).¹¹⁵

Gerade diese Umfrage warf auch medial einige Fragen auf. Bei der im Jahr 2020 durchgeführten Umfrage zum Thema “Das Bundesheer und die COVID-Krise“, wurde nicht über die Haltung gegenüber dem Bundesheer und die Angst gegenüber Corona abgefragt, sondern auch parteipolitische Fragen wie eben das Wahlverhalten und die Beliebtheit über den Ex-Kanzler Kurz. Also Fragen, die nichts mit dem Bundesheer oder Corona zu tun hatten. Dies vermittelte den Eindruck, dass die Befragung, welche von einem ÖVP-geführten Ministerium in Auftrag gegeben und bezahlt, ausschließlich der ÖVP selbst diene.¹¹⁶

Dies kam auch bei anderen Umfragen unterschiedlicher Ressorts vor. Konfrontiert damit, erklärte DI Unterhuber im Ausschuss, dass es sich hierbei um eine sogenannte Omnibusbefragung handelte. Hierbei werden Fragen von unterschiedlichen Auftraggebern in einem Fragebogen zusammengeführt, um Kosten zu sparen. Die jeweiligen Auftraggeber wissen nicht, dass es sich dabei um einen solchen Omnibus handelt. Die Kosten werden dann relativ nach Größe des Auftrages aufgeteilt.¹¹⁷ Weiters konnte er ausschließen, dass ÖVP-Umfragen von Ministern bezahlt worden sind und dass Ergebnis an Dritte weitergegeben worden sind.¹¹⁸ Jedoch wurden anlässlich der Wien-Wahl im Jahr 2020 sehr wohl Umfrageergebnisse für den Wahlkampf und für Hintergrundgespräche verwendet.¹¹⁹ So genau dürfte es Herr Unterhuber also nicht genommen haben, als er die Frage nach Ergebnisweitergabe von Umfragen an die ÖVP verneinte.

Wirtschaftsministerin Schramböck und die digitale Welt: Flops und Steuergeldverschwendung am Fließband

Am 14. Juli 2022 erschien mit Margarete Schramböck erneut eine ÖVP-Politikerin in Ministerrang vor dem Untersuchungsausschuss, wenn auch außer Dienst. Denn Anfang Mai 2022 musste die von Kurz in das Amt gehievte Schramböck

115 https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/11206/imfname_1465672.pdf

116 <https://www.profil.at/oesterreich/warum-wurde-in-bundesheer-umfrage-nach-kurz-beliebtheitswerten-gefragt/401763132>

117 554/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 60

118 554/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.15

119 <https://www.diepresse.com/6250538/ein-sittenbild-mit-26-millionen-seiten>

nach knapp fünf Jahren an der Spitze des Wirtschaftsressorts mehr unfreiwillig als freiwillig zurücktreten. Hauptverantwortlich dafür waren massive Steuergeldverschwendungen bei zahlreichen „Flop-Projekten“ sowie dubiose Umfragen, Auftragsvergaben und Inseratenpolitiken unter ihrer Amts- ägide. Und genau jenen Themenkomplexen widmete sich auch die FPÖ-Fraktion bei der Befragung Schramböcks.

Zuständig wären da die Mitarbeiter

FPÖ-Fraktionsmitglied Christian Ries konfrontierte die Ex-Ministerin zu Beginn seiner Befragung etwa mit knapp vier- teljährlich durchgeführten und von Steuergeldern bezahlten Umfragen, in Summe waren es 31, in denen unter ande- rem die Beliebtheitswerte Schramböcks abgefragt wurden. Mit der Vergabe und etwaigen Ausschrei- bungen dazu will die ÖVP- Politikerin jedoch nichts zu tun gehabt haben.¹²⁰ Dass umfangreichere Fragen- komplexe den Weg in die Umfragen fanden, erklärte sich Schramböck mit der „Corona-Pandemie“ und den diesbezüglichen „Heraus- forderungen“, für weitere Auskünfte zu den Umfragen wären die zuständigen Mit- arbeiter des Ressorts verantwortlich.

Nationalratsabgeordneter und Untersuchungs- ausschuss-Fraktionsmitglied **Christian Ries** im Gespräch mit der Presse



Am 22. April 2022 wurde medial bekannt, dass die WKStA die Einleitung von Ermittlungen gegen Schram- böck prüfe. Es ging dabei um einen zwischen 2019 und 2020 durchgeführten Leitbildprozess für das Bundesministerium, durchgeführt von der Firma der ehemaligen ÖVP-Ministerin Sophie Karmasin. Das Ergebnis: Ein nur 38 Seiten umfassen- des Booklet „Wir gestalten. Jetzt und in Zukunft“ um 125.920 Euro.¹²¹ FPÖ-Fraktionsmitglied Ries wollte von Schramböck

120 628/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.35 f.
121 <https://www.derstandard.at/story/2000135112062/causa-karmasin-wksta-prueft-ermittlungen-gegen-schramboeck>

wissen, ob sie dafür verantwortlich war und ob es eine Ausschreibung zur Vergabe des Auftrages gab, da immerhin eine ÖVP-nahe Agentur zum Zug kam. Schramböck verwies auf einen „gemeinsamen Entscheidungsprozess zwischen Sektionschefs, Kabinett und ihr“.¹²² Zu etwaigen Ausschreibungen konnte sie auch hier nichts sagen.

Weiter ging es mit der „Causa Oberalp AG“. Im März 2020 wurde von der Bundesregierung entschieden, dass das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort die ÖRK (=Österreichisches Rotes Kreuz) Einkauf & Service GmbH (ÖRK E&S) mit der Beschaffung von medizinischer Schutzausrüstung beauftragen soll. Laut WKStA wurde ein Vertrag zwischen der Republik Österreich und einer GmbH geschlossen, um diese Schutzmasken zu beschaffen. Diese Firma bestellte das Schutzmaterial wiederum bei einem anderen Unternehmen. Die dann gelieferten Schutzmasken entsprachen aber laut WKStA überwiegend nicht den geforderten und vereinbarten Qualitätsstandards und waren vor allem nicht für den medizinischen Bereich einsetzbar¹²³. Warum überhaupt das Wirtschaftsressort mit der Beschaffung beauftragt wurde und nicht etwa die Bundesbeschaffungsagentur, argumentierte Schramböck mit einer gesetzlich verankerten „wirtschaftlichen Landesverteidigung“.¹²⁴ Die mangelnde Qualität konnte sie sich nicht erklären, das Wirtschaftsministerium habe jedenfalls Anzeige erstattet.

1.471.649,21 Euro für Spindeleggers Verein

Aufgrund des Umstandes, während der ersten Befragungsrunde vorletzter Befragter gewesen zu sein, konnte Ex-Ministerin Schramböck von der FPÖ-Fraktion aus Zeitgründen nicht mehr zu ihrem berühmten „Floppprojekt“ Kaufhaus Österreich befragt werden. Jedoch erkundigte sich FPÖ-Fraktionsmitglied Christian Ries während der zweiten Befragungsrunde noch nach dem Verein „Agency for Economic Cooperation and Development“, dessen Präsident Ex-ÖVP-Vizekanzler Michael Spindelegger ist.¹²⁵ Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort gewährte unter Schramböcks Ägide dem Verein in den Jahren 2020

122 628/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.37

123 <https://www.derstandard.at/story/2000132830807/brisante-telefonate-in-causa-rund-um-ffp2-masken-deal-abgehört>

124 628/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.38

125 <https://www.aed.or.at/en/about-aed/>

und 2021 insgesamt 1.471.649,21 Euro an Förderungen für die Programme „Best Practice Austria I“ und „Best Practice Austria II“. Wie diese Gelder in weiterer Folge eingesetzt wurden, welche Projekte der Verein betrieb und mit welchem Ziel, konnte jedoch von Schramböck nicht zufriedenstellend geklärt werden. Sie gab lediglich an, dass „Best Practices“ in der Verwaltung aus Österreich genommen werden und dass diese identifiziert, aufbereitet werden und dann auf andere EU-Länder übertragen werden“.¹²⁶ Warum es dafür Millionen an Förderungen für diesen ÖVP-nahen Verein brauchte, wurde nicht geklärt.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: die Drehscheibe im schwarz-türkisen Netzwerk

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Kurz-Versteher der ersten Stunde, ein ganz spezieller Gast im Untersuchungsausschuss. Denn Herr Sobotka steht wahrscheinlich wie derzeit kaum ein anderer für das völlige Unrechtsbewusstsein in den Reihen der ÖVP. Das fängt bei seinen eigenen (Wohnbau)-Skandalen im Kernland Niederösterreich an, zieht sich bis zu seiner Zeit als Innenminister und kulminiert letztlich in den WKStA-Ermittlungen gegen ihn wegen mutmaßlichen Amtsmissbrauches – als Präsident dieses Gremiums wohl gemerkt. Dabei kam Herr Sobotka freilich keine einzige Sekunde in den Sinn, den Vorsitz in jenem Korruptions-Untersuchungsausschuss abzugeben, der sich mit den gesetzwidrigen Vorgängen in seiner eigenen Partei und in weiterer Folge auch mit ihm befasst. Alleine schon der viel bemühte Anstand hätte es geboten, dass der Nationalratspräsident hier einen Schritt zu Seite macht. Er beschädigt das Amt.

Auch diese Befragung beschäftigte sich ohnehin mit den bekannten Chatprotokollen zwischen Sobotka in seiner Zeit als Innenminister und seiner rechten Hand, Herrn Kloibmüller. Die bereits medial bekannt gewordenen Chat-Nachrichten und die Interventionsliste zeichnen ein Sittenbild der ÖVP und von deren Akteuren, dass nämlich eine Trennung zwischen Amt und Partei bei den handelnden Personen nicht mehr gegeben ist.

Die fragwürdige und undurchsichtige Rolle der Kanzlergattin Frau Nehammer in der heimischen Innenpolitik, an der Herr Sobotka auch seinen nicht unerheblichen Anteil hat, war ebenfalls Bestandteil unserer Befragung.

Denn Frau Nehammer umging dank Vitamin „ÖV“-B nicht nur im Außenministerium unter Sebastian Kurz die obligatorische Sicherheitsüberprüfung, sie wechselte anschließend auch noch direkt in das Innenministerium zu Wolfgang Sobotka, mit ihm dann ins Parlament und hatte dort womöglich sogar Einblick in vertrauliche Untersuchungsausschussakten.¹²⁷

„(...) von einer Verwendung im Wirkungsbereich des BMEIA abzusehen.“

Wie in den Medien berichtet¹²⁸, startete die Bundeskanzlergattin ihre Karriere im Außenministerium, wobei sie bei der Sicherheitsüberprüfung gelogen hat. Im vorliegenden Schriftverkehr hieß es wörtlich: „In vergleichbaren Fällen wurde empfohlen, von einer Verwendung im Wirkungsbereich des BMEIA abzusehen.“¹²⁹

Angesprochen auf diesen Vorfall, Frau Nehammer arbeitete in weiterer Folge ja in Sobotkas Kabinett im Innenministerium, ging Sobotka davon aus, dass die Anstellung „lege artis“ erfolgte und von seinem verantwortlichen Kabinettsmitarbeiter erfolgt ist. Weitere Erinnerungen hätte er dazu nicht.¹³⁰

Die Ironie an der Geschichte: Ohne Frau Nehammers beeinträchtigten Gleichgewichtssinn beim Kanufahren und ohne ihr Engagement im Innenministerium hätten die dubiosen Chat-Nachrichten von Herrn Kloibmüller nie das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Herr Sobotka hat sich also mit dem Engagement der Kanzlergattin eher keinen Gefallen getan.

Exkurs aktuell:

Sobotka hat auch Einfluss in den aktuellen ORF-NÖ Skandal genommen.

127 626/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 8 f.

128 <https://zackzack.at/2022/06/11/freie-fahrt-ins-aussenministerium-kanzler-gattin-soll-in-sicherheitserklaerung-gelogen-haben>

129 626/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 9

130 626/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 9 f.

Wie in manchen Medien bereits zu lesen war, soll der ORF-Untersuchungsbericht rund um die Causa Ziegler mehrere hundert Seiten stark sein. Und auch ÖVP-Nationalratspräsident Sobotka soll mehrmals darin vorkommen. Konkret soll er einen geplanten Bericht in „Niederösterreich heute“ über seine eigene Aussage im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss vereitelt haben. Dafür soll er am Tag vor seiner Befragung persönlich beim Landesdirektor vorstellig geworden sein. Auch wenn man beim Thema Korruption und ÖVP eigentlich schon ein wenig abgestumpft ist – was hier im ORF-Landesstudio abgelaufen sein muss, ist noch einmal eine neue Dimension der Medienmanipulation.

Es sei auch bezeichnend für das Sittenbild, das diese ÖVP abgibt, dass es ausgerechnet Sobotka gewesen sein soll, der schlussendlich den Daumen gesenkt und so Zieglers Abgang besiegelt haben soll. Das zeigt einmal mehr, wie die ÖVP dieses Land infiltriert hat. Und alle Fäden in der Volkspartei scheinen bei Wolfgang Sobotka zusammenzulaufen, der eigentlich ein neutraler Parlamentspräsident sein sollte. Dass sein Name im Ziegler-Untersuchungsbericht mehrmals im Zusammenhang mit Medienmanipulation vorkommen soll, passt zum Gesamtbild, das wir in den letzten Jahren von Wolfgang Sobotka gewinnen konnten. Er ist ein knallharter Parteipolitiker, der auch nicht davor zurückschreckt, einen Untersuchungsausschuss durch eine parteiische Vorsitzführung zu torpedieren.¹³¹

Gerhard Karner: ÖVP-Niederösterreich im Innenministerium

Gerhard Karner ist mit Sicherheit kein Architekt, aber eine Art Vorarbeiter und nunmehriger Nutznießer des „Projekts Ballhausplatz“ und direkt aus dem schwarzen Machtzentrum Niederösterreich in die Regierung entsandt, um dort möglicherweise als verlängerter Arm der mächtigsten Landesgruppe zu agieren. Seine Karriere begann er als Pressesprecher im Kabinett des ehemaligen ÖVP-Innenministers Ernst Strasser von 2000 bis 2003, im Anschluss wechselte er 2003 wieder in die ÖVP Niederösterreich und war deren Landesgeschäftsführer und Landtagsabgeordneter bis 2015

131 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230211_OTS0011/fpoe-hafenecker-untersuchungsbericht-zu-orf-niederosterreich-muss-sofort-veroeffentlicht-werden

und stieg schlussendlich zum zweiten Landtagspräsidenten auf. Nach dem Rücktritt von Kurz wurde Karner dann im Dezember 2021 zum Innenminister der Republik Österreich angelobt.

„Meines Wissens war ich auch im Strategiebeirat. Möglicherweise habe ich diesen Strategiebeirat geleitet (...)“

Im Mittelpunkt der Befragung stand unter anderem das Thema Inseratenkorruption. Zum Beispiel im sattsam mit Steuergeldern gefütterten Nischen-Magazin „Österreich Sicher“, dass ja mit Karl Mahrer, dem nunmehrigen Wiener ÖVP-Chef in Verbindung steht, inklusive redaktioneller Beeinflussung durch das Ministerium, wie wir in den Kloibmüller-Chats nachweisen konnten. Das dubiose Magazin diene und dient auch Herrn Karner als Werbeplattform für seine Imagepolitik. Wenig überraschend gab sich der ÖVP-Innenminister bei seiner Befragung zu diesem Thema kaum auskunftsfreudig.¹³²

Aber auch diverse Fragen zu seiner Tätigkeit und Mitgliedschaft im Alois-Mock-Institut kam es, wie zu erwarten, zu zermürbenden Geschäftsordnungsdebatten seitens der ÖVP. Zu seiner Mitgliedschaft im Alois-Mock-Institut meinte er: „Wenn Sie so wollen, ich bin ein – im positiven Sinn – klassischer Vereinsmeier...Meines Wissens war ich auch im Strategiebeirat. Möglicherweise habe ich diesen Strategiebeirat geleitet und war als solcher auch kooptiert in den Vorstand des Alois-Mock-Instituts.“¹³³

Zu zahlreichen weiteren parteinahen Postenbesetzungen hatte der Innenminister keine Wahrnehmungen.

Johannes Pasquali: Der Sündenbock

Das „Projekt Ballhausplatz“ startete in etwa 2014/15. Pasquali war von 2014 bis 2022 Pressesprecher des Finanzministeriums. Er war zu diesem Zeitpunkt im direkten Kontakt mit wesentlichen Akteuren des „Projekts Ball-

132 <https://orf.at/stories/3289846/>
133 647/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 6

hausplatz“ wie Frischmann, Schmid, Fleischmann, etc. Der uns zugespielte Sideletter aus dem Jahr 2015 zwischen Finanzminister Löger und Außenminister kurz zeigt, dass ein Extrabudget von 5 Mio. € freigegeben wurde. Als damaliger Pressesprecher des Finanzministeriums sollte er über solche Budgetentscheidungen im Bilde gewesen sein. Pasquali war eventuell nur Mitwisser im „Projekt Ballhausplatz“ spielte aber als „Werkzeug“ eine wichtige Rolle als Schnittstelle zwischen BMF, Parteizeitungen und zum Beinschab-Tool.¹³⁴

(Schwarze) Netzwerke sind schleichendes Gift für den Rechtsstaat

In der damaligen Sitzung des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses hat FPÖ-NAbg. Christian Ries den Leiter der Finanzprokuratur Dr. Wolfgang Peschorn zum Beinschab-Tool und zu den Studienvergaben im BMF befragt. Vor allem galt es herauszufinden: Wie hoch ist der entstandene Schaden für die Republik Österreich und wird dieser zurückgefordert?

Sukzessive „in die Höhe getrieben“ wurde laut dem Leiter der Finanzprokuratur Peschorn auf die Frage von Abg. Ries der Auftrag für die allseits bekannte „Viecherl-Studie“ (Welches Tier könnte Sebastian Kurz sein?) im BMF¹³⁵. Letztendlich gekostet hat diese Studie dann über 155.000 Euro. Vergaben in dieser Höhe dürfen nicht direkt vergeben werden, wie es damals geschah, es wäre eine offizielle Ausschreibung notwendig gewesen. Konkret wurde ein zunächst unter 100.000 Euro liegender Auftragswert durch Zusatzaufträge in die Höhe getrieben. Mit dieser Vorgangsweise sollte mutmaßlich auch die verpflichtende Ausschreibung des Auftrags umgangen werden. Auch wurde in diesem Zusammenhang vom Besteller der Studie kein sachlich nachvollziehbarer Beschaffungsbedarf vorgebracht, dies wäre aber zwingend vorgeschrieben gewesen. Dokumentation dieser Vorgänge im Ministerium? Fehlanzeige. Kurzum, hier hat nichts gepasst, Vorschriften und Richtlinien im Hinblick auf Vergaben wurden einfach außen vor gelassen.

134 <https://www.puls24.at/news/politik/oevp-u-ausschuss-pasquali-und-schuster-ueber-studien-und-posten-der-liveblog-zum-nachlesen/268800>

135 473/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 12

Weiters habe Peschorn den Eindruck gewonnen, dass generell „sehr großzügig mit Namen und Bezeichnungen und letztendlich auch mit den Rechnungssummen umgegangen wurde“. ¹³⁶ In Folge empfiehlt Dr. Peschorn einen Check der gesamten Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes, immerhin gehe es hier um Beschaffungen von Dienstleistungen, von Waren, aber vor allem von Förderungen. Es muss eruiert werden, „ob noch alles passt“ und wo Handlungsbedarf besteht.

Seilschaften gegen die Interessen der Republik

Weiterhin sagte Peschorn im Zuge seiner Befragung aus, dass er „Seilschaften entdeckt habe, deren Interesse darin bestand, etwas – meistens wirtschaftlich – durchzusetzen, was den Interessen der Republik Österreich widerstreitet.“¹³⁷ Diese Aussage ist natürlich keine neue Erkenntnis, aber es wird einmal mehr deutlich, dass schwarze Netzwerke sich die Republik Österreich zu eigen gemacht haben und der tiefe Staat nur im eigenen Interesse und nicht im Interesse des österreichischen Volkes arbeitet. Diese Netzwerke bezeichnete der Leiter der Finanzprokuratur auch als „schleichendes Gift für den Rechtsstaat“, das Opfer ist die Republik.

136 473/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 13
137 473/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 22

**Das schwarze Netzwerk vom
Boden- bis zum Neusiedlersee**

Die Käsknöpfe- Camorra in Vorarlberg

Das ÖVP- „Inseratenparadies“ Vorarlberg: Ein Landeshauptmann als Beschuldigter und viele Ungereimtheiten

Die erste von insgesamt drei Befragungswochen mit Hauptfokus auf ein Bundesland begann am 1. Juni 2022 mit Vorarlberg. Als Auskunftspersonen war dabei hohe politische Prominenz vorgeladen. Neben ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner auch ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner. Letzterer musste sich unter anderem zur Wirtschaftsbund- bzw. Inseratenaffäre und einer anonymen Anzeige samt eidesstaatlicher Erklärung eines Managers gegen seine Person rechtfertigen. Wallner wurde darin vorgeworfen, Gegenleistungen für Inserate in der mittlerweile eingestellten Zeitung des Wirtschaftsbaus („Vorarlberger Wirtschaft“) angeboten zu haben. Ebenso, aber erst nach den Befragungen bekannt geworden, konferierte Wallner via SMS mit der zentralen Figur des Untersuchungsausschusses und der korruptiven Machenschaften der ÖVP, Thomas Schmid.¹³⁸ In den Chat-Nachrichten ging es um steuerrechtliche Fragen zu den im Landesbesitz befindlichen Ill-Kraftwerken.

Steuerbetrug auf alemannisch

Neben einer Aufklärung zu den völlig überbezahlten Inseraten in besagter Zeitung ging es der freiheitlichen Fraktion vor allem darum aufzuzeigen, dass mit diesen Geldern verdeckte Geldflüsse zur ÖVP stattfanden, da der Wirtschaftsbaus Vorarlberg entgegen vehementer Negierung der ÖVP sehr wohl als Teilorganisation dieser anzusehen ist. Daraus folgte, dass die Zahlungen des Wirtschaftsbaus Vorarlberg an „politische Organisationen“, also die ÖVP, illegale Parteispenden darstellten. Die Monatszeitung „Vorarlberger Wirtschaft“ fungierte jedenfalls als eine regelrechte „Cashcow“. Denn die massive Ausdehnung der „Inseratenwirtschaft“

138 <https://www.derstandard.at/story/2000140217387/wallner-chats-mit-schmid-servus-loesung-gefunden-in-der-steuersache>

brachte zwischen 2016 und 2021 Erlöse von rund 4,3 Millionen Euro. Laut einem nach dem Aufliegen des Skandals in Auftrag gegebenen Prüfbericht flossen 513.000 Euro an die Landespartei, die diese Gelder im Landtagswahlkampf 2019 einsetzte. Darüber hinaus wurden aber auch diverse ÖVP-Ortsgruppen mit in Summe 207.000 Euro bedacht.¹³⁹

Die Befragung Wallners wurde durch Geschäftsordnungsdebatten – angezettelt von den ÖVP-Fraktionsmitgliedern Andreas Hanger sowie Christian Stocker – bereits von Beginn an torpediert. Die Sitzungen mussten dadurch mehrmals unterbrochen werden, was teilweise zu Verzögerungen führte. Landeshauptmann Wallner legte bereits in seinem Eingangsstatement dar, dass er beim Wirtschaftsbund-Skandal angeblich in keiner Weise involviert war. Die Vorwürfe tat Wallner als Lüge ab. Wenn es Fehlverhalten gab, müsse das aufgeklärt und abgestellt werden – und zu eben diesem Zweck sei gerade eine Prüfung des Wirtschaftsbundes durch einen Wirtschaftsprüfer sowie durch die Justiz im Gange. Wallner betonte, dass er keine operativen Funktionen im Wirtschaftsbund ausführte und daher „keine direkten Einschaumöglichkeiten oder keine direkten Einsichtsrechte“ hatte.¹⁴⁰

Wieder Wahrnehmungsschwächen

Im weiteren Verlauf der Befragung, sofern diese nicht durch Zwischenrufe und Geschäftsordnungsdebatten der ÖVP-Fraktion gestört wurde, zeigte sich der Vorarlberger ÖVP-Landeshauptmann wenig „wahrnehmungsfreudig“. Er stritt eine mögliche Kenntnis und Involvierung in das „Projekt Ballhausplatz“ vehement ab. Dabei galt Wallner als großer Netzwerker für und Förderer von Sebastian Kurz und dessen kometenhaften Aufstieg ins Bundeskanzleramt. Im Oktober 2016 organisierte man ein großes Event des Vorarlberger Wirtschaftsbundes mit dem Titel „Treff der Vorarlberger Wirtschaft“. Mit dabei Sebastian Kurz als damaliger Außenminister und 700 Unternehmer aus Vorarlberg. Geladen haben dazu nicht nur der Vorarlberger Wirtschaftsbund, sondern eben auch Wallner in seiner Funktion als Landeshauptmann. Zu möglichen Spendenrallys für Kurz und das

139 <https://kurier.at/politik/inland/oevp-finanzen-generoeser-umgang-mit-mitteln-im-vbg-wirtschaftsbund/402088372>

140 545/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S.23

„Projekt Ballhausplatz“ hatte Wallner aber keine Erinnerung. Diese Events dienten laut Wallner „für Treffen von Wirtschaftstreibenden in der Plattform Wirtschaftsbund und den Austausch mit Bundes- oder Landespolitikern“.¹⁴¹

Interessant war für die FPÖ auch das Faktum, dass im Jahr 2019, am Höhepunkt der Inserateneinnahmen durch den Wirtschaftsbund Vorarlberg, neuerlich ein Unternehmertreff in Vorarlberg/Lustenau mit Landeshauptmann Wallner und Sebastian Kurz, da bereits als Bundeskanzler, organisiert wurde. Möglicherweise wurden Inserate von Unternehmen angeworben, um diese Gelder für den Wahlkampf für Kurz umzuleiten, so der Verdacht.

FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker meinte zur Befragung Wallners resümierend:

„Als Landesparteiobmann der ÖVP Vorarlberg und ehemaliger Landesgeschäftsführer kennt LH Wallner dieses System, und ich wage zu behaupten, dass er es sogar mitaufgebaut hat. Wie aber leider zu erwarten war, spielte die schwarze Mannschaft im U-Ausschuss mit allen schmutzigen Fouls, um von den umfassenden Skandalen in ihren eigenen Reihen, und wie wir heute und morgen sehen werden, besonders in Vorarlberg, abzulenken und die Öffentlichkeit zum Narren zu halten. Dabei hat die ÖVP immer noch nicht verstanden, dass jeder Versuch des Vertuschens, Verschleppens und letztlich des Ablenkens nur noch mehr Fokus und Aufmerksamkeit auf das fehlende Unrechtsbewusstsein in dieser Partei legt.“¹⁴²

Erich Lochmann

Verfahren eingestellt – am Boden zerstört

Aufgrund einer Selbstanzeige des Vorarlberger Wirtschaftsbundes, der eine Teilorganisation der Landes-ÖVP ist, prüft nun das Finanzamt für Großprüfungen die dubiosen Geldflüsse. Hofrat Mag. Dr. Erich Lochmann, Teamleiter Steuerprüfer im Fachbereich der Großbetriebsprüfung, war im U-Ausschuss geladen, um seine Wahrnehmungen zu dieser

141 545/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.25
142 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220601_OTS0202/fpoe-hafenecker-oevp-stoerfeuer-im-untersuchungsausschuss-sind-verhoehnung-des-parlamentarismus

Causa zu schildern. Er schilderte, dass es in Bezug auf die Prüfung beim Wirtschaftsbund keinerlei politische Einflussnahme gibt und er sich auch, wenn es sie gäben würde, sich dagegen wehrt. Im Eingangsstatement ließ der Finanzbeamte jedoch mit einer Aussage aufhorchen: Er beschrieb kurz seinen Lebenslauf und die Struktur bei der Finanzverwaltung sowie die dortige Umgangskultur in der Behörde und meinte dabei: „Der politische Einfluss ist sehr gering“¹⁴³. Nach mehrmaliger Nachfrage und Geschäftsordnungsdebatten schilderte der Finanzbeamte den Vorfall der politischen Einflussnahme. Es handelte sich damals um die sogenannte „Abschleicherliste“.¹⁴⁴ Auf dieser Liste standen tausende Österreicher, die noch insgesamt 3,34 Millionen Euro aus dem Ausland nach Österreich überweisen wollten, bevor das Steuerabkommen in Kraft trat. Hierbei wurde steuerliche Details eines ÖVP-Großspender publik, woraufhin der damalige Finanzminister Schelling eine regelrechte Maulwurfsjagd startete. Da sein Kollege und er mit diesem Steuerverfahren amtlich zu tun hatten, lag der Verdacht auf beiden und sie wurden von der WKStA mit „Nachdruck“ angezeigt.^{145 146} „Ein Sektionschef, der kurzfristig auch einmal Finanzminister war, hat dieser Anzeige massiv Nachdruck verliehen“.¹⁴⁷ Hierbei ist Eduard Müller gemeint. Parallel dazu wurde auch ein Disziplinarverfahren gegen die beiden eingeleitet sowie ein über 8.000 Seiten dicker Akt gegenüber den Beamten angelegt.“ Mein damaliger Mitarbeiter war am Boden zerstört. Wir haben uns natürlich gewehrt, das Verfahren ist eingestellt worden. Die Datenschutzbehörde hat die Rechtswidrigkeit der gesamten Datenauswertung, der Verfolgung festgestellt“¹⁴⁸, führte Herr Dr. Lochmann weiter aus. Das Ganze fand kurz vor der Nationalratswahl 2017 statt, wo der Druck umso höher war, um „wenn man es volkstümlich ausdrückt, die Sau zu finden, die man durchs Dorf treiben muss...“. „Das war ein starkes Stück“ und das „Vertrauen wurde massiv erschüttert“.¹⁴⁹ „Heute sind wir klüger und heute würden wir uns, glaube ich, noch mehr gegen diese Einflussnahme wehren. Darum kann ich das jedem Politiker auf die Fahnen heften, nie auf solche Verfahren Einfluss zu nehmen“¹⁵⁰, so der Finanzbeamte. Dieser Vorfall ereignete sich zwar außerhalb des Untersuchungszeitraumes, aber er zeigt glasklar, wie weit die ÖVP in Sachen politischer Einflussnahme geht. Dies hält auch der

- 143 544/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.4
 144 <https://www.derstandard.at/story/2000118042374/finanzministerium-suchte-mit-rechtswidrigen-mitteln-nach-informant-im-fall-pierer>
 145 <https://www.puls24.at/news/politik/u-ausschuss-finanzbeamter-schildert-rechtswidrige-verfolgung-wegen-oevp-grossspender/266397>
 146 544/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.23
 147 544/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.23
 148 544/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.23
 149 544/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.23 f.
 150 544/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.24

Abg. Zanger in seiner letzten Wortmeldung fest: *„Faktum ist und bleibt, auch wenn es außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt: Es war politisch versuchte Einflussnahme – nein, es war sogar mehr –, es ist fast politische Verfolgung zu nennen, was da den Ausführungen unserer Auskunftsperson nach passiert ist. Und auch das ist auf einen ÖVP-Minister zurückzuführen: illegale Ermittlungen gegen einen Beamten. Mehr braucht's für mich also nicht mehr.“*¹⁵¹

Magnus Brunner

„Entschuldung der Bundespartei durch Bünde, Länder und Sponsoren“.

Bundeskanzler Nehammer meinte in seiner Befragung gegenüber dem U-Ausschuss im März, dass Finanzminister Brunner ein exzellenter Finanzminister sei, und für Transparenz und Klarheit stehe.¹⁵² Diese Transparenz und Klarheit wurden aber bei seiner Befragung vermisst. Aufgrund seiner politischen Vita, er ist im schwarzen System aufgewachsen und im türkisen Netzwerk groß geworden, wären seinen Wahrnehmungen rund um die Finanzierung des „Projekts Ballhausplatz“ durchaus bedeutsam gewesen. Wie aus den Unterlagen des Strategiepapiers des „Projekts Ballhausplatz“ zu entnehmen ist, ist zur Finanzierung ein äußerst interessanter Punkt angeführt: „Entschuldung der Bundespartei durch Bünde, Länder und Sponsoren“. Der ehemalige ÖVP-Parteichef und Ex-Vizekanzler Mitterlehner schreibt in seinem Buch, dass er ab August 2016 erstmals richtig wahrgenommen hat, dass das Umfeld von Herrn Kurz sogenannte „Spenden-Rallys“ veranstaltete. Eine der wohl mittlerweile bekanntesten war wohl die im Schloss Reifnitz, mit diversen Unternehmern und auch Herrn Sigi Wolf. Nun kam es auch im Oktober 2016 in Rankweil (Vorarlberg) zu einem größeren Event des Vorarlberger Wirtschaftsbundes mit dem Titel „Treff der Vorarlberger Wirtschaft“ mit Sebastian Kurz als damaligen Außenminister und 700 Unternehmern. Geladen hatten Wirtschaftsbund-Obmann Metzler und Stellvertreter Kessler. Mit dabei auch Landeshauptmann Wallner. Dies erweckt natürlich den Eindruck, dass es sich bei dieser Veranstaltung eben auch um eine Art „Spende-Rally“ gehandelt haben könnte. Brunner, selbst Wirt-

151 544/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S.60

152 456/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S.19

schaftsbundmitglied und damaliger Bundesrat für Vorarlberg, hatte jedoch keine Wahrnehmung zu dieser Veranstaltung. Im August 2019 kam es neuerlich zu einem Unternehmertreff in Lustenau mit Landeshauptmann Wallner und Sebastian Kurz. Abermals organisiert von Wirtschaftsbund-Obmann Metzler und Stellvertreter Kessler. Der Zeitpunkt ist insofern nicht umspannend, als es sich um eine vermeintliche Wahlkampfveranstaltung für die Nationalratswahlwahl 2019 handelte, wo Mag. Brunner auch anwesend war. Auch hierbei meinte er, er wisse nicht mehr, ob er selbst anwesend war und Spenden oder das Keilen von Inseraten Thema waren.¹⁵³

Inseratenaffäre. Wieder einmal.

Aber auch die Inseratenaffäre beim Magazin „Vorarlberger Wirtschaft“ war Gegenstand der Befragung. Die Affäre wurde durch eine Selbstanzeige öffentlich. Der Vorarlberger Wirtschaftsbund, eine von vielen Teilorganisationen der ÖVP, hat hohe Summen an die Landespartei weitergeleitet, ohne diese zu versteuern. Die Mittel, die an die ÖVP gegangen sein soll, stammen aus dem Magazin „Vorarlberger Wirtschaft“, wobei unterschiedliche Vorarlberger Unternehmen mutmaßlich politisch unter Druck gesetzt worden sind, um eben dort Inserate zu schalten. Auch eine Firma, wo der ehemalige Wirtschaftsbund-Direktor Jürgen Kessler Anteile hielt, dürfte hierbei involviert gewesen sein und sich daran finanziell bereichert haben.¹⁵⁴ Zwischen 2016 und 2021 wurden rund 4,5 Millionen Euro mit Inseratengeschäften eingenommen, wobei 1,3 Millionen Euro davon an die ÖVP Vorarlberg geflossen sein sollen.¹⁵⁵

Wie die Aufstellung der Inseratenerlöse des Vorarlberger Wirtschaftsverbandes zeigen, gab es ab dem Jahr 2019, als Sebastian Kurz schon Bundeskanzler war, einen massiven Anstieg an Erlösen. Von rund 300 000 Euro im Jahr 2017 bis hin zu fast 1,3 Millionen Euro im Jahr 2019. Auch im Jahr 2020, wo Brunner schon Staatssekretär war und selbst Mitglied des Vorarlberger Wirtschaftsverbandes und ehemaliger Direktor des österreichischen Wirtschaftsverbandes war, sind Inseratenerlöse auf ähnlichem Niveau wie im Jahr 2019 zu erkennen. Das Bemerkenswerte dabei ist, dass der damalige

153 546/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 7 ff.

154 <https://www.vol.at/causa-wirtschaftsbund-was-bisher-passiert-ist/7496368>

155 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220531_OTS0182/fpoe-hafeneckerbitschi-ma-chenschaften-der-oevp-vorarlberg-muessen-genau-durchleuchtet-werden

Staatssekretär in insgesamt 13 von 16 Ausgaben der Vorarlberger Wirtschaft vorkam und das teils mit gleichen Fotos und Textstellen. In einer Ausgabe kam dieser sogar gleich mehrere Male vor.¹⁵⁶ Auf die Fragen des Abg. Hafenecker, wie die Beiträge zustande kamen und wer diese verfasste habe, meinte dieser: „Also wie gesagt, ich habe es nicht selber geschrieben. Ich weiß nicht, wie es wirklich zustande gekommen ist.“¹⁵⁷ Und auf die Frage, ob für diese Beiträge bezahlt wurde und welches Budget ein Staatssekretär für Öffentlichkeitsarbeit hat: „Nein, habe ich natürlich nicht. Ich hätte auch als Staatssekretär nicht das Budget dafür gehabt“.¹⁵⁸ Natürlich bemerkenswert, dass ein Staatssekretär keine Kenntnisse davon hat, wo und wie oft seine Beiträge geschaltet werden und ob hierfür bezahlt wurde.

Rücktritt des Doppel-Packs

Die beiden Verantwortlichen des Vorarlberger Wirtschaftsbundes, Direktor Jürgen Kessler als auch Obmann Hans Peter Metzler, haben bereits ihren Rücktritt erklärt. Aufgrund der Verflechtungen ist Finanzminister Brunner ebenso befangen. NAbg. Christian Hafenecker kommentierte das wie folgt: „Der Rücktritt der Spitze des ÖVP-Wirtschaftsbunds Vorarlberg infolge des Steuerskandals war längst überfällig – jetzt



Christian Hafenecker, MA, Nationalratsabgeordneter und freiheitlicher Fraktionsführer im Untersuchungsausschuss bei einem der unzähligen Interviews

156 546/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.46 f.

157 546/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.49

158 546/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.47

*muss die lückenlose Aufklärung folgen und garantiert werden! Magnus Brunner kann daher als ehemaliger WB-Vorarlberg-Spitzenfunktionär nicht länger Finanzminister bleiben, sondern muss seine Verstrickungen sofort offenlegen und einen Schritt zur Seite machen. Sein Amt hat er interimistisch an Wolfgang Peschorn, den Leiter der Finanzprokurator, zu übergeben. Nur so können unabhängige und unbeeinflusste Ermittlungen sichergestellt werden, die diesen Teil des schwarzen Korruptionssumpfes trocken legen“.*¹⁵⁹

159 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220401_OTS0165/fpoe-hafenecker-herr-finanzenminister-folgen-sie-sofort-der-wirtschaftsbund-vorarlberg-spitze-und-treten-sie-zurueck

Das Bünde-Dilemma in Tirol

Martin Malaun

Der „Tirol Tag“ im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss war ein Paradebeispiel dafür, dass die ÖVP nicht ansatzweise an einer Aufklärung ihres Korruptionsproblems interessiert ist. Neben dem Wirtschaftsbundskandal in Vorarlberg kam auch das Nachbarbundesland Tirol aufgrund von undurchsichtigen Geldflüssen und Vereinskonstruktionen in Erklärungsnot. Hierfür war ÖVP-Landesgeschäftsführer Dr. Martin Malaun, Intimfreund von Ex-Landeshauptmann Platter und seit Jahren erfolgreich im schwarzen Netzwerk tätig, im Ausschuss geladen.

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Die Identitätskrise der Tiroler Jungbauernschaft

Im Zentrum der Befragung stand vor allem die von der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend beantragten Corona-Hilfsgelder aus dem im BMKÖS angesiedelten Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds (NPO-Fonds). Dieser Fonds wurde eingerichtet, um die von der Coronakrise betroffenen gemeinnützigen Vereine und Organisation finanziell zu unterstützen. Keinen Anspruch auf Unterstützung aus diesem Fonds haben Parteien und ihre Teilorganisationen. Dennoch haben mehrere parteinahe, vor allem ÖVP-nahe Organisationen eine Unterstützung beantragt und auch bekommen. Eine Prüfung ergab, dass auch die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend, dem Tiroler Bauernbund, einer Teilorganisation der ÖVP Tirol, zuzurechnen, und damit von Förderungen aus dem NPO-Fonds ausgeschlossen ist. Die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend hat Corona-Förderungen in der Höhe von über 800.000 € erhalten und wurde somit aufgefordert, diese Hilfsgelder zurückzubezahlen. Daraufhin entbrannte die Diskussion, ob die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend nun eine Teilorganisation der ÖVP ist oder nicht und somit

nicht anspruchsberechtigt auf diese Fördergelder. Die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend (TJB/LJ) ist die Jugendsektion des Tiroler Bauernbunds. Der Tiroler Bauernbund ist eine Teilorganisation des Bauernbundes, der selbst wiederum eine von sechs Teilorganisation der ÖVP ist.¹⁶⁰

Wissen macht auch nichts

Auch aus einem uns zugespielten internen Besprechungspapier geht hervor, das der ÖVP-Nationalratsabgeordnete und Rechtsanwalt Klaus Furlinger schon am 8. Juli 2020 die Rechtsansicht vertrat, dass die Jungbauernschaft als ÖVP-nahe Organisation angesehen werden kann, weil ihre Mitglieder automatisch Bauernbund- und damit ÖVP-Mitglieder werden. Dazu kommt noch, dass die Landjugend Österreich ausgerechnet an diesem Tag ein Schreiben ausgesendet hat, das diese ÖVP-nahen Vereine zur Beantragung von NPO-Förderungen ermutigte. Daraus zeichnet sich schon das Bild eines mutmaßlichen Vorsatzes, der diesem offensichtlich konzertierten Abgreifen von Corona-Hilfsgeldern zugrunde lag.¹⁶¹ Diese Rechtsansicht konnte im Ausschuss leider nicht geklärt werden. Nichtsdestotrotz wollte der Ausschuss von Dr. Malaun wissen, wie es zur Beantragung kam, wer hierbei involviert war, ob die Förderungen in irgendeine Weise der ÖVP zugutekam und welche Rolle die ÖVP selbst hierbei spielte. Dies stellte sich als schier unmöglich dar. Schon tags zuvor kündigte der ÖVP-Abgeordnete Stocker an, dass man „jede einzelne Frage bekämpfen“ werde.¹⁶² Und so kam es auch: mit über 47 Geschäftsordnungsmeldungen und drei Stehungen zu Beginn störte die ÖVP den Befragungsfluss der Abgeordneten und torpedierte somit die Aufklärung im Ausschuss. Aber auch die Auskunftsperson selbst war wenig an einer Aufklärung interessiert. Dr. Martin Malaun stellte selbst gegenüber der Verfahrensrichterin über 20 Mal das Ansuchen, die Fragen der Abgeordneten auf ihre Zulässigkeit zu prüfen. Ebenso war die Befragung von unzähligen Wahrnehmungs- und Erinnerungslücken geprägt. Auch auf die Fragen der Abg. Fürst rund um die NPO-Förderung und auch in Bezug auf die Spenden der Tiroler Adlerrunde an die ÖVP habe er aus den Medien erfahren und somit keine Wahrnehmungen dazu. Ob er sich einmal mit dem Günther

160 <https://www.derstandard.at/story/2000139010609/tiroler-oevp-bauernjugend-muss-816-000-euro-coronahilfe-zurueckzahlen>

161 <https://www.fpoe.at/artikel/auch-fuer-tiroler-bauernbund-gilt-unwissenheit-schuetzt-vor-strafe-nicht/>

162 <https://orf.at/stories/3285335/>

Platter oder dem damaligen Generalsekretär Axel Melchior über diese Spenden unterhalten habe, meinte er: „Dazu habe ich keine Erinnerung“.¹⁶³

Josef Geisler – Der ÖVP-Alt-Jungbauer ohne Wahrnehmung

Josef Geisler gehört der Tiroler Landesregierung seit 2013 an und hat dort das Amt des Landeshauptmann-Stellvertreters für die ÖVP inne. Zudem steht er auch seit demselben Jahr dem Tiroler Bauernbund als Landesobmann vor. Viele Jahre engagierte sich der mittlerweile zu einem der mächtigsten Tiroler ÖVP-Politiker avancierte Geisler in der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend¹⁶⁴ – und genau diese Verflechtung stand auch im Mittelpunkt seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss.

Nachdem das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport sowie die Förder- und Finanzierungsbank der Republik im Rahmen einer Prüfung zu dem Ergebnis gelangt waren, dass Vereine der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend 816.752,15 Euro zu Unrecht aus dem NPO-Fonds für gemeinnützige Vereine bezogen hatten¹⁶⁵, ging es zentral um die Frage, ob diese Organisation Teil der offiziellen ÖVP-Teilorganisation Bauernbund und damit der Partei ist oder nicht.

Geisler gab sich eingangs wenig auskunftsfreudig, er verzichtete mit dem Verweis darauf, dass er nichts zum Untersuchungsgegenstand und den Beweisthemen beitragen könne, auch auf eine einleitende Stellungnahme¹⁶⁶. Dementsprechend lag es auch an FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker als erstem befragenden Abgeordneten, dies herauszuarbeiten, was sich von Beginn an aufgrund unzähliger Geschäftsordnungsdebatten der ÖVP-Fraktion als äußerst schwierig gestaltete. Schließlich gelang es Hafenecker, von Geisler die Bestätigung dafür zu erlangen, dass der Tiroler Bauernbund eine Teilorganisation der Tiroler Volkspartei ist¹⁶⁷. „Wie ist das Verhältnis zwischen der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend zum Tiroler Bauernbund?“, lautete daher die nächste Frage des Freiheitlichen, welche wieder

163 635/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.32 f.

164 https://tiroler-bauernbund.at/de/themen/tiroler-bauernbund/index.php?we_objectID=3627

165 <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/tirol/tiroler-bauernjugend-oevp-muss-816-000-euro-coronahilfe-zurueckzahlen/530002679>

166 636/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 4.

167 636/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 5

nach längerer, von der ÖVP initiiertes Geschäftsordnungsdebatte von Josef Geisler wie folgt beantwortet wurde: „Zur Frage: Die Landesorganisation der Tiroler Jungbauernschaft ist eine Sektion des Bauernbundes – die Landesorganisation!“¹⁶⁸.

Geisler wollte offensichtlich darauf hinaus, dass lediglich die Landesorganisation und nicht jene 120 Ortsvereine, welche NPO-Fördergelder erhalten hatten, dem Bauernbund und damit der ÖVP zuzurechnen sei. Dem gegenüber stellte Hafenecker Musterstatuten der Jungbauernschaft/Landjugend, welche er vorlegte und aus denen eindeutig hervorgeht, dass „jeder Ortsverband ein Zweigverein des Hauptvereins Tiroler Bauernbund“¹⁶⁹ ist. Da Geisler trotzdem auf seiner Darstellung beharrte, zitierte der freiheitliche Fraktionsführer aus den Statuten des Ortsvereins Wenns, die im Aktenbestand dem NPO-Förderansuchen beilagen:

„Die Mitglieder des Zweigvereins sind als Familienangehörige von Stamm-Mitgliedern des Hauptvereins mit Vollendung des 18. Lebensjahres ordentliche Mitglieder des Hauptvereins. (...) Funktionäre, die aufgrund der Satzungen des Hauptvereins in dessen Orts-, Bezirks- oder Landesgremien vertreten sind, haben die ordentliche Mitgliedschaft am Hauptverein zu erwerben, soweit sie dies nicht bereits durch Familienangehörigkeit zu einem Stamm-Mitglied des Hauptvereins sind.“¹⁷⁰

Geisler wollte auch auf eine entsprechende Nachfrage Hafeneckers nichts von den 120 NPO-Förderansuchen gewusst und davon erst durch die mediale Berichterstattung erfahren haben.¹⁷¹

Verdächtig wenig Wissen

Die gesamte Befragung des unkooperativen Josef Geisler war geprägt von einer aggressiven Obstruktionstaktik der ÖVP, welche wohl auf eine sichtliche Nervosität zurückzuführen war. Die Darstellung des Tiroler ÖVP-Landeshauptmann-Stellvertreters, Bauernbund-Landesobmannes und ehemali-

168 636/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 5 ff.

169 636/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 8

170 636/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 12

171 636/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 14

gen Jungbauern-Bezirks- sowie Ortsfunktionärs, wonach nur die Landesorganisation der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend Teil des Bauernbundes sei, erschien angesichts der vorgelegten Musterstatuten sowie der Vorlage der Statuten des Ortsvereins Wenns nicht glaubwürdig. Genauso wenig, dass er von der Fülle an 120 Förderansuchen der Ortsvereine an den NPO-Fonds nichts gewusst haben will. Dazu kommt noch, dass der Landesobmann der Tiroler Jungbauern, Dominik Traxl, erst im Oktober 2022 als Abgeordneter für die ÖVP in den Tiroler Landtag einzog¹⁷².

Dementsprechend ließ Geisler auch keinerlei Bewusstsein dafür erkennen, dass diese Ortsvereine die Fördergelder zu Unrecht bezogen hatten. Vielmehr führte seine Darstellung geradezu zu dem Schluss, als hätten deren Funktionäre völlig eigenständig gehandelt, was aufgrund der Fülle der Anträge relativ lebensfremd erscheint.

Dominik Traxl: Tiroler Jungbauer, der mit der ÖVP nichts am Hut hat

Die „Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend“ hat laut Prüfungsergebnisses des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport sowie des AWS 816.752,15 Euro aus dem gemeinnützigen NPO-Fonds zu Unrecht bezogen und muss diese zurückbezahlen. Überprüft wurden insgesamt 120 Orts- und Bezirksvereine, die Anträge um Entschädigungen/Förderungen aus diesem Fonds gestellt hatten. Im Kern ging es um die Frage, ob diese Vereine eine Verbindung zur ÖVP-Teilorganisation Bauernbund aufweisen. Drei weitere Vereine der Tiroler „Jungbauernschaft/Landjugend“, die möglicherweise ebenfalls dem Tiroler Bauernbund zuzurechnen sind, haben anderslautende Stellungnahmen als die oben genannten 120 Zweigvereine vorgelegt. Daher wurden weitere Unterlagen angefordert. Von acht weiteren Vereinen der Tiroler „Jungbauernschaft/Landjugend“ wurden bereits aufgrund fehlender Rückmeldungen, die einen Verstoß gegen die vertragliche Verpflichtung zur umfassenden Mitwirkung bei Kontrollen darstellen, Förderungen in der Höhe von 56.961,62 Euro zurückgefordert. Davon wurden 9.088,57 Euro bereits zurückgezahlt.

172 https://www.meinbezirk.at/landeck/c-politik/scheiber-und-traxl-ruecken-in-den-tiroler-landtag-nach_a5663938

Aus einem Zeitungsbericht vom 23. 5. 2021 von meinbezirk.at ist, mit dem Titel „Dominik Traxl eindrucksvoll bestätigt / Landjugend Tirol mit neuer Landesleiterin.“¹⁷³ ist ersichtlich, dass die TJB dem Verein Rettet das Kind (Ehrenpräsidentin ist Inge Partl, Gattin des ehem. ÖVP Tirol – Landeshauptmann Alois Partl) im Zuge dieser Veranstaltung 56.630 € spendete.

Die beiden Beträge sind fast ident, der Verein Rettet das Kind hat möglicherweise eine ÖVP-Nähe. Möglicherweise wurden hier mit Corona-Förderungen Spenden an ÖVP-nahe Vereine weitergeleitet und es gab deswegen keine Rückmeldungen von den Vereinen.

„Es wurden nicht nur die Jungbauern geprüft“¹⁷⁴, keine politische Einflussnahme auf NPO-Fonds Prüfungen

Die ÖVP versuchte immer wieder, eine mutmaßliche Korruption anderer Parteien in den Ausschuss zu tragen. Diesmal wurde eben auf Wunsch der ÖVP Herr Dr. Stefan Imhof geladen. Dieser war unter anderem Sektionschef unter Bundeskanzler Faymann und ist provisorischer Sektionschef für Präsidialangelegenheiten im BMKÖS und dort unter anderem auch für Angelegenheiten des NPO-Unterstützungsfonds zuständig. Hierbei wurde seitens der ÖVP der Versuch gestartet, den zuständigen Beamten zu unterstellen, dass die Aberkennung der Förderung der Jungbauern politisch motiviert gewesen sein sollte. Dies konnte der NAbg. Christian Hafenecker mit seiner Befragung ganz klar ausräumen, indem er fragte, ob es noch anderen Überprüfungen, abgesehen von den Jungbauern gegeben hat, wo es strittig war, ob die Ausschüttung der Förderung gesetzeskonform war? Die Antwort von Dr. Imhof war hierbei ganz eindeutig: „Abgesehen von den Jungbauern: ja. Wie gesagt, diese Prüfungen beziehen sich – oder wurden nach einer parlamentarischen Anfrage veranlasst, und die Organisationen, die in dieser parlamentarischen Anfrage vorkommen und Förderungen erhalten haben, wurden entsprechend geprüft. Das heißt: ja. Die Antwort ist: Es wurden nicht nur die Jungbauern geprüft, die Jungbauernschaften geprüft, sondern auch andere Organisationen“.¹⁷⁵

173 https://www.meinbezirk.at/tirol/c-lokales/landjugend-tirol-mit-neuer-landesleiterin_a4666043

174 640/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 13

175 640/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.13

Somit konnte ganz klar ausgeräumt werden, dass die Überprüfung der Jungbauern bezüglich der Förderung des NPO-Fonds nicht politisch motiviert, sondern aufgrund einer parlamentarischen Anfrage durchgeführt wurde. Dies zeigt, wie wichtig und auch notwendig parlamentarische Kontrolle der Regierung durch die Opposition ist. Die Ablenkungs- und Verzögerungstaktik der ÖVP war wie so oft im Endeffekt erfolglos.

Niederösterreich: die Wiege der ÖVP-Korruption

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und das „System ÖVP Niederösterreich“

An gleich zwei Tagen im frühen Dezember 2022 wurde Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner vor den ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss geladen und von den dortigen Fraktionen eingehend befragt. Sie war damit der zweite ÖVP-Landeschef, nach dem Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner, der im Untersuchungsausschuss zu den diversen Befragungsgegenständen Rede und Antwort stehen musste.

Im Fokus standen dabei ihre Rolle und Involvierung im „Projekt Ballhausplatz“, Interventionen durch ihre Person und die ÖVP Niederösterreich bei politischen Postenbesetzungen und die mediale Berichterstattung sowie diverse steuergeldfinanzierte Landesaktionen rund um ihre Person und Nachrichten aus den sogenannten „Kloibmüller-Chats“. Mikl-Leitner gilt für die FPÖ-Fraktion als „Erfinderin“ von Sebastian Kurz und Wegbereiterin des „Projekt Ballhausplatz“, holte sie ihn doch in ihrer damaligen Rolle als Innenministerin im Jahr 2011 als Staatssekretär für Integration in die Bundespolitik. Und auch später ebnete sie dem späteren Bundeskanzler den politischen Weg, indem sie ihm die Integrationsagenden samt dem millionenschweren Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) als „Mitgift“ in das Außenministerium übertrug, wo Kurz 2013 das Ministeramt übernahm.

Alles richtig gemacht?

In der ersten, rund fünfstündigen Befragung ließ Mikl-Leitner jedoch keinen Zweifel an ihren getroffenen Entschei-

dungen, was Interventionen und Postenschacher betrifft, aufkommen. Geradezu erstaunt war man auch von der (erneuten) Amnesie und den Erinnerungslücken der Auskunftsperson. Vom „Projekt Ballhausplatz“, mit dem Sebastian Kurz und sein Umfeld die Machtübernahme in der ÖVP und der Republik planten, will sie nichts mitbekommen haben. Und das, obwohl mehr als die Hälfte der Protagonisten des „Projekts Ballhausplatz“ aus der ÖVP Niederösterreich kamen und Kurz quasi als Erfindung Mikl-Leitners galt. Auch zum möglichen Postenschacher rund um die Bestellung des NÖ Landespolizeidirektors 2020 „glänzte“ die Landeshauptfrau mit Erinnerungslücken. Mikl-Leitner konnte den Befragern aus den FPÖ-Reihen überdies weder verständlich noch glaubhaft erklären, warum und vor allem auf welcher Grundlage und Einschätzung sie Sebastian Kurz mit Integrationsagenden und Millionen an Steuergeldern aus dem Integrationsfonds in ihrer damaligen Zeit als Innenministerin ausstattete.¹⁷⁶

Geprägt war die Befragung zudem einmal mehr von Geschäftsordnungsdebatten rund um die Zulässigkeit von Fragen, die durch die ÖVP angezettelt wurden. Aber auch eine hitzige Debatte rund um den Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl entbrannte während der ersten Befragung der niederösterreichischen Landeshauptfrau.¹⁷⁷ Besonders ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker, der eigentlich nur noch Ersatzmitglied der schwarz-türkisen U-Ausschussfraktion war, echauffierte sich über zugelassene Fragen an Mikl-Leitner durch Pöschl. Stocker unterstellte dem Verfahrensrichter sogar, dass er sich damit „weit außerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens dieses U-Ausschusses bewege.“

FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker fasst den ersten Befragungstag Mikl-Leitners und ihre zahlreichen Erinnerungslücken wie folgt zusammen:

„Nach dem Motto Vertuschen, Verschleppen und Vergessen versuchte die Landeshauptfrau, den von der ÖVP NÖ ausgehenden schwarzen Skandalsumpf wegzureden.“¹⁷⁸

An einem aufgrund von zahlreichen Unterbrechungen und GO-Debatten notwendigen zweiten Befragungstag

176 727/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 10 ff.

177 <https://www.derstandard.at/story/2000141423174/johanna-mikl-leitner-erklarte-im-u-ausschuss-was-sie-auch>

178 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221201_OTS0221/fpoe-hafenecker-kurz-erfinderin-th-mikl-leitner-verschaukelte-mit-absurden-erinnerungsluecken-das-parlament

am 6. 12. 2022 wurde Mikl-Leitner weiter zum „System ÖVP-Niederösterreich“ befragt. Aber auch an diesem Tag war die Befragung von vielen Unterbrechungen und Streitereien geprägt. Noch vor der ersten gestellten Frage gab es den ersten Geschäftsordnungsdisput, angezettelt von der ÖVP.¹⁷⁹

Zum x-ten mal: Inserate

FPÖ-Fraktionsvorsitzender Christian Hafenecker legte während der Befragung Mikl-Leitners einen Artikel des Online-magazins „Zackzack“ zur ÖVP-Inseratenaffäre vor und wollte wissen, warum landesnahe Unternehmen zu weit überhöhten Preisen Inserate in ÖVP-Medien geschaltet haben. Doch auch dieses Thema hatte eine Geschäftsordnungsdebatte und eine Unterbrechung zur Folge – die Fragen wurden schließlich nicht zugelassen.

„Macht's ma ka Schand“

Beim Skandal rund um die Hygiene Austria, dem Joint Venture von Lenzing und Palmers, half Mikl-Leitner bei der Betriebsstättengenehmigung zu Anfang der Pandemie – „ein Expressservice für ÖVP-nahe Betriebe“, wie Hafenecker sagte. Die niederösterreichische Landeshauptfrau konnte sich vage erinnern, um eine rasche Genehmigung bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft gebeten zu haben, aber „nur unter der Prämisse, dass natürlich alle Regeln eingehalten werden sollten.“ Und auch zu diversen, erneut angesprochenen Interventionen in ihrem Namen oder durch sie persönlich hatte Mikl-Leitner erneut keine Wahrnehmungen bzw. Erinnerungen.

Nach vier Stunden und 51 Geschäftsordnungsdebatten markierte Mikl-Leitners Befragung gleichzeitig das Ende der Befragungen im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss. Denn eine Verlängerung des U-Ausschusses, auf die sich prinzipiell alle Fraktionen noch im Dezember einigten, kam im Jänner aus diversen Gründen (siehe Endkapitel) nicht mehr zustande.

179 <https://orf.at/stories/3296788/>

Die tiefschwarze Media Contacta und das System ÖVP

Eine Pressekonferenz um 28.000 EUR

Peter Madlberger ist Geschäftsführer der Firma Media Contacta. Diese ist die Haus- und Hofagentur der ÖVP-Niederösterreich, wenn es Wahlkampfunterstützung, Veranstaltungen, Pressekonferenzen und dergleichen geht. Neben seiner Geschäftsführerfunktion war Herr Madlberger in der Vergangenheit auch Angestellter der ÖVP-Niederösterreich sowie ÖVP-Stadtrat in Korneuburg.¹⁸⁰ Dass die Agentur im gleichen Gebäude wie die niederösterreichische Landesregierung residiert, zeigt unverblümt die Nähe zwischen der Agentur und der ÖVP.¹⁸¹ Aber nicht nur die ÖVP Niederösterreich, sondern auch die ÖVP Bundespartei sowie ÖVP-geführte Ministerien, wie zum Beispiel für das Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium, zogen die Agentur für etwaige Aufträge heran – und die haben es in sich. So organisierte die Media Contacta im Jahr 2019 eine Pressekonferenz für das BMDW zum Thema „Digitales Amt“, die insgesamt 28.000 € gekostet hat. Was die enormen Kosten hierbei ausmachte, konnte die Ex-Ministerin Schramböck nicht beantworten, da sie in die Organisation nicht eingebunden war.¹⁸²

Rätselhaftes Familienfest

Unter der Regie der Media Contacta veranstaltete das BMLRT ein sogenanntes „Familienfest“ am 1. Mai 2019 in Schönbrunn, das bis dato ein Rätsel bleibt und viele Fragen offenlässt. Das „Familienfest“ geriet auch medial in die Kritik, da es sich bei dieser Veranstaltung mehr um ein „türkisches Familienfest“ handelte, weil ausschließlich ÖVP-Politiker und Minister dort anzutreffen waren. Diese „Parteiveranstaltung“ kostete den Steuerzahler sage und schreibe 231.000 €. ¹⁸³ Wie aus einer anonymen Anzeige zu entnehmen ist, drohten der ÖVP-Bundespartei zum Jahreswechsel 2017/2018 Liquiditätsprobleme, sodass mit der Media Contacta eine Stundung in der Höhe von 500.000 € vereinbart

180 650/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.7
181 <https://zackzack.at/2022/10/06/image-pfleger-der-oevp-im-u-ausschuss>
182 628/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.42 f.
183 <https://www.diepresse.com/6250538/ein-sittenbild-mit-26-millionen-seiten>

wurde. Die Planung für dieses Fest begannen laut Madlberger schon im Jahr 2018. Wie auch medial berichtet, hat sich die Kostenschätzung von 2018 bis 2019 mindestens verdreifacht, weil das Angebot großzügig erweitert wurde. Warum sich die Kosten erhöht haben, welchen Anteil daran die Media Contacta hatte und ob die Kosten bewusst erhöht wurden, um die noch von der ÖVP ausstehenden Zahlungen über diese Veranstaltung zu generieren, blieb unbeantwortet und wurde seitens der ÖVP als unterstellend bewertet. Somit konnte nicht geklärt werden, ob es sich hierbei um einen Fall einer Querfinanzierung durch den Steuerzahler handelte oder nicht.¹⁸⁴ Mittlerweile ermittelt die WKStA wegen möglicher Absprache bei Vergabeverfahren.¹⁸⁵

Schwarze Arroganz im Untersuchungsausschuss

Besonders hervorzuheben ist in puncto Missachtung und Geringschätzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat sich der Landesgeschäftsführer der ÖVP-Niederösterreich, Bernhard Ebner. Wie ein roter Faden zog sich Ebners permanenter Drang zur Entschlagung durch seine inhaltlich nicht sehr ergiebige Befragung bzw. zog er die Zulässigkeit beinahe jeder Frage, sei sie noch so einfach zu beantworten, in Zweifel. So wollte Ebner gleich zu Beginn der Befragung nicht auf die Frage antworten, ob er die Firma Media Contacta kenne.¹⁸⁶ Diese offensichtliche Obstruktion wurde auch von Johanna Mikl-Leitner betrieben, so stellte auch sie zahlreichen harmlosen Fragen die Zulässigkeit in Abrede. Daraus lässt sich auch ein mangelndes Interesse, an der Aufklärung mitzuwirken ableiten. Sofern eine Frage dann doch beantwortet wurde, war die Antwort oft „keine Wahrnehmung“. So hielt FPÖ-NAbg. Wolfgang Zanger folgendes zur Befragung Ebners fest: *„Gut, dann möchte ich abschließend noch festhalten: Es gab jetzt einige Beispiele von Interventionen aus dem Land Niederösterreich. Sie als Landesgeschäftsführer haben offensichtlich über gar nichts Bescheid gewusst. Das ist schon spannend für eine derartige Position, wie Sie sie bekleiden. Es ist aber ohnehin so, dass sich die Auskunftspersonen der ÖVP kaum an etwas erinnern können, keine Wahrnehmungen haben, aber sich stundenlang mit ihren Rechtsanwälten beraten, um draufzukommen, dass sie keine Wahrnehmungen haben.“*¹⁸⁷

184 650/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 35 ff.

185 <https://www.derstandard.at/story/2000142780681/im-visier-der-wksta-die-agentur-der-die-oevp-vertraut>

186 726/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 6

187 726/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 41

**COFAG und
Corona-Nachwehen**

Bernhard Perner

DI Bernhard Perner ist „ein Guter und einer der von Anfang an dabei war – ein Loyalere. Der Perner ist einer, wenn man es so nennen kann, im inner-circle“.¹⁸⁸ So beschrieb die damalige Assistentin des ÖBAG-Chefs Thomas Schmid Herrn Perner. Dies trifft, wenn man sich seinen Werdegang im türkisen System ansieht, durchaus zu. Der studierte Chemiker chattet nicht nur mit dem damaligen ÖBAG-Vorstand Schmid, sondern die beiden waren auch gemeinsam im Finanzministerium.

„Aus den Medien erfahren“

Perner war von 2013 bis 2019 Kabinettsmitarbeiter im Bundesministerium für Finanzen. Genau in diesem Zeitraum, da Perner im Kabinett war, begann der Aufstieg von Sebastian Kurz und seinem „Projekt Ballhausplatz“, mit tatkräftiger Unterstützung durch Thomas Schmid aus dem Finanzministerium. Vom „Projekt Ballhausplatz“ und vom Beinschab-Tool habe er aus den Medien erfahren.¹⁸⁹ Auch auf das Steuerkonzept für die Regierungsverhandlungen 2017, das von BMF-Kabinettsmitarbeitern erstellt und von einer externen Agentur (ICG) begleitet wurde, aber eben durch das Finanzministerium bezahlt und ausschließlich für die ÖVP erstellt wurde, meinte Perner : „...dass man einen Kabinettsmitarbeiter um wichtige – oder um Themen bittet, die eventuell wesentlich sind, ist jetzt nichts Ungewöhnliches. Ich kann mich aber jetzt nicht mehr konkret an eine bestimmte Excel-Liste erinnern.“ Die Agentur ist ihm ein Begriff, der jeweilige Vorfall leider nicht.¹⁹⁰ Perner dürfte jedoch gute Arbeit geleistet haben bzw. ein Vertrauensmann im genannten „inner circle“ gewesen sein, sodass er dann, parallel zu seiner Tätigkeit im Kabinett, ab 2016 Geschäftsführer der ABBAG (Abbaubeteiligungsgesellschaft des Bundes) wurde. Die ganze Zeit über war Thomas Schmid sein Kabinettschef und ab 2015 zusätzlich sein Generalsekretär. Im Jahr 2019, als Schmid Vorstand der ÖBAG wurde, wurde Perner Prokurist in der ÖBAG, bevor er eben im April 2020 einer von zwei Geschäftsfüh-

188 <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/affaeren/schmid-auch-spaeterer-cofag-chef-war-ein-viel-chatter/510763776>

189 699/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.65 f.

190 699/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.65

ren der Covid-19 Finanzierungsagentur wurde (COFAG). In diesen Funktionen kassierte er in den Jahren 2019, 2020, 2021 insgesamt ein Salär von über 1,1 Millionen €. ¹⁹¹ Bei der COFAG dürften sich die Schwarzen offenbar auf Steuerzahlerkosten ausgetobt haben, als gäbe es kein Morgen mehr. Am 27. 3. 2020 erfolgte die Gründung und Übertragung der COFAG an die ABBAG. Ziel der COFAG war es, die durch die Bundesregierung verordneten Maßnahmen und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Schaden für Unternehmen der Covid19-Pandemie abzuwickeln. Schon bei der Gründung gab es von verschiedenen Seiten Kritik an dieser Konstruktion. Gerade die FPÖ kritisierte die Gründung von Anfang an und wurde am Ende durch den Rechnungshof auch bestätigt. Der wesentliche Punkt hierbei war, dass mit der COFAG eine ausgelagerte Gesellschaft gegründet wurde, die sich damit der parlamentarischen Kontrolle entzieht und somit anfällig für Korruption, politische Einflussnahme, Freunderlwirtschaft und Steuergeldverschwendung ist. Zwar bestreiten die beiden Geschäftsführer eine politische Einflussnahme, aber wenn man sich die Beträge, die an externe Berater, Mitarbeiter und an unterschiedliche Empfänger geflossen sind, ansieht, kann man zumindest bei der COFAG von einem Steuergeldverteilungs-Konstrukt sprechen.

Wer hat's erfunden?

Wer die Idee für die COFAG hatte und wer bei der Gründungsbesprechung dabei war, meinte DI Perner, dass die Idee aus dem Finanzministerium kam, aber Namen konnte er keine nennen. ¹⁹² Ob gewisse ÖVP-Freunde bevorzugt wurden, konnte leider nicht geklärt werden, aber die Indizien, dass es möglicherweise so war, waren durchaus vorhanden. So steht in einer Mail, gesendet von dem NAbg. Dr. Schwarz von den Grünen, an einen Wiener Landtagsabgeordneten von den Grünen und an Herrn Meichenitsch, ein enger Vertrauter von Vizekanzler Kogler: „könntest du insbesondere mit Bezug auf mögliche benefits für „Perners Freundeskreis“ draufschaun?“ Diese Nachricht wurde zum Zeitpunkt geschrieben, als die Richtlinien der COFAG erarbeitet wurden. Auf die Frage, was mit „Perners Freundeskreis“ gemeint sei, meinte dieser selbst: Habe ich keinerlei Wahr-

¹⁹¹ Rechnungshofbericht - COFAG und Zuschüsse an Unternehmen. Reihe BUND 2022/31. S. 75
¹⁹² 699/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké S.36

nehmung dazu, was das bedeuten soll. Also ich kenne Jakob Schwarz, aber was er damit gemeint haben will, das weiß ich nicht. Ob nun „Freunde“, „Wünsche“ oder eine gewisse ÖVP-Klientel von Herrn DI Perner bei der Erstellung der Richtlinien bewusst berücksichtigt worden sind, konnte leider nicht geklärt werden.¹⁹³

ABBAG: Ein nachträglicher 1,5 Millionen-Euro-Bonus, der Fragen aufwirft

Nach dem ehemaligen COFAG-Geschäftsführer Perner wurde am 23. November 2022 mit Wolfgang Nolz der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft ABBAG befragt. Er sollte vor allem erklären, wie, wann und warum ein 1,5 Millionen Euro schwerer Bonus an Michael Mendel, den ehemaligen Geschäftsführer der ABBAG, durch den früheren ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling im Zuge des Generalvergleichs mit Bayern rund um die Hypo-Alpe-Adria-Bank ausbezahlt wurde – und das acht Monate nach dessen Abgang von der ABBAG!

Bei der Befragung durch die FPÖ-Fraktion, die diesmal der Nationalratsabgeordnete und Aufdecker im Bereich Hypo/Heta Erwin Angerer führte, erläuterte der bereits pensionierte Beamte Nolz zunächst, dass seine Dienste im Finanzministerium aufgrund seiner herausragenden Stellung als Legist immer noch benötigt werden. Die Bonuszahlung von 1,5 Millionen Euro sei laut Nolz aufgrund von nicht näher genannten Bestimmungen auf einmal – und nicht etwa in Raten - an Mendel ausbezahlt worden. Ob die Bonuszahlung der Wille des Alleingeschafters der ABBAG, sprich des Finanzministeriums, war, konnte Nolz nicht gänzlich klären. Nur in kryptischen Worten rang er sich durch, einen mündlichen Auftrag durch Ex-Finanzminister Schelling an ihn oder Perner (das wusste er nicht mehr) zu bestätigen:

[...] Perner hat mir ursprünglich gesagt, Schelling hat da Mendel etwas versprochen! – Dann hat es geheißen: Gut, also was geschieht da jetzt?, wobei also, dass Schelling mündlich, nehme ich einmal an, Perner was gesagt hat, ist ja an sich auch eine Gesellschafterweisung, die zuläs-

sig ist. [...] Jemand hat es mir gesagt – also ich glaube, eher Perner –, und dann wurde gesagt: Was machen wir jetzt?, und da – ob das meine Idee war oder Perners Idee war, kann ich nicht sagen – haben wir gesagt: Gut, an sich ist es eine Gesellschafterweisung, aber wenn - - und ja, erster Punkt [...].¹⁹⁴

„(...) im Detail nie angeschaut (...) Im weiteren Verlauf der Befragung wollte sich Nolz jedoch nur widerwillig darauf festlegen, dass es eine mündliche Weisung zur Ausbezahlung des Bonus durch das Finanzministerium bzw. Ex-Finanzminister Schelling überhaupt gab. Ein angeblich existentes Gutachten, welches zudem die Ausbezahlung des Bonus rechtfertigte, lag der FPÖ-Fraktion während der Befragung nicht vor. Nolz betonte zwar, dass dieses Gutachten existiere, gab jedoch auch zu, dass er es nicht im Detail studierte:

[...] Aber ich gestehe, dass ich mir dieses Gutachten der KPMG nie im Detail angeschaut habe [...].¹⁹⁵

Daher blieb letztlich der schale Verdacht bestehen, dass diese Bonuszahlung unrechtmäßig und als „Dienst unter ÖVP-Freunden“ an den ehemaligen ABBAG-Chef Mendel auf Wunsch und Drängen von Ex-Finanzminister Schelling ausbezahlt wurde.

Marc Schimpel

Marc Schimpel, das grüne Pendant vom schwarzen Bernhard Perner. Herr Schimpel wurde als zweiter Geschäftsführer der COFAG installiert und war für den operativen Teil in der Agentur tätig und wurde von der ÖVP in den Ausschuss geladen. Hierbei verfolgte die ÖVP anscheinend das Ziel, ihren Koalitionspartner in Sachen „Black Box“ COFAG mit in ihren Korruptionsbann zu ziehen. Mag. Schimpel war zuvor, bevor er 2020 eben zweiter Geschäftsführer der COFAG wurde, im Grünen Parlamentsklub als Finanzreferent und Büroleiter tätig und anschließend wechselte er zur Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers (PWC). Das ist insofern interessant, dass die COFAG laut ihren Auskünften insgesamt knapp 36 Millionen Euro für

194 700/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.18 f.

195 700/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S. 22

externe Dienstleister ausgab. Dies war einer der vielen Kritikpunkte der Opposition, wie auch des Rechnungshofes¹⁹⁶. Hierbei wurden vor allem die sogenannten „Big Four“ der Wirtschafts- und Unternehmungsberaterbranche herangezogen. Das eben genannte Unternehmen PwC, wo eben Herr Schimpel zuvor tätig war, erhielt von der COFAG ein Auftragsvolumen von insgesamt 2,8 Millionen €. Das Unternehmen Deloitte, vormaliger Arbeitgeber von Herrn Perner, verursachte Kosten von 2,8 Millionen € und die KMPG erhielten Aufträge in Summe von 8 Millionen €, wo der Aufsichtsratsvorsitzende der COFAG, DDr. Martin Wagner, ehemaliger Geschäftsführer war.¹⁹⁷ Über die Gründung zur COFAG hat der keine Wahrnehmungen. Er wurde vom Kabinettschef des Vizekanzlers Kogler gefragt, ob interimistisch die Geschäftsführung übernehmen möchte.¹⁹⁸

Margit Kraker: Der Rechnungshof und die COFAG

Der Endbericht des Rechnungshofs zur COFAG bestätigt alle Kritik, die von Anfang durch die FPÖ geäußert wurden. Der Bericht stellt der COFAG bzw. den politischen Verantwortlichen ein vernichtendes Urteil aus. Die vom Rechnungshof erstellte Liste des Versagens der COFAG ist lange: Überförderungen der Betriebe von bis zu 11 Millionen Euro, unfassbare 36 Millionen Euro für externe Berater, fehlerhafte Bestellung der Geschäftsführer, Doppelbezüge eines Geschäftsführers, zu hohe Gagen für Aufsichtsräte und fehlende Transparenz und Dokumentation bei der Gründung der COFAG. Der Rechnungshof kommt zum Schluss, dass die COFAG aufzulösen sei.¹⁹⁹ Hierzu war die Rechnungshofpräsidentin, Frau Dr. Margit Kraker, im Untersuchungsausschuss geladen, um den Abgeordneten Details über dieses Geldverteilungs-Konstrukt, welches sich eben außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle befindet, Auskunft zu geben.

„Die Sparsamkeit können wir da nicht bestätigen.“²⁰⁰

Ein wesentliches Argument seitens der COFAG, aber auch der Bundesregierung, was die Rechtfertigung der COFAG

196 https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/aktuelles/Ueberfoerderungspotenzial_bei_COFAG-Hilfen.html
 197 728/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 32
 198 728/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S. 5
 199 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221028_OTS0054/fpoe-hafenecker-die-cofag-ist-ein-heisser-kandidat-fuer-den-naechsten-untersuchungsausschuss
 200 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.12

angeht, wurde immer wieder angeführt, dass es nämlich infolge der Pandemie zu raschen Entscheidungen kommen musste, um eine nachhaltige Schädigung der Wirtschaftsstruktur zu vermeiden und dass dies sozusagen alternativlos gewesen sei. DI Perner meinte ebenso bei seiner Befragung, dass etwaige Alternativen zur COFAG besprochen und abgewogen worden sind.²⁰¹ Dem entgegnet die Frau Rechnungshofpräsidentin eindeutig. Sie kritisierte, dass es eigentlich möglich war, ein Förderinstitut mit einer Ausstattungsverpflichtung von über 19 Milliarden Euro zu schaffen, ohne nachvollziehbare Dokumentation dieser Entscheidung im BMF und eben ohne Abwägung von Alternativen.²⁰² Auf die Frage der Abg. Fürst, ob sie Wahrnehmungen zur ausreichenden Dokumentation hat, meinte die Frau Präsidentin: „Also dokumentationsmäßig haben wir keine Wahrnehmung dazu“.²⁰³ Angesprochen auf die Prüfung der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, welche der Rechnungshof nach seinen verfassungsrechtlichen Aufgaben bei der COFAG durchführte, sagte Frau. Dr. Kraker wörtlich: „Die Sparsamkeit können wir da nicht bestätigen.“²⁰⁴

Den höchsten Kostenpunkt mit insgesamt 36 Millionen Euro machten die externen Dienstleister aus. Diese wurden für Rechtsberatung, Prüfung von Förderfällen und Garantianträgen, Callcenter, Prozessberatung, interne Revision etc. herangezogen. Auch dies wurde durch den Rechnungshof kritisiert. Dieser drängt darauf, dass man des benötigte „Know-How“ in der Veraltung selbst aufbaut und eben erst, wenn es notwendig ist, sich durch externe Berater unterstützen lässt. Gerade im Bereich des Förder- und Beihilfenrechts wurde Expertise zugekauft, obwohl hier schon eignen Kenntnis vorhanden gewesen wäre.²⁰⁵

Auch die Gagen der Aufsichtsräte waren nicht angemessen. Eine von der ABBAG beauftragte Benchmark-Studie zog als Vergleichsgruppe heimische Banken mit einer Bilanzsumme von 8 bis 20 Milliarden Euro heran, obwohl die COFAG weder eine Bank noch eine etwaige Bilanzsumme vorweisen konnte und keine finanziellen Risiken zu tragen hatte. Als Sitzungsentgelt wurde dem Finanzministerium ein Sitzungsgeld von 800 € pro Sitzung für den Auf-

201 699/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.16
202 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.11
203 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.11
204 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.12
205 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.28

sichtsrat empfohlen.²⁰⁶ „Die Wahrnehmung ist die, dass der Vergleich sozusagen mit den Banken – unter Anführungszeichen –, mit dem Bankensektor für die Höhe der Aufsichtsratsvergütungen aus unserer Sicht nicht gepasst hat.“²⁰⁷

Auch das Überförderungspotenzial gewisser Unternehmen wurde kritisiert. Die teils unterschiedlichen Förderinstrumente ermöglichten es, dass gewisse Unternehmen nur aufgrund ihrer Branchenzugehörigkeit eine Förderung erhalten haben. Diese mussten zum Teil keinen finanziellen Schaden nachweisen. „Bei dem Umsatzeratz November, Dezember und Umsatzeratz II entschied hauptsächlich die Zugehörigkeit zur Branche, und es wurde auch die Kurzarbeitshilfe hier nicht entsprechend angerechnet. Also auch hier gab es ein Potenzial“.²⁰⁸

Aber auch das Gehalt des Geschäftsführer Perner ist eine Sache für sich. Ausschreibung und Bestellung der Geschäftsführung entsprachen nicht dem Stellenbesetzungsgesetz. Die COFAG wurde als Tochtergesellschaft der ABBAG gegründet. Der Geschäftsführer der ABBAG, Bernhard Perner, war dann auch einer der interimistischen Geschäftsführer der COFAG, also zwei Funktionen in einer Person. Als Geschäftsführer der ABBAG bezog er 280.000 € Jahresgehalt. Durch die interimistische Tätigkeit in der COFAG bekam er zusätzlich noch einen Jahresbezug von 175.000 €, welche aber anteilmäßig für das Jahr 2020 116 700 € waren. Im Jänner 2021 wurde die Konzernklausel aufgehoben, und Perner wurde dann für die COFAG ein Jahresbezug von 253.000 € festgesetzt und der Bezug der ABBAG wurde auf 97.000 € reduziert. Nicht vergessen darf man natürlich die Nebentätigkeit in der ÖBAG, wo ihm von April 2019 bis März 2020 noch ein Salär von 150 000 € gewährt wurde.²⁰⁹

Mittlerweile hat der Verfassungsgerichtshof von Amts wegen ein Prüfverfahren eingeleitet und prüft somit die Zulässigkeit und Abwicklung dieser Corona-Hilfen.²¹⁰ Der FPÖ-Fraktionsführer, Christian Hafenecker kommentierte die Causa COFAG wie folgt: „Wir Freiheitliche waren von Anfang gegen die Gründung der COFAG, weil wir angesichts des schon damals erkennbaren korruptiven Verhal-

206 https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/aktuelles/Ueberfoerderungspotenzi-al_bei_COFAG-Hilfen.html

207 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.12

208 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.13

209 701/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.7

210 <https://www.derstandard.at/story/2000140042948/verfassungsgerichtshof-kritisiert-abwicklung-der-corona-hilfen>

tens der ÖVP befürchtet haben, dass dieses eigentlich überflüssige Konstrukt zur Auszahlung von Corona-Hilfen als Selbstbedienungsladen für den ÖVP-Freundeskreis dient. Und wir sollten leider recht behalten.“²¹¹

211 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221028_OTS0054/fpoe-hafenecker-die-cofag-ist-ein-heisser-kandidat-fuer-den-naechsten-untersuchungsausschuss

**Kritik und
Handlungsempfehlungen**

Mängel, Baustellen und Verbesserungsbedarf

Wie viele andere demokratische Kontrollinstrumente, so weist auch der Untersuchungsausschuss diverse Mängel und Schlupflöcher in seiner Verfahrensordnung (folgend kurz „VO-UA“) auf, die sich vor allem in den vergangenen Jahren verstärkt offenbart haben und die künftig und bereits jetzt Gegenstand von Debatten sowie von Verbesserungsvorschlägen sind. In folgendem soll daher kurz umrissen werden, welche akuten Defizite die Geschäftsordnung des U-Ausschusses aufweist und wie diese zu verbessern wäre.

Abwesenheiten und „Flucht“

Gerade im aktuellen ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss offenbart sich eine zentrale Schwachstelle dieses Instruments in Hinblick auf die Ladung und Vernehmung von Auskunftspersonen. Diesen wird es nämlich durch die aktuelle Verfahrensordnung bzw. deren mangelhafte Exekution zu leicht gemacht, sich Befragungen durch eine Verlegung ihres Hauptwohnsitzes ins Ausland zu entziehen. Gerade von Behördenseite müsste mit größerem Nachdruck entsprechender Ladungsgesuche und deren Zustellung, der Auffindung von Geladenen sowie auch der zwangsweisen Vorführung vor den Untersuchungsausschuss nachgekommen werden. Hier müssen auch dementsprechende Nachschärfungen und Adjustierungen in der VO-UA vorgenommen werden. Als weiteres Problem erwies sich auch, dass einige Auskunftspersonen Urlaube und Krankenstände auffällig häufig auf ihre Befragungstage legten und dies auch an den zugewiesenen Ersatzterminen, was wiederum dazu führte, dass manche Auskunftspersonen nie erschienen. Als Beispiel für solch ein Verhalten ist der Direktor des Bundeskriminalamts und ehemalige Leiter der „Soko Tape“ Andreas Holzer zu nennen. Dieser erschien trotz mehrmaliger Ladung zu keinem Zeitpunkt vor dem Untersuchungsausschuss. Für die Freiheitliche Fraktion ein klarer Fall von „Flucht“ vor dem Untersuchungsausschuss und von Missachtung eines parlamentarischen Kontrollgremiums. Wie mit diesem absehbar

ausufernden Phänomen künftig umzugehen ist, muss ebenfalls in die Reformdiskussionen der Verfahrensordnung mit einfließen.

Videobefragungen

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Flexibilität auch im parlamentarischen Betrieb notwendig sein wird (und auch möglich ist), um auf Entwicklungen zu reagieren, die nicht vorhersehbar sind. So ist in der Verfahrensordnung bzw. der Geschäftsordnung des Nationalrates nicht vorgesehen, dass Befragungen mittels Videokonferenz stattfinden können. Neben den rechtlichen Voraussetzungen sollte danach getrachtet werden, dass die Parlamentsdirektion jene technischen Einrichtungen zu Verfügung hat, um Videobefragungen im gesamten Bundesgebiet möglich zu machen. Wer parlamentarische Kontrolle ernst nimmt, wird sich dieser technischen Errungenschaft nicht ernsthaft verschließen können, zumal Videobefragungen bei Gericht mittlerweile ein gängiges Instrument sind. Eine Änderung der GO-NR bzw. der VO-UA ist in dieser Frage dringlich anzudenken.

Übertragungen für die breite Öffentlichkeit

Die Freiheitliche Fraktion bekennt sich zum Wunsch vieler politischer Protagonisten und Beobachter, wonach die U-Ausschuss-Sitzungen bzw. die Befragungen live gestreamt und im TV übertragen werden sollten, um somit einer breiten Öffentlichkeit durch ein niederschwelliges Angebot diese zugänglich machen zu können. Natürlich ergeben sich daraus viele offene Fragen etwa zum Datenschutz, zum Schutz der Interessen Dritter etc. All diese Bedenken sind jedoch lösbar, beispielsweise durch zeitversetztes Streaming, das eine nachträgliche Anonymisierung zulässt. Unabhängig von rechtlichen Bedenken befürwortet die Mehrheit der Parlamentsparteien heute die öffentliche Übertragung der U-Ausschuss-Befragungen, und daher sollte als eine der wichtigsten Errungenschaften bei einer Adaptierung der VO-UA diesem Wunsch auch Rechnung getragen werden. Es muss schon allein im Sinne der politischen Transparenz und

der demokratischen Willensbildung oberste Priorität haben, dieses Kontrollinstrument der Öffentlichkeit so zugänglich wie möglich zu gestalten.

Filibusterregelung

Der „Ibiza-Untersuchungs-Ausschuss“ hat erstmals in der Geschichte der parlamentarischen Befragung auch dazu geführt, dass die Volkspartei durch eine sogenannte Filibusterbefragung gezielt den anderen Parteien die Möglichkeit nahm, ihre Fragen an die Auskunftsperson zu stellen. So hat Ex- Bundekanzler Sebastian Kurz in seiner Letztbefragung durch ausschweifende und langatmige Antworten die Redezeit dermaßen ausgedehnt, dass mehreren Fraktionen gar nicht mehr die Möglichkeit gegeben war, ihre Fragen zu stellen, weil die Vier-Stunden-Grenze bereits erreicht war. Ähnliche Entwicklungen sind auch beim aktuellen ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss zu beobachten. Auch wenn man sich dazu bekennt, dass die Auskunftsperson keine Redezeitbestimmung (außer bei der einleitenden Stellungnahme) hat, so ist die VO-UA doch auch dem Umstand anzupassen, dass jede Fraktion die Möglichkeit von zumindest einer vollen Fragerunde hat. Demensprechend sollte die VO-UA hier eine Änderung der Bestimmungen des § 37 (4) erfahren.

Vorsitzführung

Dachte man zunächst, dass es bisher kaum zu so kontroversiellen Auseinandersetzungen durch die Vorsitzführung kommen könnte, wie im vergangenen „Ibiza-Untersuchungsausschuss“, so wurde man durch den aktuellen ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss eines Besseren belehrt. Immer wieder wurde die Vorsitzführung des ersten Nationalratspräsidenten dafür benutzt, die Befragungen zu blockieren, in die Länge zu ziehen oder zu unterbrechen, vor allem im Hinblick auf Geschäftsordnungsdebatten, die den Befragungsfluss erheblich hemmten. An manchen Befragungstagen kam es sogar vor, dass über 30 Geschäftsordnungsdebatten geführt wurden. Auch die Involvierung

des Vorsitzenden Wolfgang Sobotka in zahlreiche Untersuchungsgegenstände des Untersuchungsausschusses, wie das „Projekt Ballhausplatz“ oder die Alois-Mock-Stiftung, lassen massive Zweifel an der Objektivität des Ausschussvorsitzenden aufkommen.

Bereits im Abschlussbericht des Ibiza-Untersuchungsausschusses und ohne auf die genauen Gründe einzugehen, kam der damalige Verfahrensrichter in seinem Schlussbericht daher zu der Erkenntnis, dass es einer Änderung in den Bereichen des Vorsitzes und der Aufgabe des Verfahrensrichters bedarf. Eine Überarbeitung der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse sollte insbesondere in den Bereichen des Vorsitzes und der Aufgaben des Verfahrensrichters in Erwägung gezogen werden.²¹² Bei der Reform der Verfahrensordnung haben sich die politischen Parteien des Parlaments ganz bewusst für die Vorsitzführung durch den Nationalratspräsidenten entschieden. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch noch nicht klar, dass es einmal einen Präsidenten geben würde, der bereits in zwei aufeinanderfolgenden Untersuchungsausschüssen selbst als Dreh- und Angelpunkt mitten in den Untersuchungen stehen und trotzdem nicht von Haus aus auf den Vorsitz verzichten würde. Zur Erinnerung: Beim BVT-Untersuchungsausschuss hatte der Nationalratspräsident auf die Vorsitzführung verzichtet, da er selbst im Untersuchungszeitraum Innenminister war und er jeden Anschein von Befangenheit ausschließen wollte.

Die Verfahrensordnung ist jedenfalls nicht auf derartige politische „Elementarereignisse“, wie eben die Vorsitzführung durch einen Nationalratspräsidenten, der selbst im Fokus von Ermittlungen steht, ausgelegt, sodass bei einer Änderung der Verfahrensordnung die Vorsitzführung eventuell durch die parlamentarische Schiedsstelle im Vorfeld des Ausschusses festgelegt werden sollte.

Verfahrensrichter und Verfahrensanwälte

Dem Verfahrensrichter kommt beim Untersuchungsausschuss eine besondere Rolle zu. Bereits bei den vergangenen Ausschüssen hat sich gezeigt, dass Personen im Rich-

terdienst ohne entsprechende Resilienz sehr bald mit den parlamentarischen Gepflogenheiten in Konflikt kommen. Ein Parlament ist kein Gericht und eine U-Ausschuss-Sitzung keine Gerichtsverhandlung. Wenn ein Richter mit Zwischenrufen eines Parlaments, respektive seiner Angehörigen nicht umgehen kann bzw. entnervt das Handtuch wirft, so wirft das auf den Richterstand kein gutes Licht. Dies umso mehr, als eine gewisse Lebhaftigkeit das Wesen des Parlamentarismus ausmacht und gerade bei brisanten U-Ausschüssen durchaus nicht überraschend kommt. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt beschrieb den parlamentarischen Betrieb bereits 1986 in treffenden Worten:

„Alle diese Zwischenrufe machen uns erneut bewusst, dass eine parlamentarische Demokratie keine harmonische oder diplomatische Veranstaltung ist. Das war sie vor zweieinhalbtausend Jahren im Athen des Perikles und des Demosthenes auch nicht. Demokratie im Parlament bleibt immer allzu menschlich, besonders dann, wenn die Politiker ihr Metier mit Leidenschaft betreiben.“²¹³

Ein weiterer Punkt, der bei einer möglichen Reform der Verfahrensordnung miteinfließen sollte, ist die Frage nach der rechtlichen Wertung der Vorgänge durch den Verfahrensrichter. Wenn – wie in der Vergangenheit vorgekommen – ein Verfahrensrichter zu rechtlich noch nicht ausjudizierten Sachverhalten bereits sachliche bzw. juristische Meinungen abgibt, so besteht die Gefahr, dass im nachfolgenden Strafverfahren diese Analyse bzw. die Rechtsansicht aus dem Bericht des Verfahrensrichters miteinfließt. Hier sollte eine Regelung geschaffen werden, die auch künftig faire Verfahren ohne inhaltliche Einflussnahme möglich macht. Die Erstbefragung durch den Verfahrensrichter sollte abgeschafft werden. Der Verfahrensrichter soll jedoch weiterhin die Möglichkeit haben, nach Ende der Befragungen für ihn offen gebliebene Fragen stellen zu können. Es gibt jedoch kein Argument dafür, warum der Verfahrensrichter bereits vor den Abgeordneten seine Fragen an die Auskunftspersonen richten sollte.

Als zentrales Problem erwies sich in der jüngeren Vergangenheit auch, dass Verfahrensanwälte nicht abgewählt

213 Helmut Schmidt, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 228. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 10. September 1986

werden können. So kam es im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss zu einem durchaus bemerkenswerten Vorfall. Die Verfahrensanwältin Barbara Weiß soll Informationen weitergeben haben, die nicht zur Weitergabe bestimmt waren. Dieses Ereignis fand auch in den Medien Niederschlag: „Weiß soll Informationen der SPÖ gegen deren Willen an die ÖVP weitergegeben haben. Eine noch nie dagewesene Situation, denn auch Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl konstatierte in einem Brief an Sobotka, der ja auch dem U-Ausschuss vorsitzt, Weiß habe „fehlende Äquidistanz“ gezeigt.“²¹⁴ Eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung, in der es darum geht, dass die Verfahrensanwälte, aber auch die Verfahrensrichter, abgewählt werden können, wurde daher eingebracht:

„Der Untersuchungsausschuss kann den Verfahrensrichter, den Verfahrensanwalt oder deren Stellvertreter auf Vorschlag des Vorsitzenden abwählen.“²¹⁵

Mit der gegenständlichen Änderung wird eine irrtümliche Lücke geschlossen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden soll der Untersuchungsausschuss nicht nur den Verfahrensrichter und dessen Stellvertreter, sondern auch den Verfahrensanwalt und dessen Stellvertreter abwählen können. Dies wird insbesondere dann erforderlich sein, wenn ein Rücktritt nicht erfolgt oder nicht mehr erfolgen kann, obwohl die Voraussetzungen für die Ernennung (§ 8 und 10) weggefallen sind.

Entschlagungsgründe und „Amnesie“

Als wesentliches Problem in den Befragungen im jüngsten Untersuchungsausschuss stellte sich auch der inflationäre Gebrauch von Entschlagungsgründen ebenso wie eine allseits grassierende „Amnesie“ unter den Auskunftspersonen dar. Freilich sind dies Phänomene, die durch Änderungen oder Anpassungen in der VO-UA kaum bis gar nicht zu bewältigen sind, weil sie im persönlichen Ermessen und Agieren des Einzelnen angesiedelt sind. Es ist jedoch aus demokratiepolitischer Sicht bedenklich, dass Befragungen, die zur Aufklärung beitragen sollen, zu einstudierten und abgeglichen „Entschlagungsorgien“ ausarten und die wich-

214 <https://www.derstandard.at/story/2000137426328/eklat-im-u-ausschuss-verfahrensanwaeltin-gab-spoe-infos-an-oevp>

215 https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/2823/fname_1470336.pdf

tige Aufklärungsarbeit der Abgeordneten oftmals durch Verteidigungsstrategien des „Vergessens bzw. der Nicht-Wahrnehmung“ torpediert wird. Kritisch zu hinterfragen wäre in diesem Kontext besonders die Rolle von polit-medialen PR- und Beratungsagenturen, die Auskunftspersonen mittlerweile für teures Geld in eigenen Seminaren vor ihren Befragungen „schulen“ und coachen. So hat sich in diesem Untersuchungsausschuss gezeigt, dass es vielfach zu solchen „Beratungen“ für Minister, Sektionschefs und Staatsanwälte gekommen ist. Dabei wurden schon im Ibiza-Untersuchungsausschuss über 24.000 Euro vom BMJ für solche Coachings ausgegeben.²¹⁶ Die Notwendigkeit und den Zweck dieser „Beratungen“ ist nach wie vor nicht ersichtlich.

216 <https://zackzack.at/2022/03/25/justizministerium-ueber-24-000-euro-fuer-u-ausschuss-beratung>

Kurz-Schlusswort

Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, sagt Hermann Hesse. Und manchem Ende auch. Natürlich ging es in diesem Untersuchungsausschuss ganz wesentlich um die Verfehlungen, die in der Kurz-Ära von der ÖVP begangen wurden. Aber – und da sind sich wohl die meisten Beobachter einig – es war das eigentliche Ziel, solche oder ähnliche Bestrebungen in Zukunft zu unterbinden. Die Republik Österreich ist kein Selbstbedienungsladen und auch kein Spielplatz für Allmachtsfantasien oder versuchte Kleptokratie. Das gemeinsame Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes tatsächlich zu dienen und Macht nicht als Selbstzweck anzustreben und zu missbrauchen, ist auch durch diesen Untersuchungsausschuss wieder in den Vordergrund gerückt. Nicht alles darf gemacht werden, nur weil es vordergründig möglich ist. All jenen, die diesen politischen Kompass am Weg verloren haben, wurde deutlich gemacht, dass sie schlussendlich damit nicht durchkommen werden. Das ist Lehre und Auftrag zugleich.

Von den multiplen Krisen unserer Zeit ist mit Sicherheit die Vertrauenskrise gegenüber den Institutionen des Staates eine der bedrohlichsten, die in weiten Kreisen der Bevölkerung festzustellen ist. Dieses Vertrauen wieder herzustellen, ist eine Aufgabe, der eine enorm hohe Priorität zukommt. Manche behaupten, dass dieser Untersuchungsausschuss dazu beigetragen hätte, dieses Vertrauen zu beschädigen. Wer dieser Argumentation folgt, verwechselt allerdings Ursache und Wirkung: Nicht die Aufarbeitung ist das Problem, sondern die Tatsache, dass der Skandal überhaupt erst passiert ist. Siehe Vorwort. Letztlich hat sich in vielen Bereichen gezeigt, dass weitere Aufklärung dringend vonnöten gewesen wäre. Diverse „Korruptions-Blackboxes“, wie die COFAG, wurden nur gestreift, wichtige Befragungspersonen und Themenkomplexe nicht mehr behandelt, auch, weil schlussendlich das politische Kalkül einiger Unbelehrbarer, Kleingeld aus einer verweigerten Verlängerung zu schlagen, gewichtiger war, als der Auftrag, für Aufklärung und politische Verantwortung zu sorgen. Doch noch ist nicht aller Tage Abend. Denn solange

das „System ÖVP“ noch in vielen, wenn auch dank des U-Ausschusses deutlich weniger Bereichen ungehindert agieren kann, wird es vonnöten sein, diesen Vorgängen parlamentarisch auf den Grund zu gehen.

Fraktionsbericht

des

Freiheitlichen Parlamentsklubs

gem. §51 VO – Untersuchungsausschüsse

der Abgeordneten



Christian HAFENECKER, MA



Wolfgang Zanger

**betreffend Klärung von Korruptionsvorwürfen gegen ÖVP-
Regierungsmitglieder (ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss)**

(4/US, XXVII. GP)

